

# Entsetzen über tödlichen Anschlag auf Entwicklungshelfer in Afghanistan

Weiterstadt bei Darmstadt, 31.12.2010/APD Sein Entsetzen über den tödlichen Anschlag auf einen deutschen Entwicklungshelfer in Afghanistan brachte Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, zum Ausdruck. „Für uns als Helfer ist es immer besonders schmerzlich, wenn Ablehnung und Hass zu solchen Exzessen führen, wo doch das gesamte Interesse unserer Einsätze und Projekte darauf abzielt, den Menschen konkrete und nachhaltige Hilfe zu bringen. Dennoch nehmen wir die Unterstützung, die Dankbarkeit und die Freundlichkeit der Menschen wahr, die unsere gemeinsame Arbeit schätzen.“ Sie bildeten die Mehrheit in Afghanistan und sie äußerten, dass sie diese Zusammenarbeit benötigten. „Wir werden uns deshalb auch nicht davon abbringen lassen, gute Prozesse im Lande anzuregen und zu begleiten“, so Wilfert. Den Angehörigen des Getöteten gelte das Mitgefühl und dem afghanischen Mitarbeiter der Wunsch, dass er bald wieder gesund werde.

Beim Beschuss seines Fahrzeuges auf einer neuerbauten Straße zwischen Kholm und Kunduz im Norden Afghanistans war an Heiligabend ein deutscher Entwicklungshelfer der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) tödlich getroffen worden. Einer der drei afghanischen Begleiter erlitt bei dem Angriff leichte Verletzungen. Die Betroffenen waren im Rahmen eines Projekts der KfW tätig und koordinierten den Bau der Straße. Der KfW-Berater starb im Bundeswehrkrankenhaus in Masar-i-Scharif. Zu dem Anschlag bekannten sich die Taliban.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA habe laut Wilfert seit 1997 von den angrenzenden Ländern Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan und den Iran Hilfsgüter nach Afghanistan gebracht. „Im Februar 2002 eröffnete ADRA in Kabul ein Büro und wurde im Mai des gleichen Jahres als internationales Hilfswerk bei der afghanischen Regierung registriert.“ Neben Projekten im Bereich Bildung und Gesundheit führe ADRA seit 2002 für die Not leidende Bevölkerung eine Winterhilfe durch. Zur Zeit würden mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland Decken, Schuhe, Heizmaterialien und Plastikplanen in den Provinzen Kabul und Balkh an über 2.200 Empfängerfamilien mit etwa 15.600 Personen, die im eigenen Land vertrieben worden oder aus Pakistan zurückgekehrt seien, verteilt. Für die Herstellung der Decken habe ADRA 150 einheimische Näherinnen angestellt. Viele von ihnen seien Witwen und auf die Arbeit angewiesen. Für jede genähte Decke erhielten sie einen doppelt so hohen Lohn wie sonst in Afghanistan üblich. Durch das erzielte Einkommen könnten die Frauen sich und ihre Familien während der Wintermonate versorgen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Vietnam:                      Parteiführer  
besuchen      Kirchenleiter      zu**

# Weihnachten

Hanoi/Vietnam, 30.12.2010/APD Huynh Dam, Präsident der Vaterländischen Front Vietnam, besuchte zu Weihnachten den römisch-katholischen Erzbischof von Hanoi, Pierre Nguyen Van Nhon, um ihm und den Gläubigen ein frohes Fest zu wünschen. Laut dem staatlichen „Radio The Voice of Vietnam – VOV“ (Dai Tieng Noi Viet Nam) hob Dam hervor, dass die Katholiken in den letzten Jahren an ihrer Vaterlandsliebe festgehalten hätten. Dass sie auch künftig ihren Beitrag zum Aufbau eines starken Landes mit materiell abgesicherten Menschen und einer gerechten sowie zivilisierten Gesellschaft leisteten, sei sein Wunsch.

In Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon, stattete Le Thanh Hai, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei und Sekretär des Stadtkomitees der KP, der dortigen katholischen Erzdiözese und der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten einen Weihnachtsbesuch ab. Kardinal Pham Minh Man betonte, so VOV, dass die vietnamesischen Katholiken loyal gegenüber Gott und eng mit der Nation verbunden seien.

Pastor Tran Cong Tan, Präsident der Adventisten in Vietnam, hob hervor, dass die Verfassung des Staates die Religions- und Glaubensfreiheit zusichere. Wie VOV mitteilte, bekräftigte er, dass sich die Freikirche an den sozialökonomischen Entwicklungsvorhaben des Staates beteiligen werde, um das Land wohlhabender und kultivierter zu machen.

Eine Delegation der Vaterländischen Front Vietnam unter Leitung von Vizepräsident Tran Hoang Tham überbrachte in Ho-Chi-Minh-Stadt ebenfalls Weihnachts- und Neujahrsgrüße der katholischen Erzdiözese und der Südlichen Evangelischen Kirche Vietnams, berichtete VOV. Das katholische Erzbistum in Hue erhielt zu Weihnachten Besuch von Frau Ha Thi Khiet, Parteisekretär des Zentralkomitees der KP.

Von den 86 Millionen Einwohnern Vietnams sind nach Schätzungen 7,6 Millionen Buddhisten, sechs Millionen Katholiken und rund eine Million Protestanten. Außerdem gibt es Anhänger von Cao Dai (zwei Millionen) und Hoa Hoa (eine Million) sowie etwa 50.000 Muslime.

Der katholische Glaube kam erstmals im 16. Jahrhundert mit französischen, spanischen und portugiesischen Missionaren ins Land. Heute gibt es in Vietnam 26 Diözesen, darunter drei Erzbistümer. Zu den offiziell vom Staat anerkannten protestantischen Kirchen zählen die Südliche Evangelische Kirche Vietnams, die Evangelische Kirche von Vietnam Nord, ein Teil der Mennonitenkirche, die Siebenten-Tags-Adventisten und die Grace-Baptistische Kirche in Ho-Chi-Minh-Stadt.

Die vietnamesische Regierung hatte die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bereits im Dezember 2006 staatlich anerkannt. Doch erst mit der Verabschiedung einer Verfassung und der Wahl einer Kirchenleitung im Jahr 2008 waren die vietnamesischen Adventisten auch rechtsfähig. In Vietnam gibt es 9.897 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in sechs Gemeinden und 31 staatlich registrierten Gruppen in Privatwohnungen (Hauskirchen), die von sechs Pastoren betreut werden. Die meisten Adventisten leben in Süd- und Zentralvietnam. Die adventistische Mission begann dort 1929. Mit der Wiedervereinigung Vietnams unter kommunistischer Herrschaft im Jahr 1976 wurden das Kranken- und Verlagshaus der Freikirche im früheren Saigon sowie die 16 Schulen im Süden des Landes verstaatlicht. 1993 eröffnete die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in der Hauptstadt Hanoi ein Landesbüro.

„Adventist World“, die monatliche, internationale Zeitschrift der adventistischen Weltkirchenleitung, gibt es auch in Vietnamesisch. Laut dem Präsidenten der Siebenten-Tags-Adventisten in Vietnam, Pastor Tran Cong Tan (Ho-Chi-Minh-Stadt), eröffne sich dadurch eine neue Perspektive für die rund 10.000 vietnamesischen Adventisten, die aufgrund ihrer

Isoliertheit sich jahrzehntelang am Rand der weltweiten adventistischen Kirche gefühlt hätten, da sie nur sehr wenige Materialien und kaum Informationen von ihrer Weltkirchenleitung hätten erhalten können.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Neuapostolen beim Kirchentag 2011 in Dresden nicht vertreten**

Zürich/Stuttgart, 30.12.2010/APD Enttäuscht zeigte sich die Neuapostolische Kirche (NAK), dass sie nicht mit einem Informationsstand beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) vom 1. bis 5. Juni 2011 in Dresden vertreten sein darf. Laut Apostel Volker Kühnle (Stuttgart), dem Leiter der Projektgruppe Ökumene der NAK, habe sich das Kirchentagspräsidium gegen die Zulassung ausgesprochen.

Die Ablehnung sei überraschend erfolgt, denn Mitte des Jahres habe die NAK vom Kirchentagsbüro eine offizielle Einladung erhalten, sich zur Mitwirkung beim Dresdner Kirchentag zu bewerben, so Kühnle. Das wäre auch geschehen. In dem Schreiben des DEKT heiße es unter anderem, dass sich das Präsidium die Absage nicht leicht gemacht und die Bewerbung der Neuapostolischen Kirche als ein positives Signal verstanden habe. „Dennoch meinen wir, dass die Zeit für eine Präsentation der NAK beim Kirchentag noch nicht reif ist.“

Apostel Kühnle habe in einem Antwortbrief seine Enttäuschung

zum Ausdruck gebracht. Andererseits, so der Vorsitzende der Projektgruppe Ökumene, ließe die freundlich formulierte Absage grundsätzliches Wohlwollen erkennen. Auch die bekundete Gesprächsbereitschaft werde man „selbstverständlich annehmen“. Zugleich teilte der Apostel mit, dass die Mitglieder der Projektgruppe dennoch den Kirchentag besuchen würden, „wenn auch inoffiziell“.

Die Neuapostolische Kirche hatte sich auch beim 2. Ökumenischen Kirchentag im Mai 2010 in München vergeblich um einen Informationsstand bemüht. Als Grund der Ablehnung teilte der damalige Kirchentagsvorstand mit, dass die NAK nicht der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) angehöre.

Seit 2001 führte die NAK mehrjährige Gespräche mit der ACK Baden-Württemberg. In der von der ACK Baden-Württemberg herausgegebenen Orientierungshilfe für die Gemeinden in Baden-Württemberg zum Thema „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und Neuapostolische Kirche“ heißt es: „Die NAK befindet sich auf einem Weg, der sie der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen näher bringt.“ Die ACK ermutige die NAK, auf dem begonnenen Weg weiterzugehen. Gleichwohl bestünden weiterhin seitens der ACK „Anfragen vor allem hinsichtlich des Kirchen- und Amtsverständnisses sowie der Eschatologie“ der NAK. Die Orientierungshilfe ist im Internet bei [www.ack-bw.de](http://www.ack-bw.de) unter „Publikationen“ zu finden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# "Die Ente bleibt draußen"

## Wohlfahrtsmarken mit Motiven von Lorient zum Schmunzeln

Köln, 29.12.2010/APD Zum Schmunzeln sind ab 3. Januar die neuen Wohlfahrtsmarken 2011. Unter dem Motto „Die Ente bleibt draußen“ zeigen sie vier bekannte Szenen von Vicco von Bülow alias Lorient. Wohl jeder kennt das nörgelnde Ehepaar beim Frühstücksei, die beiden knollennasigen Geschäftsleute in der Badewanne, den sprechenden Hund Bello und die beiden Besucher auf der Rennbahn.

„Der sprechende Hund“, welcher als Motiv der Wohlfahrtsmarke für 45 Cent + 20 Cent Zuschlag dient, wurde 1977 in Lorient IV vorgestellt. Bei „Herren im Bad“ (55 + 25 Cent), 1978 in Lorient V gesendet, treffen die Herren Müller-Lüdenscheid und Dr. Klöbner in der Badewanne aufeinander und diskutieren die Frage, ob nun die Ente zu Wasser gelassen werde. „Auf der Rennbahn“ (55 + 25 Cent), erstmals 1972 in der Folge Cartoon 18 ausgestrahlt, hat der Satz „Wo laufen sie denn?“ mittlerweile Kultstatus erlangt. „Das Frühstücksei“ (145 + 55 Cent) war 1977 in Lorient III zu sehen. Der Wunsch des Ehemannes „Ich hätte nur gern ein weiches Ei und nicht ein zufällig weiches Ei!“ veranlasst seine Gattin letztlich zu der Feststellung: „Gott, was sind Männer primitiv!“, woraufhin der Gatte Mordgedanken hegt.

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: [mail@aww.info](mailto:mail@aww.info), erhältlich.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Adventist World Radio schult Ausbilder für Hörfunk in Kenia**

Nairobi/Kenia, 28.12.2010/APD „Das explosionsartige Wachstum von Radiostationen in ganz Afrika erhöht die Nachfrage nach Trainingsseminaren“, sagte Roy Allen, der Ausbildungsleiter von Adventist World Radio (AWR), in der kenianischen Hauptstadt Nairobi bei einem zentralen AWR-Fortbildungslehrgang. An der zweiwöchigen Schulung nahmen laut Allen 56 Teilnehmer teil, darunter Moderatoren, Journalisten, Produzenten und Techniker aus Ruanda, Tansania, Kongo, Uganda, Äthiopien und Burundi. Der ganze Ausbildungskurs sei auch simultan auf Französisch übersetzt worden.

In der ersten Woche wurden in einem Einführungsseminar Radioproduzenten mit Wissen und Fähigkeiten vertraut gemacht, um ihrerseits das Personal ihrer Radiostationen auszubilden, so Allen. Die Praxis-Übungen von Kleingruppen im Studio konnten von den übrigen Teilnehmer über Bildschirm mit verfolgt werden. In der zweiten Kurswoche wurden die Absolventen unter der Anleitung von John Smith, einem ehemaligen BBC-Radiomacher, und acht anderen Ausbildern auf das Zertifikat „UKW-Radio-Programmgestaltung“ vorbereitet.

Adventist World Radio mit Sitz in Silver Spring, Maryland/USA, wurde 1971 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten



gegründet und will vor allem Menschen im sogenannten „10/40 Fenster“ mit dem Evangelium erreichen. In diesem Gebiet zwischen dem 10. und 40. Breitengrad, das von Westafrika bis Ostasien reicht, sind Christen meist eine verschwindende Minderheit. Außerdem spezialisiert sich AWR auf weitere Länder, in denen aus geografischen, politischen oder religiösen Gründen die Verkündigung der christlichen Botschaft von Mensch zu Mensch kaum möglich ist. AWR sendet zur Zeit in 107 Sprachen über Kurzwelle, UKW, Mittelwelle, Satellitenradio und Internet. Viele Sendungen sind auch als Audiodateien erhältlich, die im Internet als Podcast heruntergeladen werden können.

AWR unterhält neben der Zentrale in Silver Spring/USA, die auch für Sendungen in Nord- und Südamerika zuständig ist, Regionalbüros in Bracknell/England (Europa/Afrika) sowie in Batam/Indonesien und Agat/Guam für den asiatischen Raum.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Winterhilfe für die Ärmsten in Afghanistan**

Weiterstadt bei Darmstadt, 27.12.2010/APD Auch in diesem Winter sorgt die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik wieder dafür, dass Decken, Schuhe und Heizmaterialien an Bedürftige in Afghanistan verteilt werden. Die Verteilung geschieht durch ADRA Afghanistan in Zusammenarbeit mit der lokalen

Nichtregierungsorganisation Rostahi Agency for Rehabilitation of Afghanistan (RARA).

„Eine Vielzahl dieser Menschen lebt in Lehmhütten, die weder isoliert noch beheizt sind. Eine denkbar schlechte Voraussetzung für Winternächte mit Temperaturen von bis zu minus 25 Grad Celsius“, teilte Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher von ADRA Deutschland, mit. Die Ärmsten der Armen hätten nicht einmal solche Hütten. Sie müssten in zerschissenen Zelten und Höhlen Zuflucht suchen. Zwar gebe es Kohle, Holz, Decken oder Winterkleidung auf dem Markt zu kaufen, doch ohne Einkommen könnten sich die Menschen nichts dergleichen leisten.

Um die akute Not zu lindern, verteilte ADRA in den Provinzen Kabul und Balkh bis Ende Januar 2011 insgesamt 8.920 Decken, 66,9 Tonnen Holzkohle, 13.380 Paar Schuhe und 22.300 Quadratmeter Plastikplane. Die 2.230 Empfängerfamilien mit circa 15.600 Personen seien laut Wilfert im eigenen Land Vertriebene sowie Rückkehrer aus Pakistan und dem Iran. „Alle benötigten Waren werden in Afghanistan beschafft.“ Zudem würden für die Herstellung der Decken 150 einheimische Näherinnen angestellt. Viele von ihnen seien Witwen und auf die Arbeit angewiesen. Für jede genähte Decke erhielten sie einen doppelt so hohen Lohn wie sonst in Afghanistan üblich. Durch das erzielte Einkommen könnten die Frauen sich und ihre Familien während der Wintermonate versorgen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Weihnachten 2010 – Weltweit 32 Kriege und bewaffnete Konflikte

Hamburg, 26.12.2010/APD Die Zahl der Kriege auf der Welt ist nach Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg erneut gesunken. Gemäß Kathpress wurden im Vorjahr noch 34 Kriege gezählt (minus fünf gegenüber 2008), verringerte sich ihre Zahl in 2010 abermals um zwei auf 32. Das sei der niedrigste Stand seit 1993.

Die von organisierten Kämpfen am stärksten betroffenen Weltregionen sind Asien und der Vordere und Mittlere Orient mit jeweils neun Kriegen und einem bewaffneten Konflikt. In Afrika gab es sechs Kriege und vier bewaffnete Konflikte, in Süd- und Mittelamerika jeweils einen Krieg und einen Konflikt.

Damit habe sich laut AKUF auch für 2010 die seit 1945 beobachtete Ungleichverteilung des weltweiten Kriegsgeschehens bestätigt. Weit über 90 Prozent aller Kriege finden in der sogenannten „Dritten Welt“ statt. Überdies bedeute der generelle Trend der vergangenen Jahre nicht, dass die Welt insgesamt friedlicher geworden wäre. Es habe weltweit zahlreiche gewaltsam ausgetragene Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle gegeben.

„Krieg“ definiert das Hamburger Universitäts-Institut als gewaltsamen Massenkrieg, bei dem mindestens zwei bewaffnete Streitkräfte mit einem Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation beteiligt sind und die militärischen Handlungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit und Dauer stattfinden. Kriege gelten als beendet, wenn Kämpfe mindestens für ein Jahr eingestellt oder unterhalb der Schwelle der Kriegsdefinition fortgeführt werden. „Bewaffnete Konflikte“ sind demzufolge

gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen die Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllt sind.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Mehr als 2,2 Milliarden Christen in aller Welt feiern Geburt Jesu**

Basel/Schweiz, 25.12.2010/APD Mehr als 500 Millionen Christen in Europa und weltweit mehr als 2,2 Milliarden Angehörige der christlichen Denominationen feiern am 24. und 25. Dezember das Fest der Geburt Christi. Katholiken, Anglikaner, Protestanten und die meisten Orthodoxen sind in dieser Feier vereint. Nur die orthodoxen Patriarchate Jerusalem, Moskau, Georgien und Serbien feiern das Weihnachtsfest nach dem Julianischen Kalender erst am 7. Januar.

Das Fest der Geburt Christi wird seit dem 4. Jahrhundert am 25. Dezember gefeiert, das „Weihnachtsfest“ am „Heiligen Abend“, dem 24. Dezember, ist die nach altem kirchlichen Brauch übliche „Vor-Feier“ (Vigil) eines Hochfestes, berichtet Kathpress.

Von Rom aus verbreitete sich das Weihnachtsfest in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts rasch nach Nordafrika, Oberitalien, Spanien sowie in den Orient. Es entwickelte sich bald zum beliebtesten christlichen Fest.

Die deutsche Bezeichnung „Weihnachten“ ist erst seit dem 12. Jahrhundert belegt. Die Zusammensetzung enthält das untergegangene mittelhochdeutsche Adjektiv „wîch“ mit der Bedeutung „heilig“ und geht zurück auf die Zeitbestimmung „zewîhen nahten“, was also „in den heiligen Nächten“ bedeutet.

**Franz von Assisi** „erfand“ die Krippe und Christbaum wurden erst relativ spät in das christliche Weihnachtsfest aufgenommen. Der Heilige Franz von Assisi hatte 1223 in Greccio als erster die Idee, zum Weihnachtsfest die Geburt Christi im Stall von Bethlehem als „lebendes Bild“ mit lebenden Personen und Tieren nachzuzeichnen.

Ab dem 15. Jahrhundert gibt es in Italien in den Kirchen permanente Krippen. Ab dem 16./17. Jahrhundert wurden Weihnachtskrippen auch außerhalb Mittelitaliens als Rekonstruktion des großen Ereignisses von Bethlehem populär. Einzelne Landschaften entwickelten vor allem in der Barockzeit besondere Traditionen des Krippenbaus; so Sizilien, Tirol, Oberbayern, die Provence und das Goralische Gebiet um Krakau.

In protestantischen Gegenden waren Krippendarstellungen früher verpönt. So tolerierte sie die Obrigkeit im evangelisch geprägten Erzgebirge erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Danach erlebte die Kunst des Krippenschnittens ihre Blütezeit.

**Christbaum kam im Elsass auf** Der Christbaum wurde erst im 19. Jahrhundert zu dem zentralen Weihnachts-Symbol, das er heute ist. Ein erster schriftlicher Hinweis auf geschmückte Tannenbäume zu Weihnachten findet sich in der elsässischen Hauptstadt Straßburg im Jahre 1606.

Nach der Reformation verbreitete sich die neue Sitte zunächst im evangelischen Bereich, obwohl die Pastoren im 17. Jahrhundert gegen diese „Lappalie“ polemisierten, welche die Besinnung auf das Wort Gottes in den Hintergrund dränge.

Heute wird der Christbaum mit seinen Lichtern von Christen aller Konfessionen als Symbol des Sterns von Bethlehem

angesehen, der den Menschen die Geburt Jesu anzeigte.

**Anglikanische Kirche: „Vergiss das Wichtigste nicht“**In Großbritannien erinnert die anglikanische Kirche jedes Jahr zu Weihnachten mit einer groß angelegten Werbekampagne an den religiösen Inhalt von Weihnachten. Freilich sind die Briten noch nicht in dem Ausmaß „entchristlicht“, wie oft behauptet wird. Zu Weihnachten sind auch jenseits des Kanals die Kirchen voll.

**Adventisten: Keine Vorbehalte gegenüber Weihnachtsfeier**„Adventisten sind nicht gegen Weihnachten und sollten auch nicht dagegen sein“, denn nichts spreche gegen eine Zeit, in der Christen der Geburt unseres Retters gedenken, so Pastor Angel Manuel Rodríguez, Direktor des Biblischen Forschungsinstituts (BRI) der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (Silver Spring, Maryland/USA) in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Adventist World“.

Weihnachten erinnere nicht nur an Gottes Geschenk an die Menschheit, nämlich die Menschwerdung seines Sohnes Jesus Christus, sondern auch daran, dass die Friedensbotschaft der Engel durch die Wiederkunft von Jesus ihre Vollendung finden werde. Rodríguez wörtlich: „Weihnachten bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, um die Menschen daran zu erinnern, dass das Kind, das in Bethlehem geboren wurde, bald wiederkommen wird.“ Für viele Siebenten-Tags-Adventisten ist Weihnachten heute auch ein persönliches Familienfest.

Zwischen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und der kirchlichen Jahreszeit „Advent“ besteht kein direkter Zusammenhang, sondern eine mittelbare Verbindung, da sich beide Bezeichnungen auf die Ankunft Christi beziehen. Das Wort „Advent“ erinnert auch daran, dass Christen das zweite Kommen Jesu Christi erwarten sollen.

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Weihnachtslied "Stille Nacht" soll UNESCO-Weltkulturerbe werden**

Salzburg/Österreich, 24.12.2010/APD Das weltbekannte Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ soll Teil des immateriellen UNESCO-Weltkulturerbes werden – zumindest, wenn es nach Michael Neureiter, dem Präsidenten der „Stille-Nacht-Gesellschaft“, geht. Der gemeinnützige Verein zur Erforschung und Verbreitung des Weihnachtsliedes wolle „sehr rasch“ eine Aufnahme in das UNESCO-Verzeichnis bei der österreichischen Nationalagentur beantragen, meldet die Agentur Kathpress in Wien. Entstanden ist das weltbekannte und beliebte Weihnachtslied vor rund 190 Jahren in Mariapfarr im salzburgischen Lungau. Der Text stammt von Joseph Mohr, vertont wurde er zwei Jahre später von Franz Xaver Gruber.

Zum immateriellen Kulturerbe zählten laut UNESCO „Praktiken, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes verstehen“. Dazu gehörten mündlich überlieferte Traditionen ebenso wie die darstellenden Künste, Rituale, Feste oder Handwerkstechniken. Bereits vor zwei Jahren habe ihm die Nationalagentur auf dieser Basis die Möglichkeit der Aufnahme in die UNESCO-Liste bestätigt, so Neureiter. Als „Welt-Friedenslied“ dürfe „Stille Nacht“ auf der Liste „sicher nicht fehlen“.

Zuletzt hat die „Stille-Nacht-Gesellschaft“ eine Ursprungsgemeinde des Liedes, die Gemeinde Mariapfarr, als

„besonders engagierte Stille-Nacht-Gemeinde“ gewürdigt. Ein eigenes „Stille-Nacht-Museum“, Tafeln an den Ortseingängen, ein jährliches Joseph-Mohr-Singen, ein eigener „Stille-Nacht-Weg“ und weitere kulturelle Aktivitäten würden die Gemeinde in besonderer Weise auszeichnen und die urkundlich verbrieft besondere Anerkennung durch die „Stille-Nacht-Gesellschaft“ verdienen, so Neureiter bei der Überreichung der Anerkennungsurkunde in Mariapfarr.

Die „Stille-Nacht-Gesellschaft“ mit Sitz in Oberndorf hat die Erforschung aller mit der Entstehung des Weihnachtslieds zusammenhängenden Umstände sowie dessen Verbreitung in alle Welt zum Ziel. Außerdem will sie die Bedeutung des Liedes aufzeigen und fördern. Als nächstes besonderes Datum hat die Gesellschaft das Jahr 2018 im Blick, in dem sich die Uraufführung des Liedes am Weihnachtsabend in Oberndorf zum 200. Mal jährt.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **ADRA                      gegen                      die Diskriminierung von Albinos in Tansania**

Dar es Salaam/Tansania, 23.12.2010/APD    „Einige denken, dass sie reich werden, wenn sie einen Knochen eines Albinos bekommen können“, sagte Al Shayma Kwegyir, die erste Parlamentsabgeordnete mit Albinismus in Tansania, in einem Gespräch mit Vertretern der UNO. „In meiner Kindheit wurde ich



Geist, oder Niemand gerufen. Es gab Leute, die nicht neben mir sitzen wollten. Sie meinten: Das ist kein menschliches Wesen, oder: Wenn ich neben dir sitze, wird meine Mutter ein Baby bekommen, das so wie du aussieht. Sie haben das nicht nur gesagt, sondern auch geglaubt“, betonte Al Shayma Kwegyir.

Menschen mit Albinismus werden überall in Afrika südlich der Sahara diskriminiert. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA schätzt, dass es in Tansania 150.000 Menschen mit Albinismus gibt, die auch verfolgt werden.

Albinismus ist eine Sammelbezeichnung für angeborene Störungen bei der Pigmentierung oder der Farbstoffe. Die Folgen sind: hellere Haut-, Haar- und Augenfarbe. Menschen mit Albinismus bekommen leichter Sonnenbrand und Hautkrebs. Bei vollständigem Albinismus sind Sehschärfe und das räumliche Sehen eingeschränkt.

Die Geburt eines Kindes mit Albinismus wird in vielen Gesellschaften als unnatürlich angesehen, als Unglück, als Strafe Gottes, als Anzeichen für Hexerei eines Feindes oder als Wiederkehr eines nicht natürlich zu Tode gekommenen Verstorbenen. Der weitverbreitete Aberglaube bezüglich der sogenannten „Albinos“, kann für sie gefährlich werden. Sie werden mit Spott, Ausgrenzung und körperlichen Bedrohungen konfrontiert. Körperteile von Albinos sind auf dem Schwarzmarkt wegen der ihnen zugesprochenen Zauberkräfte begehrt.

„Die meisten Leute wissen es nicht besser“, sagte Ashley Coetzee, Pressesprecherin von ADRA Tansania. Das Hilfswerk arbeite mit der tansanischen Albino Gesellschaft, mit anderen Nichtregierungsorganisationen und mit den Behörden zusammen, um die Bedürfnisse der Menschen mit Albinismus in der Region Arusha abzudecken und die Bevölkerung aufzuklären.

Gleichzeitig werden seit August 2009 Kinder mit Albinismus in das Mukidoma Gymnasium in Usa River, einer kleinen Stadt etwa

15 Kilometer östlich von Arusha im Norden Tansanias, aufgenommen, akzeptiert und gefördert. „Das Projekt vermittelt den anderen Kindern, dass Albinokinder wie alle anderen sind, nur dass sie eine andere Hautfarbe haben“, erklärte die ADRA Mitarbeiterin. Die Vermittlung von guter Information über den Albinismus sei eine Schlüsselkomponente des Projekts. ADRA stelle Sehhilfen, Sonnenschutzkleidung, Langarmhemden, lange Hosen, Hüte mit breiter Krempe, Sonnenbrillen und Sonnenschutzcremes zur Verfügung.

Das adventistische Hilfswerk ist seit 1983 in Tansania tätig und hat in dieser Zeit mehr als 80 Projekte durchgeführt. Gegenwärtig ist ADRA in vier Regionen des Landes vor allem im Bereich Gesundheit und Bildung tätig.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Vielfalt freikirchlicher Gemeindemagazine in Deutschland**

Frankfurt/Main, 22.12.2010/APD Das Magazin „unterwegs“ der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland weist darauf hin, dass es in der Bundesrepublik eine Vielfalt freikirchlicher Gemeindezeitschriften gebe. So erscheine im SCM Bundes-Verlag (Witten) „Christsein heute“ ([www.christsein-heute.de](http://www.christsein-heute.de)), das monatliche Magazin des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFeG). Es habe eine Auflage von 6.000 Exemplaren mit einem Umfang von 64 Seiten. Viermal

im Jahr werde das Heft um den 32-seitigen Innenteil „FeG-Forum“ erweitert, den, separat produziert, alle Mitglieder gratis erhielten.

„Gemeinde KONKRET“ ([www.muelheimer-verband.de](http://www.muelheimer-verband.de)) lautet der Titel der offiziellen Zeitschrift des Mülheimer Verbandes Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden. Nachdem die Anzahl der Abonnenten bis Ende 2010 auf unter 900 gesunken war, werde sie nur noch zwei- bis dreimal im Jahr als kostenlose Mitgliederzeitschrift in einer Auflage von 5.000 Exemplaren, finanziert durch Zuschüsse des Mülheimer Verbandes und durch Spenden früherer Abonnenten, erscheinen.

In einer Auflage von 5.000 Exemplaren komme monatlich „GEISTbewegt“, die Zeitschrift des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden ([www.geistbewegt.de](http://www.geistbewegt.de)) heraus. Sechsmal im Jahr gebe es „Perspektiven“, das Magazin des Freikirchlichen Bundes der Gemeinde Gottes ([www.fbgg.de/perspektiven](http://www.fbgg.de/perspektiven)).

„unterwegs“ entstehe im Medienwerk der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Frankfurt/Main und erscheine alle zwei Wochen in einer Auflage von 6.800 Exemplaren mit einem Umfang zwischen 24 und 28 Seiten. Neben Nachrichten aus der deutschen und internationalen EmK würden theologische, gesellschaftliche und kirchliche Themen behandelt. „unterwegs“ gibt es auch zum Durchblättern im Internet unter [www.emk.de/949.html](http://www.emk.de/949.html).

Bei „Adventisten heute“, die im Januar 2010 das bisherige „AdventEcho“ abgelöst habe, gehe es um ein 44-seitiges Heft, in dessen Mitte die 32-seitige, deutschsprachige Ausgabe von „Adventist World“ integriert sei. Bei „Adventisten heute“ handele es sich um die offizielle Zeitschrift der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. „Adventist World“ sei die Zeitschrift der adventistischen Weltkirchenleitung und werde von einem internationalen Redaktionsteam in Silver Spring, Maryland/USA, verantwortet. „Adventisten heute“ erscheine monatlich in einer Auflage von

22.000 Exemplaren und werde an alle adventistischen Haushalte in der Bundesrepublik über die Büchertische der Adventgemeinden kostenlos verteilt. Auch diese Zeitschrift gibt es im Internet zum Durchblättern ([www.advent-verlag.de](http://www.advent-verlag.de) unter „Periodika“).

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Per Mausclick zum Weihnachtsgottesdienst**

Hannover/Bonn, 21.12.2010/APD Wer an den Weihnachtstagen nach Ort und Zeit von Gottesdiensten, Christmetten und Krippenspielen sucht, erhält auch in diesem Jahr unter [www.weihnachtsgottesdienste.de](http://www.weihnachtsgottesdienste.de), dem Online-Suchdienst der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland, Auskunft. Seit Wochen haben aus dem gesamten Bundesgebiet katholische Pfarrgemeinden und evangelische Kirchengemeinden sowie weitere Gemeinden, die der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) angehören, ihre Gottesdienste und Veranstaltungen in eine Datenbank eingetragen. Die Datenbank enthält Gottesdienstorte und -zeiten von Heiligabend bis zum 6. Januar.

„Letztes Jahr waren auf [weihnachtsgottesdienste.de](http://weihnachtsgottesdienste.de) mehr als 40.000 Gottesdienste zu den Weihnachtstagen abrufbar“, teilte Ralf Peter Reimann, Projektkoodinator der evangelischen Kirche, mit. „Dieses Jahr ist das Angebot noch attraktiver: Fotos der Kirchen und die geografische Lokalisierung über eine

Karte helfen bei der Suche nach dem gewünschten Gottesdienst. Mit einer eigenen Applikation ist der Service auch für iPhone-Nutzer besonders interessant: Automatisch werden Kirchen in der Nähe des eigenen Standortes ermittelt und die Gottesdienstzeiten angezeigt.“

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Russische Orthodoxe Kirche fordert Menschenrechtsverträge zu überdenken**

Straßburg/Frankreich, 20.12.2010/APD Die Russische Orthodoxe Kirche hat die russische Staatsführung dazu aufgerufen, ihre Beteiligung an internationalen Menschenrechtsverträgen zu überdenken. Der Aufruf spiegelt laut der Dezember-Ausgabe von „Orthodoxie Aktuell“ die Verärgerung des Moskauer Patriarchats darüber wider, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg von Moskau eine Durchführung der Gay-Parade fordere. Es könne nicht sein, dass der EGMR Russland die Durchführung einer Schwulendemo vorschreiben dürfe, erklärte der Vertreter des Moskauer Patriarchats in Straßburg, Igumen Filaret (Bulekov).

Jahrelang hatte die Moskauer Stadtverwaltung die Durchführung einer Gay-Parade in der russischen Hauptstadt untersagt.

Während die Veranstalter vor russischen Gerichten mit ihren Klagen abgewiesen wurden, gab der EGMR ihrem Anliegen statt. Das Gericht urteilte am 21. Oktober, das Demonstrationsverbot der Moskauer Stadtverwaltung gegenüber den Homosexuellen verstoße gegen drei Grundrechte: das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf effektiven Rechtsschutz sowie das Diskriminierungsverbot.

Während die russische Homosexuellenbewegung die Entscheidung als Erfolg wertete, kritisierte die Russische Orthodoxe Kirche das Urteil hart. Solche Entscheidungen seien nicht nur erfolglose Versuche, sozialen Frieden zu schaffen und die Persönlichkeitsrechte zu stärken, sie provozierten zudem noch neue Spannungen, erklärte der 33-jährige Igumen, der seine Kirche seit 2004 beim Europarat vertritt und zugleich Pfarrer der Allerheiligenkirche in Straßburg ist.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Presbyterianer und Adventisten im Dialog in den USA**

Silver Spring, Maryland/USA, 19.12.2010/APD Vertreter der nordamerikanischen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten und der Presbyterianischen Kirche in den USA trafen sich Ende Oktober zu Dialoggesprächen im Lutherischen Zentrum in Chicago. Laut einem Bericht des Teilnehmers Dr.

William G. Johnsson sei die dreitägige Begegnung durch Freundlichkeit und gegenseitigen Respekt sowie freimütigen und herzlichen Gedankenaustausch geprägt gewesen.

Einen Schwerpunkt bildeten unter Verweis auf bestimmte Textpassagen die jeweiligen Methoden, die Bibel zu studieren und auszulegen. Die Teilnehmer schilderten zudem, welche geistlichen Erfahrungen sie in ihrer Konfession gemacht hätten. Es gab auch eine Aussprache über Kernfragen, mit denen die jeweilige Kirche in den Bereichen Mitglieder, Theologie und Verwaltung befasst sei.

Außerdem wurden die Ziele des Dialogs definiert. Dabei gehe es um ein besseres, gegenseitiges Verständnis, den Abbau von Klischees und Missverständnissen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit, ohne deswegen eine organisatorische Vereinigung beider Kirchen anzustreben, sowie die Werte der anderen Tradition kennen und schätzen zu lernen. Themen für künftige Gespräche könnten sein: Gottes Gebote, Erlösung, Wiederkunft Christi, Sabbat, soziale Gerechtigkeit, Religionsfreiheit, Gottesdienst und Abendmahl, Ausbildung und Einsetzung von Geistlichen sowie Möglichkeiten, die Einheit in der jeweiligen Denomination zu fördern.

An der Konsultation in Chicago nahmen seitens der Presbyterianer Pfarrer Carlos Malavé, stellvertretender Leiter des Referates für ökumenische Beziehungen der Presbyterian Church, Dr. David Cortes-Fuentes, Dozent für Neues Testament am San Francisco Theologischen Seminar, Dr. Sheldon Sorge vom Amt für Theologie und Gottesdienst der Presbyterianischen Kirche und Barbara Wheeler, frühere Rektorin des Auburn Theological Seminary in New York, teil. Von adventistischer Seite waren entsandt worden: Dr. Halvard Thomsen, Assistent des Präsidenten der Kirchenleitung in Nordamerika, Professor Dr. Denis Fortin, Dekan des Theologischen Seminars der Andrews Universität (Berrien Springs/Michigan), Dr. William G. Johnsson, Berater des Präsidenten der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) für interreligiöse Angelegenheiten, Dr.

Ekkehardt Müller vom Biblischen Forschungsinstitut (BRI) der Generalkonferenz und Dr. Theresa Reeve, Dozentin für Neues Testament am Theologischen Seminar der Andrews Universität.

Während ihrer 219. Generalversammlung in Minneapolis/Minnesota stimmten die Delegierten der Presbyterianischen Kirche in den USA am 6. Juli 2010 zu, mit der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten einen offiziellen Dialog zu beginnen. Vertreter anderer Kirchen reformierter Tradition wurden von der Generalversammlung eingeladen, zu dem Dialog Beobachter zu entsenden. Davon machte die Christian Reformed Church (CRC) Gebrauch und entsandte Pfarrer Bruce Adema nach Chicago. Die 1857 entstandene CRC umfasst in den USA und Kanada fast 300.000 Mitglieder.

Dem nun in Chicago begonnenen Dialog waren drei Konsultationsgespräche zwischen Vertretern der Adventisten und Presbyterianer vorausgegangen. Das erste fand 2006 im adventistischen Verwaltungszentrum in Silver Spring/Maryland statt. Damals ging es vor allem darum, die jeweils andere Kirche kennenzulernen, wobei Referate in die Geschichte, Lehren und ethischen Werte der beiden Denominationen einführten.

Bei der nächsten Gesprächsrunde 2007 im nationalen Kirchenamt der Presbyterianer in Louisville/Kentucky befassten sich die Teilnehmer mit vier Themen: Deren jeweiligem Verständnis des reformatorischen Prinzips „sola scriptura“ (allein die Heilige Schrift), deren Verhältnis göttlicher Gebote und des Evangeliums zueinander, dem Stellenwert des Schrifttums der Mitbegründerin der adventistischen Kirche, Ellen G. White (1827-1915), und der Rolle der Schriften des Reformators Johann Calvin (1509-1564).

Die dritte Gesprächsrunde 2008 an der adventistischen Loma Linda Universität in Kalifornien, die mit ihren medizinischen Einrichtungen auf Gesundheitswissenschaften und -prävention spezialisiert ist, befasste sich mit den Eigenheiten, die für



jede der beiden Konfessionen kennzeichnend sind. Dabei ging es besonders um den Einsatz der Presbyterianer für soziale Gerechtigkeit sowie die Hervorhebung der Souveränität Gottes und die Betonung der Adventisten hinsichtlich Gesundheit und Religionsfreiheit. Aufgrund dieser drei Begegnungen empfahlen die presbyterianischen Gesprächsteilnehmer ihrer Generalversammlung, offiziell mit den Adventisten in einen Dialog zu treten.

Die Presbyterianische Kirche hat in den USA 2,4 Millionen Mitglieder. Die Adventisten zählen in Nordamerika über eine Million erwachsen getaufte Mitglieder. Der Dialog soll 2011 fortgesetzt werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **"Ökumene in Hessen - Zwischenbilanz nach 50 Jahren"**

Auf 86 Seiten zieht die seit 2007 bestehende ACK Hessen/Rhein Hessen, in deren Gebiet es zur Zeit rund 40 lokale Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen gibt, eine nüchterne Bilanz ihres ökumenischen Wirkens. Schon 1959 entstand der Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen, aus dem sich die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Rhein-Main bildete. Die ACK Deutschland konstituierte sich bereits 1948 in Kassel, der zehn Jahre später die Gründung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Nordhessen folgte.

Nach einem weiteren Jahrzehnt entstand die ACK Rhein-Main, und damit war die ACK in zwei Organisationen hessenweit etabliert.

In seinem Grußwort zur 50-jährigen Zwischenbilanz erinnerte der Vorsitzende der deutschen ACK, Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber, dass trotz gelegentlicher Erschöpfung die Kirchen viel mehr verbindet, als sie trennt. Sein Nachbar im Bischofsamt, der römisch-katholische Bischof Gerhard Feige aus Magdeburg, wies nachdrücklich darauf hin, dass ökumenisches Denken und Handeln trotz aller beschwörenden Worte noch keine Selbstverständlichkeit sei. „Ökumenisches Engagement bedarf sowohl des Verstandes als auch der Gefühle. Wer nur auf eines von beiden setzt, ist manchmal sehr schnell am Ende.“

Die seit drei Jahren bestehende ACK Hessen/Rhein Hessen umfasst ganz Hessen, das Rhein-Main-Gebiet im Bereich der Diözesen Limburg und Mainz sowie den Westerwald. Von den dort lebenden über sechs Millionen Einwohnern gehören etwa 4,5 Millionen Christen zu den 15 Mitglieds- und fünf Gastkirchen der ACK Hessen/Rhein Hessen. Als Handlungsrichtlinie dient der hessischen ACK die „Charta Oecumenica“ mit ihren Verpflichtungen.

Wie es in dem Rechenschaftsbericht im einzelnen heißt, sei trotz aller einzuräumenden Fehlschläge der gegenseitige Respekt vor den verschiedenen Konfessionen gewachsen. „Vieles ist möglich geworden, das noch vor 20 oder 30 Jahren undenkbar schien“. In der Chronik werden gegenseitige Besuche von Gotteshäusern, gemeinsames Liedgut, Wertschätzung unterschiedlicher Gebets- und Frömmigkeitstraditionen oder die Akzeptanz verschiedenartiger Sakramentsverständnisse angeführt. „Mischehen“ seien der Bezeichnung „konfessionsverbindender Ehen“ gewichen. Auch die Tradition des Weltgebetstags der Frauen oder die Gebetswoche für die Einheit der Christen sei wohltuende Selbstverständlichkeit geworden.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Kirchen sind für die Entwicklung Sambias wichtig**

Lusaka/Sambia, 17.12.2010/APD „Meine Regierung unterstützt die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten nicht nur der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, sondern aller Kirchen, die sich für die Entwicklung unseres Landes engagieren“, betonte Staatspräsident Rupiah Bwezani Banda anlässlich der Grundsteinlegung für den Neubau der adventistischen Libala-Kirche in Lusaka, der Hauptstadt Sambias. Im neuen Gemeindezentrum sollen 3.000 Gottesdienstbesucher Platz finden, anstatt der 800 im jetzigen Gebäude.

Der sambische Präsident ermutigte die Kirchen und außerkirchliche Gruppen, sich mit Ausdauer und Entschiedenheit für die Verbesserung der Lebensbedingungen, speziell der unterprivilegierten Bewohner, einzusetzen. „Viele Menschen sind durch den positiven Einfluss des Evangeliums aufgerichtet und verändert worden“, sagte Banda, „aber der Einfluss der Kirchen reicht auch in andere Bereiche.“ Die Adventisten seien für ihre Ausbildungsprogramme in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen bekannt.

Mitglieder der adventistischen Libala Gemeinde in Lusaka leiten die „Wilberforce Academy“, benannt nach William Wilberforce (1759-1833), einem britischen Parlamentarier und

Anführer im Kampf gegen den Sklavenhandel. Dort kann der Umgang mit dem Computer, dem Internet und den sozialen Medien, wie Twitter, Facebook oder Blogs, erlernt werden.

Sambia ist ein Binnenland im südlichen Afrika und hat 12,6 Millionen Einwohner. Die Adventisten sind in Sambia seit 105 Jahren tätig und zählen rund 660.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 1.877 Gemeinden. In den letzten fünf Jahren stieg die Mitgliederzahl der Freikirche in Sambia um 30 Prozent. Sie unterhält dort eine Universität, ein Gymnasium, 23 Grundschulen, drei Krankenhäuser, vier Kliniken und ein Verlagshaus.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Ehemaliger Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung gestorben**

Silver Spring, Maryland/USA, 16.12.2010/APD Neal C. Wilson (90), der von 1979 bis 1990 Präsident der Weltkirchenleitung der Adventisten war, ist am 14. Dezember in einem Pflegeheim in Silver Spring, Maryland/USA, gestorben. Er war der Vater von Ted N. C. Wilson, dem gegenwärtigen Weltkirchenleiter.

Neal C. Wilson förderte die Adventisten in der früheren Sowjetunion bereits vor dem Fall des Kommunismus, indem er 1987 mithalf, die Bewilligung zur Gründung eines Theologischen Seminars in Zaokski bei Tula und zur Errichtung einer Kirchenverwaltung in Moskau zu erhalten.

Unter seiner Leitung wurden die Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten von 1931 neu formuliert und während der Weltsynode der Freikirche 1980 in Dallas/Texas beschlossen. In dieser Neufassung hätten laut Professor Dr. Rolf J. Pöhler, Dozent für Systematische Theologie an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, „bestimmte Lehrveränderungen zurückliegender Jahrzehnte bleibenden Niederschlag gefunden“. Dazu zählten unter anderem „die prinzipielle Bejahung der Heilsgewissheit (Artikel 10), eine differenzierte Lehre von der Kirche/Gemeinde (Artikel 12 und 13) sowie ein positives Sabbatverständnis (Artikel 20)“. Zudem sei der Text der Neufassung „bewusst an biblische Formulierungen angelehnt und theologisch sorgfältig formuliert“ worden.

Neal C. Wilson begleitete die Gründung von Adventist World Radio (AWR) und den Umzug der Weltkirchenverwaltung von Takoma Park/Maryland an den jetzigen Standort in Silver Spring.

„Ich betrachte Wilson als einen der herausragenden Leiter im Rahmen der Geschichte seiner Kirche“, sagte William G. Johnsson, ehemaliger Chefredakteur der amerikanischen Gemeindezeitschrift „Adventist Review“.

Nach seiner Pensionierung 1990 war Wilson Pastor von Gemeinden in Kalifornien und Berater der adventistischen Kirchenleitung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Sitz in Moskau.

Wilson sei gelegentlich vom amerikanischen Außenministerium bezüglich seiner Einschätzung der Situation im Nahen Osten konsultiert worden, so Johnsson, denn er habe sich während seiner 15-jährigen Tätigkeit in Ägypten eine gute Kenntnis der Region angeeignet. „Er hätte auch Staatsmann oder Diplomat werden können, aber er hat seine Fähigkeiten in den Dienst der Kirche gestellt“, hob Johnsson hervor.

Neal Clayton Wilson wurde 1920 in Lodi, Kalifornien, als Sohn

eines Missionars geboren. Er besuchte Schulen in Sambia, Malawi, Südafrika und Indien, bevor er 1942 einen Bachelorabschluss am adventistischen Pacific Union College in Angwin, Kalifornien, erlangte und 1944 das Adventist Theological Seminary in Maryland absolvierte.

Wilson diente der Freikirche von 1944 bis 1958 in Ägypten, zuerst als Pastor sowie Evangelist und später als Regionalpräsident. Anschließend arbeitete er in der Kirchenverwaltung in Kalifornien und Maryland, bevor er 1966 Präsident der nordamerikanischen Adventisten wurde. Er hatte diese Funktion bis zu seiner Wahl als Präsident der Weltkirchenleitung im Jahr 1979 inne.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **20 Jahre Radiowerk der Adventisten in Russland**

Tula/Russland, 15.12.2010/APD Rund eintausend Siebententags-Adventisten feierten in der adventistischen Zentralgemeinde in Moskau mit Vertretern von Behörden, anderen Kirchen und weiteren christlichen Medien den Anfang der Radioarbeit der Freikirche vor 20 Jahren. Begonnen habe alles 1990 mit einem kleinen Aufnahmestudio in einem privaten Wohnhaus in Zaokski bei Tula, wo der erste 20-minütige Beitrag produziert worden sei, erläuterte Pastor Peter Kulakov, der erste Direktor des damals im Entstehen begriffenen adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in

Russland. 1990 sei es den Adventisten erstmals möglich gewesen, eigene Sendungen bei Radio Moskau über Kurzwelle ausstrahlen zu lassen. Kulakov bezeichnete dies als „Wunder“, denn die Rundfunkstationen in der damaligen Sowjetunion seien errichtet worden, um die kommunistische Propaganda und nicht das Christentum zu verbreiten.

Anfangs wären Radioprogramme auch aus Deutschland gekommen. Doch bereits zum 1. Juni 1991 habe das damals in Darmstadt befindliche adventistische Medienzentrum seine russische Abteilung auflösen können, da nun ausschließlich in Zaokski produziert werde, informierte Kulakov. „Nach zweijähriger Bauzeit konnte am 22. November 1992 ein modernes Medienzentrum in Tula in Anwesenheit des damaligen Präsidenten der adventistischen Weltkirchenleitung, Pastor Robert S. Folkenberg, eingeweiht werden.“ Sendungen des Medienzentrums seien 1992 bereits landesweit im staatlichen russischen Rundfunk zu hören gewesen. Doch schon habe es Pläne für in Tula erstellte Fernsehprogramme gegeben, die durch Zulieferung aus dem Ausland bereits 1992 von 41 lokalen Stationen in Russland ausgestrahlt worden seien. 1994 hätten auch in Tula russische TV-Beiträge produziert werden können. Die Siebententags-Adventisten seien die erste Kirche in Russland gewesen, welche die staatliche Erlaubnis erhalten habe, eigene Radio- und Fernsehsendungen auszustrahlen, so Kulakov.

Die adventistischen Programme seien geschätzt und immer wieder ausgezeichnet worden, teilte der jetzige Direktor des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Tula, Pastor Sergey A. Kuzmin, mit. Im vergangenen Jahr habe das russische Parlament den Beitrag des Medienzentrums für die Gesellschaft mit der jährlich vergebenen Auszeichnung „Bemerkenswertes soziales Unternehmen“ gewürdigt. Zum ersten Mal wäre damit die Anerkennung an eine religiöse Organisation gegangen.

Die in Tula produzierten Radioprogramme würden laut Kuzmin in Russland von rund 1.500 UKW-Stationen gesendet sowie in nationale Mittelwellen- und UKW-Netzwerke eingespeist.

Außerdem strahle Adventist World Radio (AWR) die Beiträge über die Kurzwellenstationen in Moosbrunn/Österreich sowie Nauen und Wertachtal/Deutschland aus. Die in Tula ebenfalls erstellten TV-Beiträge würden von zahlreichen Stationen in Russland gesendet und in Kabelnetze eingespeist. Sie seien aber auch über den adventistischen „Hope Channel“ per Satellit zu empfangen und im Internet zu verfolgen. Viele Sendungen könnten aber auch als Video- und Audiodateien im Internet heruntergeladen werden.

Im Bereich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gebe es zudem adventistische Medienzentren in Kiew/Ukraine und Duschanbe/Tadschikistan. Die dort in ukrainischer beziehungsweise tadschikischer Sprache produzierten Radio- und TV-Sendungen würden ebenfalls über nationale Rundfunk- und Fernsehstationen verbreitet sowie von Adventist World Radio über Kurzwelle und dem „Hope Channel“ per Satellit ausgestrahlt, fügte Pastor Kuzmin hinzu. In den GUS-Staaten leben rund 139.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 1.968 Gemeinden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Kongress christlicher  
Führungskräfte erwartet 3.000**



# Teilnehmer in Nürnberg

Wetzlar, 14.12.2010/APD Rund 3.000 Teilnehmer und 250 Aussteller werden vom 24. bis 26. Februar 2011 zum Kongress christlicher Führungskräfte im CongressCenter Nürnberg erwartet. Die bereits zum 7. Mal stattfindende Veranstaltung steht unter dem Motto „Mit Werten in Führung gehen“. In Referaten sowie mehr als 60 Seminaren aus 15 Themenbereichen sollen unter anderem Fragen zu Wirtschaft und Ethik, Glaube am Arbeitsplatz, christliche Führungsprinzipien, gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, Work-Life-Balance und Persönlichkeitsentwicklung angesprochen werden. Veranstalter des Kongresses sind die Evangelische Nachrichtenagentur idea (Wetzlar) und die Firma „tempus Akademie & Consulting“ (Giengen bei Ulm).

Zu den Referenten der überkonfessionellen Veranstaltung zählen unter anderem Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, Bundesverfassungsrichter Professor Udo Di Fabio, der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Dr. Johannes Friedrich, der katholische Bischof des Bistums Eichstätt, Dr. Gregor Maria Hanke, sowie die Unternehmer Dr. Patrick Adenauer, Friedhelm Loh und Marie-Luise Dött.

In der kongressbegleitenden Ausstellung präsentieren sich den Besuchern Unternehmens-, Personal- und Finanzberater, Bildungs-, Freizeit und Therapieeinrichtungen, Medien, Verlage, Werbeagenturen, Wirtschaftsverbände, Missions- und Hilfswerke, Jugendverbände, Kirchen, Parteien, Versicherungsunternehmen, Reisebüros, Einzelhändler, Bestattungshäuser und Automobilhersteller. Weitere Informationen sind im Internet unter [www.christlicher-kongress.de](http://www.christlicher-kongress.de) zu finden.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Europa durch Christentum geprägt – Gleichsetzung aber unbegründet

Villach/Österreich, 13.12.2010/APD „Für evangelisches Verständnis geht es nicht um die Wiederherstellung eines christlichen Abendlandes“, betonte der evangelisch-lutherische Bischof Professor Dr. Michael Bünker in Villach in einem Referat über den Beitrag der christlichen Kirchen zum zusammenwachsenden Europa. Verheißung habe Europa nur, wenn es zu einem Aufbruch führe, „bei dem nicht irgendeine vergangene Realität, und sei sie noch so respektabel, die leitende Vision darstellt“, stellte Bünker fest.

Europa könne man einerseits definieren durch seine von Religionskriegen, zwei Weltkriegen, dem Holocaust und den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts geprägte Geschichte. Andererseits sei das zukünftige Europa zu unterscheiden, das sich als Wertegemeinschaft einer Mehrzahl von Einflüssen verstehe. „So wenig es einen Grund gibt, die Prägung Europas durch das Christentum zu übersehen, so unbegründet ist es auch, Europa mit dem Christentum gleichzusetzen“, hob der evangelische Bischof hervor.

Laut Agentur epdÖ sieht Bünker im Blick auf das zukünftige Europa für die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) eine Verpflichtung zum interkulturellen Dialog. Dieser setze die Menschenwürde des Einzelnen voraus und solle im staatlichen Rahmen der Menschenrechte, Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit stattfinden. Daraus folge auch die besondere Sorge der Kirchen für Minderheiten und sozial an den Rand Gedrängte.

„Der Nationalstaat ist den heutigen Herausforderungen – Stichwort Globalisierung, Klimawandel, Migration – nicht mehr gewachsen“, erklärte der Theologe in seinem Vortrag. Es diene allen, „wenn sich Staaten zu Staatengemeinschaften, zu Unionen zusammenschließen“. Bünker kündigte an: „Auf diesem Weg werden die Kirchen ihre christlichen Werte einbringen.“ Durch den Austausch mit anderen, die ebenfalls ihre Werte einbringen, werde Europa gestärkt hervorgehen.

Zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) – Leuenberger Kirchengemeinschaft haben sich 105 protestantische Kirchen in Europa und in Südamerika zusammengeschlossen. Lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen gewähren einander durch ihre Zustimmung zur Leuenberger Konkordie von 1973 Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Förderpreis der  
Mitteldeutschen Kirche für**

# Burger International"

# "Kinderclub

Halle/Saale, 12.12.2010/APD Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat am Freitag, 10. Dezember, den mit 1.000 Euro dotierten Förderpreis „Engagement für Flüchtlinge“ an den „Kinderclub International“ der Evangelisch-Reformierten Petrigemeinde in Burg bei Magdeburg verliehen. Ein zweiter und ein dritter Preis gingen an die Thüringer Abschiebehaftgruppe und Integrationsarbeit im Kirchenkreis Suhl und an den Arbeits- und Freundeskreis für Flüchtlinge im Altenburger Land.

„Menschen, die fremd oder auf der Flucht sind, stehen unter dem besonderen Schutz Gottes“, erklärte Landesbischöfin Ilse Junkermann bei der Preisverleihung. In den zehn Geboten stelle sich Gott als ein Gott vor, der Flüchtlinge aus der Unsicherheit in eine Heimat führe, erläuterte die Bischöfin. Der Einsatz für Migranten sei deshalb ein zentrales christliches Anliegen. „Ich danke Ihnen, dass Sie Gott Ihr Gesicht dafür leihen“, richtete sich Junkermann an die Vertreter der 15 nominierten Projekte. Der Preisvergabe war ein Aufruf der Landessynode der EKM an alle Kirchengemeinden vorausgegangen, sich für Flüchtlinge einzusetzen und gegen Fremdenfeindlichkeit einzutreten.

In der Laudatio für den ausgezeichneten „Kinderclub International“ beschrieb die Burger Superintendentin Ute Mertens die Mühen und Anstrengungen, welche die Kirchengemeinde mit ihrem Projekt auf sich genommen habe. Im Kinderclub trafen sich Kinder mit unterschiedlicher kultureller Prägung, mitunter traumatisiert, zum Teil körperlich, seelisch oder geistig behindert. Sie fänden hier nicht nur einen Platz zum Spielen, Basteln und Kochen, sondern vor allem einen Ort, an dem sie angenommen seien und in ihrer wertvollen Einzigartigkeit gesehen würden. Das Engagement des

Kinderclubs umfasse verschiedene Kindergruppen, Elternarbeit, Feste und Ausflüge. Gemeindefeste führten Gemeindemitglieder und Migranten zusammen. Als erste Einrichtung auf dem Gebiet der EKM beschäftigte die Kirchengemeinde eine Muslima als pädagogische Mitarbeiterin.

Pröbstin Marita Krüger hob die Zusammenarbeit der Kirchengemeinde mit den Siebenten-Tags-Adventisten hervor und unterstrich, dass in dem Einsatz für Migranten weder Konfession noch Religion trennen müssten. Der Kinderclub wurde 2005 von Dozenten und Studenten der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg als „Bunte Brücke“ unter dem Dach der Adventjugend der Freikirche gegründet. 2007 ging der Kinderclub in die Trägerschaft der evangelisch-reformierten Gemeinde über und wurde als Modellprojekt im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut“ der Bundesregierung gefördert. Seit 2010 wird das Projekt vollständig aus Mitteln der Landeskirche und des Kirchenkreises Elbe-Fläming finanziert.

Im diesem Jahr haben fünf Studierende der Hochschule Friedensau im Kinderclub studienbegleitende Praktika absolviert, die wesentlich zum Gelingen des Projekts beigetragen hätten. Diplom-Theologe László Szabó, Leiter des Praktikumsamtes in Friedensau, reagierte auf die Auszeichnung mit Bescheidenheit. Es sei eine Initiative von Studierenden gewesen, sich im Kinderclub zu engagieren. „Wir freuen uns über die Preisverleihung“, so Szabó. „Unsere Studierenden sammeln im Kinderclub wertvolle Erfahrungen im Bereich Integration.“

„In unserer Arbeit ist uns wichtig geworden, dass wir auf die Besonderheit jedes Kindes achten und sie wertschätzen“, wies Jana Kaufmann, die Leiterin des Kinderclubs, hin. „Wir ermutigen sie, dass sie das auch untereinander machen.“ Wichtig sei, die Würde jedes Einzelnen zu achten, unabhängig davon, wie viel oder wie wenig Würde ihm sonst entgegengebracht werde oder welche Qualifikationen er

aufweise.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Mehr "Miteinander" zwischen Juden und Moslems in Europa gefordert**

Brüssel/Belgien, 10.12.2010/APD Rund 50 muslimische und jüdische leitende Geistliche aus verschiedenen europäischen Ländern trafen sich am 6. Dezember zum ersten Mal in Brüssel. Sie forderten einen besseren Schutz der religiösen Minderheiten und versprachen bessere Zusammenarbeit.

„Es ist entscheidend, dass wir größere Anstrengungen machen und mehr Mittel in die Bildung investieren. Dazu müssen wir auf dem Kindergarteniveau beginnen“, sagte Moshe Kantor, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC). Das sei es, was er unter den erforderlichen Fundamenten für ein toleranteres Europas verstehe.

In einer gemeinsamen Stellungnahme nach Abschluss der eintägigen Konferenz wurden Schritte gefordert, „die es Juden und Muslimen ermöglichen, ihren jeweiligen Glauben vollumfänglich und ungehindert durch aufdringliche, diskriminierende oder ungerechte gesetzliche Bestimmungen zu praktizieren.“

Weiter mahnt die Erklärung „gemeinsame Projekte zugunsten von Armen und Obdachlosen ohne Rücksicht auf die Herkunft an.

Ferner sollen Einwanderer, die durch Hass und Fremdenfeindlichkeit bedroht werden, Beistand erhalten und muslimische und jüdische Jugendliche mit gemeinsamen Programmen zusammengebracht werden.“ Im Dokument wird auch jegliche Form von Gewalt im Namen irgendeiner Religion oder Ideologie verurteilt.

Der Präsident des Europäischen Rates, Hermann van Rompuy, mit dem die gemeinsame Delegation von Juden und Muslimen zusammentraf, unterstützte die Bemühungen der beiden Religionsgruppen.

„Heute haben wir hoffentlich eine Bewegung gestartet, die sich über Europa ausbreiten wird“, meinte Rabbi Marc Schneier, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC). Das Rezept sei ganz einfach, betonte er: „Unsere beiden Gemeinschaften müssen sich mehr auf das konzentrieren, was uns verbindet, als auf das, was uns trennt. Wir müssen auch die Radikalen in unseren Reihen zurückhalten und sicherstellen, dass sie nicht die Oberhand gewinnen.“

Die Veranstaltung wurde durch den Europäischen Jüdischen Kongress, den Jüdischen Weltkongress und die Stiftung für Ethnische Verständigung (FFEU), New York, organisiert. Die Teilnehmer kamen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, der Schweiz und aus den USA.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Christliche Kirchen wollen Beziehungen mit der Neuapostolischen Kirche ausbauen

Berlin, 09.12.2010/APD Zum Abschluss einer dreitägigen Fachkonsultation in Berlin zwischen zwei Instituten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Neuapostolischen Kirche (NAK) empfehlen die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) Berlin und das Konfessionskundliche Institut (KI) Bensheim, „die Gespräche zwischen den Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und der Neuapostolischen Kirche auf allen Ebenen intensiv zu suchen“. Solche Begegnungen sollen dem Kennenlernen sowie dem Abbau von Vorurteilen und gegenseitiger Unkenntnis dienen. Dennoch sei der Weg zu einer ökumenischen Gemeinschaft derzeit nicht vorgezeichnet, schreibt das KI in einer Medienmitteilung.

Vom 1. bis 3. Dezember luden die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) und das Konfessionskundliche Institut (KI) rund vierzig Experten für Ökumene und Weltanschauungsfragen zu einer Fachkonsultation nach Berlin-Spandau ein. Ziel des Treffens war der Austausch über Erfahrungen von Begegnungen mit der Neuapostolischen Kirche und die Verständigung über weitere Schritte.

Die Neuapostolische Kirche (NAK) gilt seitens der evangelischen Kirchen im deutschsprachigen Raum als Sondergemeinschaft. Nach Meinung der beiden EKD-Institute EZW und KI verhinderten die NAK-Sonderlehren, vor allem aber ihr exklusives Verständnis als einzige heilsvermittelnde Gemeinschaft, eine gleichberechtigte ökumenische Zusammenarbeit mit den etablierten christlichen Kirchen. In



der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) arbeiten bisher nur evangelische Landes- und Freikirchen, die römisch-katholische und die Altkatholische Kirche sowie orthodoxe Kirchen zusammen.

Erschwerend für eine theologische Verständigung sei der Umstand, dass der erneuerte neuapostolische Katechismus als grundlegendes Bekenntniswerk trotz langer Ankündigung zurzeit noch nicht vorliege. Erst nach dessen Erscheinen, möglicherweise im Jahr 2012, werde ein Dialog auf einer robusten Basis möglich sein, so das KI.

Die Leiter der einladenden Institute, Dr. Reinhard Hempelmann (Berlin) und Dr. Walter Fleischmann-Bisten (Bensheim), appellierten an die zum Gespräch angereisten hochrangigen Vertreter der NAK, Möglichkeiten der Begegnung zu nutzen und ihren Gemeindemitgliedern gegenüber auf Kenntnis und Akzeptanz der anderen Kirchen hinzuwirken. Der Vorsitzende der ACK in Deutschland, Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), ermutigte ebenfalls zu Sondierungsgesprächen und Begegnungen im Sinne guter religiöser Nachbarschaft. In diesem innerchristlichen Dialog müsse sich zeigen, ob und inwiefern einzelne Sonderlehren der NAK kirchentrennenden Charakter hätten.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Mehr Verantwortung für adventistische Pastorinnen in Nordamerika

Silver Spring, Maryland/USA, 08.12.2010/APD Adventistische Pastorinnen sollen in den USA und in Kanada künftig als Präsidentin einer der regionalen Freikirchenleitungen, „Vereinigungen“ genannt, gewählt werden können. Bisher ist dieses Amt, wie auch auf den anderen Kontinenten, nur männlichen Geistlichen vorbehalten. Der geschäftsführende Ausschuss der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika beschloss eine diesbezügliche Änderung der Arbeitsrichtlinien, der noch der Ausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) zustimmen muss. Während bisher nur ordinierte Geistliche, also Männer, in das Amt des Präsidenten einer Vereinigung berufen werden, soll diese Führungsposition künftig auch für „beglaubigte“ Geistliche, und damit ebenfalls für Frauen, möglich sein.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, können Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung vornahm. Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen als ordinierte Pastorinnen ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit über 16,6 Millionen erwachsen getauften Mitglieder leben, äußerst umstritten.

Auch Männer werden nach ihrem Theologiestudium nicht sofort, sondern erst nach einigen Jahren Dienst als Pastoren ordiniert. Bis dahin sind sie ebenfalls, wie ihre Kolleginnen, „beglaubigte“ Geistliche. Nach Änderung der Arbeitsrichtlinien würde auch ihnen das Leitungsamt in einer Vereinigung offen stehen, informierte Pastor Daniel R. Jackson (Silver Spring, Maryland/USA), Präsident der nordamerikanischen Adventisten.

Die Siebenten-Tags-Adventisten haben eine demokratisch-repräsentative Form der Kirchenverwaltung. Danach beruht die Autorität der Freikirche auf ihren Mitgliedern, die wiederum repräsentativen Gremien und Verantwortungsträgern die Verwaltung und Leitung der Kirche übertragen. Die Adventisten sind eine weltweite Freikirche, wobei die Ortsgemeinden eines bestimmten geographischen Gebietes in einer „Vereinigung“ zusammengefasst sind. Die Vereinigungen unterstehen „Verbänden“, in anderen Ländern auch „Unionen“ genannt. Auf kontinentaler Ebene sind die Verbände in „Divisionen“ zusammengefasst, die als geographische Abteilungen zur Generalkonferenz gehören. Das höchste Organ der weltweiten Freikirche ist die alle fünf Jahre tagende Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode). Zur letzten Weltsynode im Juni/Juli 2010 kamen über 2.200 Delegierte aus rund 200 Ländern nach Atlanta, Georgia/USA.

Im Jahr 2009 habe der geschäftsführende Ausschuss der nordamerikanischen Adventisten beschlossen, sich dafür einzusetzen, das Thema der Rolle von Frauen als Geistliche auf die Tagesordnung der Weltsynode in Atlanta zu bringen, teilte Pastor Jackson mit. Doch das sei nicht gelungen. Eine Umfrage bei den 13 „Divisionen“ habe gezeigt, dass nur drei von ihnen für eine Veränderung der aktuellen Handhabung, Frauen nicht zum Pastorendienst zu ordinieren, offen seien. Acht Divisionsleitungen meinten, ein solcher Schritt würde sich negativ auf die Mitglieder in ihrem Gebiet auswirken. Zwei weitere Divisionen hätten sich anscheinend nicht dazu geäußert. Aus Rücksicht auf die acht Divisionen, die eine

„Untergrabung der Einheit der Kirche“ in ihren Gebieten befürchteten, habe der Generalkonferenz-Ausschuss das Thema nicht in die Agenda der Weltsynode aufgenommen, obwohl viele darauf hingewiesen hätten, dass sich einiges innerhalb der letzten zehn Jahre verändert habe. „Obwohl wir unseren Pastorinnen das Versprechen gaben, uns für sie einzusetzen“, sei es nicht möglich gewesen, das Thema auf Weltebene erneut zu diskutieren, bedauerte Jackson. Deshalb habe der nordamerikanische Kirchenausschuss sich jetzt selbst dieser Thematik angenommen und einen konkreten Beschluss gefasst, um Frauen an Leitungsaufgaben mehr zu beteiligen.

In Nordamerika gibt es über 1,12 Millionen erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 4.893 Gemeinden. Sie werden von 2.936 ordinierten und 548 nicht ordinierten Geistlichen betreut.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Beste(r) Taufgottesdienst gesucht**

Kassel, 07.12.2010/APD Die „Stiftung zur Förderung des Gottesdienstes – Karl-Bernhard-Ritter-Stiftung“ sucht den besten Tauf- oder Tauferinnerungsgottesdienst. Alle Gemeinden und Einrichtungen, die der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) angehören, seien aufgerufen, solche Gottesdienste zu dokumentieren und bis zum 28. Februar 2011 einzureichen, teilte die Stiftung in Kassel mit. Es winke ein

Preisgeld von 2.500 Euro.

Kriterien für die Vergabe des Preises sind neben der theologischen, ästhetischen und sprachlichen Qualität die Gestaltung der Taufhandlung, die Aufmerksamkeit für die nonverbalen Zeichen, insbesondere der Umgang mit dem Element Wasser, die Beteiligung der Angehörigen und der Gemeinde. Die Ausschreibung mit weiteren Informationen ist im Internet unter [www.gottesdienst-stiftung.de](http://www.gottesdienst-stiftung.de) zu finden. Eine Jury wird über die Vergabe des Gottesdienst-Preises 2011 entscheiden.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Hilfsorganisationen an der thailändisch-burmesischen Grenze**

**Vortrag mit Dr. Alexander Horstmann an der Theologischen Hochschule Friedensau**

Friedensau bei Magdeburg, 06.12.2010/APD Am Freitag, 10. Dezember, referiert von 10 bis 12 Uhr Dr. Alexander Horstmann zum Thema „Ethical Dilemmas of Humanitarian Assistance at the Thai-Burmese Border“. Der in Englisch gehaltene wissenschaftliche Vortrag findet im Otto-Lüpke-Haus der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg statt. Bei der Veranstaltung des Fachbereichs „Christliches Sozialwesen“ geht

es um die Situation humanitärer Hilfsorganisationen an der thailändisch-burmesischen Grenze.

Dr. Horstmann war als Entwicklungssoziologe und Sozialanthropologe in verschiedenen Forschungseinrichtungen tätig, wie beispielsweise am Institut für Südostasienwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. An der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster arbeitete er als wissenschaftlicher Angestellter des Instituts für Ethnologie.

Die 1899 gegründete staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau bietet Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie an.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Kirchen sind für die Entwicklung Sambias wichtig**

Lusaka/Sambia, 05.12.2010/APD „Meine Regierung unterstützt die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten nicht nur der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, sondern aller Kirchen, die sich für die Entwicklung unseres Landes engagieren“, betonte Staatspräsident Rupiah Bwezani Banda anlässlich der Grundsteinlegung für den Neubau der adventistischen Libala-Kirche in Lusaka, der Hauptstadt Sambias. Im neuen Gemeindezentrum sollen 3.000

Gottesdienstbesucher Platz finden, anstatt der 800 im jetzigen Gebäude.

Der sambische Präsident ermutigte die Kirchen und außerkirchliche Gruppen, sich mit Ausdauer und Entschiedenheit für die Verbesserung der Lebensbedingungen, speziell der unterprivilegierten Bewohner, einzusetzen. „Viele Menschen sind durch den positiven Einfluss des Evangeliums aufgerichtet und verändert worden“, sagte Banda, „aber der Einfluss der Kirchen reicht auch in andere Bereiche.“ Die Adventisten seien für ihre Ausbildungsprogramme in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen bekannt.

Mitglieder der adventistischen Libala Gemeinde in Lusaka leiten die „Wilberforce Academy“, benannt nach William Wilberforce (1759-1833), einem britischen Parlamentarier und Anführer im Kampf gegen den Sklavenhandel. Dort kann der Umgang mit dem Computer, dem Internet und den sozialen Medien, wie Twitter, Facebook oder Blogs, erlernt werden.

Sambia ist ein Binnenland im südlichen Afrika und hat 12,6 Millionen Einwohner. Die Adventisten sind in Sambia seit 105 Jahren tätig und zählen rund 660.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 1.877 Gemeinden. In den letzten fünf Jahren stieg die Mitgliederzahl der Freikirche in Sambia um 30 Prozent. Sie unterhält dort eine Universität, ein Gymnasium, 23 Grundschulen, drei Krankenhäuser, vier Kliniken und ein Verlagshaus.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Der größte Herrnhuter Stern für Bundeskanzlerin Merkel

Berlin, 04.12.2010/APD Bundeskanzlerin Angela Merkel erhielt am 3. Dezember den größten bisher gefertigten Herrnhuter Stern. Überreicht wurde ihr die Sonderanfertigung aus Herrnhut (Oberlausitz) von Pfarrer Frieder Vollprecht, Mitglied der Kirchenleitung der Brüder-Unität, und Oskar Scholz, Geschäftsführer der Herrnhuter Sterne GmbH. „Der Stern verkündigt die Botschaft vom Frieden, der auf Erden wachsen soll“, betonte Vollprecht. Das Streben diesem Frieden ein Stück näher zu kommen, verbinde die Verantwortlichen in den Kirchen und in der Politik. Die Bundeskanzlerin dankte für das außergewöhnliche Geschenk und meinte, dass Herrnhuter Sterne sie seit ihrer Kindheit begleitet hätten.

Der Stern wurde im Bundeskanzleramt aufgehängt und leuchtet während der Adventszeit. Auch der Berliner Dom ist mit solch einem großen Herrnhuter Stern geschmückt.

Beide Sterne sind Sonderanfertigungen des Originalen Herrnhuter Advents- und Weihnachtssterns. Sie haben jeweils einen Durchmesser von 2,50 Metern und sind aus weißem Kunststoff gefertigt. Wie alle Herrnhuter Sterne bestehen sie aus insgesamt 25 Zacken („Strahlen“), 17 mit einer quadratischen und acht mit einer dreieckigen Grundfläche. Die beiden Sterne für Berlin sind die bisher größten Exemplare, die in der Herrnhuter Manufaktur gefertigt wurden.

Der Herrnhuter Stern entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer Bildungsanstalt der Evangelischen Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine in der Oberlausitz. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird er in Handarbeit in Herrnhut gefertigt. Er ist ein Symbol für die biblische Weihnachtsgeschichte und für das Bekenntnis zu Jesus Christus und steht damit für die christliche Botschaft. Der Herrnhuter



Stern wird mittlerweile in über 65 verschiedenen Ausführungen als Außen- und Innenstern aus Kunststoff oder Papier produziert. Etwa 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen in aufwendiger Handarbeit in der Herrnhuter Sterne GmbH, einem Wirtschaftsunternehmen der Brüder-Unität, jährlich rund 240.000 Sterne her. Herrnhuter Sterne leuchten schon längst nicht mehr nur in Deutschland, sondern in vielen Teilen der Erde.

Die Evangelische Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine ist eine selbstständige evangelische Kirche. Bekannt ist die Brüder-Unität auch für die Herausgabe der Losungen, einem seit 1731 in ununterbrochener Folge erscheinenden Andachtsbuches, das für jeden Tag des Jahres zwei Bibeltexte und einen Liedvers oder ein Gebet enthält.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Grundnahrungsmittel für Hochwasseropfer**

Accra/Ghana, 03.12.2010/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat rund 800 Menschen im Ashiaman Landkreis des westafrikanischen Staates Ghana, die durch Hochwasser ihre Hütten verloren haben, mit den Grundnahrungsmitteln Mais, Bohnen und Speiseöl versorgt. Am Zusammenfluss zweier Flüsse war es zu Überschwemmungen gekommen, sodass 18 Bewohner starben und über 10.000 obdachlos wurden. Betroffen sind die Ortschaften Manmomo, Obaketse, Asenso, Lebanon und Talaku.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Das erste "Haus der guten Taten" in Berlin eröffnet**

**Hochschule Friedensau an neuartigem Einzelhandelskonzept beteiligt**

Berlin/Friedensau bei Magdeburg, 02.12.2010/APD Im Berliner Einkaufszentrum „Forum Steglitz“ wurde „COEO“, das erste „Haus der guten Taten“ in Deutschland, eröffnet. Der Name „coeo“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „sich finden und zusammenkommen“, womit die soziale Unternehmensphilosophie des neuen Geschäftsmodells beschrieben werden soll. „Werteorientiertes Handeln ist bei COEO die Basis“, betonte Wilfried Franz (Berlin), Initiator des „Hauses der guten Taten“ und Gründer der Einzelhandelskette „Spiele-Max“. Als gemeinnützige Gesellschaft verpflichtete sich COEO, alle Gewinne für konkrete soziale Projekte zu spenden und in die Weiterentwicklung der Idee von COEO zu investieren, damit auch in anderen Städten ähnliche Häuser eröffnet werden könnten. Gegenwärtig werde in Berlin ein Projekt der Stiftung „Jona“ für Jugendliche aus sozialschwachen Familien gefördert.

Zur Produktpalette im „Haus der guten Taten“ gehören Artikel aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und fair gehandelte Waren, die beispielsweise von Bauern in der Dritten Welt zu gerechten Preisen gekauft worden seien. So gibt es in dem neuen Geschäft unter anderem Kaffee, Tee, Schokolade,

Spiele, Haushaltswaren, Schmuck und Dekorationsartikel. Außerdem findet sich dort ein größeres Sortiment christlicher Literatur und ein Café. „Sich finden und zusammenkommen, so die Bedeutung von COEO“, stehe nicht nur für die Unternehmensphilosophie und das Leitbild. Ziel sei, erläuterte Franz, mit einer ansprechenden und farbenfrohen Ladenarchitektur Menschen tatsächlich zusammenzubringen. Dafür stehe nicht nur symbolisch eine große Tafel im Café. Sie lade mitten im Alltag in einer großstädtischen Umgebung zum Innehalten und zum Austausch ein.

Laut Franz sollen in der Filiale bis zu sechs Arbeitsplätze, insbesondere für Jugendliche mit Behinderungen, geschaffen werden. Zu den Kooperationspartnern gehörten unter anderem die Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, die Globo Fair Trade Partner GmbH, das GEPA Fairhandelszentrum Berlin und die Buchhandlung Huismann.

„Das hinter COEO stehende Konzept ist aus der Ideenschmiede der Theologischen Hochschule Friedensau in Zusammenarbeit mit Wilfried Franz sowie den beiden Geschäftsführern Christoph von Mohl und Wolfgang Derday entstanden“, informierte Holger Koch, Pressesprecher der bei Magdeburg gelegenen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Die Leiterin des Masterstudiengangs „Sozial- und Gesundheitsmanagement“, Professorin Dr. Dr. Silvia Hedenigg, und Jörg-Ingo Osygus, Lehrbeauftragter für „Betriebswirtschaftslehre“ und „Projektmanagement“, sowie Studierende der Masterstudiengänge „Sozial- und Gesundheitsmanagement“ und „Internationale Sozialwissenschaften“ seien 2008 bei der Entstehung der Erstkonzeption beteiligt gewesen, die anschließend die Geschäftsführer zu dem COEO-Konzept weiter ausgearbeitet hätten. Die neue Marke COEO und das dazugehörige Einzelhandelskonzept habe die Berliner „Agentur für Markenarchitektur dan pearlman“ realisiert.

Die 1899 gegründete Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare

Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – neun Semester), Master of Arts Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester) und Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Aufklärung von russischen Berufsschülerinnen über Frauenhandel**

Wien/Österreich, 01.12.2010/APD Mit dem neuen Schuljahr hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA an den Berufsschulen in Nischni Nowgorod, der fünftgrößten Stadt Russlands, eine Aufklärungskampagne begonnen, um Mädchen vor Frauenhandel zu schützen. Durch Weiterbildung von Lehrern, Theatervorführungen für Jugendliche samt anschließenden Diskussionsrunden wird über die Gefahren des Frauenhandels informiert.

Laut Marcel Wagner (Wien), Direktor von ADRA Österreich, sei

der systematische Aufbau eines solchen Programms eine wichtige Präventionsarbeit, da die Mädchen an den Berufsschulen regelmäßig von Jobvermittlern mit verlockenden Arbeitsangeboten als angebliche Kindermädchen und Haushaltshilfen in Westeuropa angesprochen würden. ADRA Österreich unterstützt das Projekt in Nischni Nowgorod finanziell.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Philippinen: Unterrichtsfrei für adventistische Lehrer und Schüler am Samstag**

Manila/Philippinen, 30.11.2010/APD Das Ministerium für Bildung der Philippinen hat in einer Anweisung verfügt, dass Schüler und Lehrkräfte der Siebenten-Tags Adventisten am Samstag vom Unterricht, von Prüfungen und sonstigen Veranstaltungen an öffentlichen Grund- und höheren Schulen zu befreien sind. In dem Erlass wird darauf hingewiesen, dass für Adventisten der Samstag ihr Ruhetag sei und dass die Verfassung des Staates die freie Ausübung der Religion gewährleiste.

In der Anweisung heißt es, dass „von Lehrkräften und Schülern, die zu einer religiösen Gruppe gehören, welche den Samstag als Ruhe- oder Gottesdienstag feiert, nicht verlangt werden soll, an Samstagen den Unterricht, die Prüfungen, besondere Kurse,

Ausbildungen oder andere schulische Veranstaltungen zu besuchen“. Lehrkräften sollte wegen Fehlens aus Glaubensgründen am Samstag ihr Gehalt nicht gekürzt und Schüler in der Benotung nicht benachteiligt werden. Die Schulleitung müsste mit den betroffenen Lehrkräften und Schülern besondere Vereinbarungen treffen, ohne das Recht auf freie Religionsausübung zu verletzen. Dabei handele es sich um die Erbringung von Leistungsnachweisen für Schüler und von nicht geleisteten Unterrichtsstunden am Samstag von Lehrern.

Der Name „Siebenten-Tags-Adventisten“ weist auf die Feier des siebenten Wochentages, nach biblischer Zählung des Samstags, als Ruhetag (hebräisch „Sabbat“) hin. Der Begriff „Adventist“ (lateinisch „adventus“ – Ankunft) hebt hervor, dass es sich um Christen handelt, welche die Wiederkunft Jesu erwarten, ohne dieses Ereignis zeitlich zu fixieren. Auf den Philippinen gibt es über 675.000 erwachsen getaufte Adventisten in 4.341 Gemeinden. Die Freikirche unterhält dort selbst eine Universität, sieben Colleges, 18 höhere Schulen und 304 Grundschulen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Jahresbericht 2010 des US-  
Außenministeriums zur**

# Religionsfreiheit weltweit

Washington D.C./USA, 29.11.2010/APD Im internationalen Jahresbericht 2010 zur Religionsfreiheit bestätigte US-Außenministerin Hillary Clinton der Schweiz und Deutschland konstruktive Anstrengungen zum Schutz der Religionsfreiheit. „Das Recht, glauben oder nicht glauben zu dürfen, ohne Furcht vor Übergriffen seitens der Regierung, ist ein grundlegendes Menschenrecht“, heißt es im Bericht. Die Religionsfreiheit soll geschützt und gefördert werden, indem Handlungen der Regierungen zur Einschränkung der Religionsfreiheit, sowie das passive Tolerieren von Gewalt gegenüber religiösen Gemeinschaften, aufgelistet und publiziert wird.

## Fortschritte und Mängel in Deutschland

Der deutschen Regierung bescheinigt der US-Jahresbericht, dass sie positive Anstrengungen unternommen habe, um die Integration der Muslime und anderer Minderheiten zu fördern. Es gäbe aber weiterhin Besorgnis bezüglich religiöser Minderheiten, wie Muslimen, Scientologen und Zeugen Jehovas. Der Bericht bemängelt, dass jüdische Friedhöfe geschändet und muslimische Gemeinschaften gesellschaftlich diskriminiert worden seien, wenn sie eine Moschee bauen wollten.

Die kirchlichen Sektenbeauftragten werden kritisiert, weil sie die Öffentlichkeit über Gefahren informiert hätten, die ihres Erachtens von religiösen Minderheiten (Vereinigungskirche, Scientology, Universelles Leben, Transzendente Meditation) ausgingen.

Trotz des deutschen Bundesverwaltungsgerichtsbeschlusses von 2007, wonach der „Sekten-Filter“ rechtswidrig und diskriminierend sei, würden Scientologen bei Bewerbungsunterlagen für Arbeit und Aufnahme in politische Parteien mit ihm konfrontiert und deshalb diskriminiert.

Positiv wird vermerkt, dass Politiker Diskriminierung

thematisierten und Integrationsbemühungen unterstützten. Den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) hätten etwa 180 religiöse Gruppierungen, darunter die evangelische und römisch-katholische Kirche, jüdische Gemeinschaft, Mormonen, Siebenten-Tags-Adventisten, Mennoniten, Baptisten, Methodisten, Christliche Wissenschaft und die Heilsarmee. Den Zeugen Jehovas sei der KdöR-Status in zwölf Bundesländern zugestanden worden, Nordrhein-Westfalen habe ihn jedoch verweigert.

Die muslimischen Gemeinschaften bildeten hinsichtlich der Körperschaftsrechte eine Ausnahme, heißt es im Bericht. Der Staat stehe zwar einer Anerkennung positiv gegenüber, die verschiedenen muslimischen Gemeinschaften erfüllten aber die Voraussetzung eines vom Gesetz vorgesehenen muslimischen Ansprechpartners nicht, mit dem die Regierung verhandeln könnte.

### **Fortschritte und Mängel in der Schweiz**

Der US-Bericht hält fest, dass die Annahme der Minarett-Initiative im November 2009 eine Einschränkung der Religionsfreiheit bedeute. Es wird auch der Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erwähnt, der im Juni 2010 die Schweizer Regierung aufforderte, den neuen Verfassungsartikel, der den Bau von Minaretten in der Schweiz verbietet, außer Kraft zu setzen, weil er Muslime diskriminiere. Es wird ferner bemängelt, dass als „fundamentalistisch“ eingestuftes Imamen die Aufenthaltsbewilligung verweigert oder dass keine Baubewilligungen für muslimische Friedhöfe erteilt worden seien.

Eine Quote für ausländische Missionare sei für 2011 erlassen worden, und ab 2012 dürften „religiöse Mitarbeiter“ von Organisationen nicht mehr einreisen, wenn sie keine theologische Ausbildung abgeschlossen hätten und nicht durch die Gastorganisation finanziert würden. Diese Bestimmung



betreffe im Besonderen die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen).

Positiv wird vermerkt, dass die Schweizer Armee auf Grund der Zunahme von muslimischen Dienstpflichtigen Richtlinien zum Umgang mit spezieller Verpflegung und religiösen Vorschriften erlassen habe. Von der „Dokumentation zum Thema Religion für Angehörige der Armee“, profitierten auch adventistische und jüdische Militärdienstleistende, weil ihnen Urlaub aus religiösen Gründen zur Einhaltung des Sabbats bereits zum Ruhetagsbeginn am Freitagabend gewährt werden könne.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Hilfe für somalische Flüchtlinge und Einheimische im Jemen**

Lahij/Jemen, 28.11.2010/APD Der Generalsekretär des Provinzrates von Lahij im Jemen, Ali Matir, zeigte sich in Verhandlungen mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Jemen sehr daran interessiert, die Lebensbedingungen der somalischen Flüchtlinge im Camp Kharaz zu verbessern. Das Flüchtlingslager liegt rund 150 Kilometer westlich von Aden und besteht seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Somalia vor 19 Jahren.

Laut der Yemen News Agency sei vereinbart worden, bei der

Verteilung von Hilfsgütern durch die jemenitischen Behörden, ADRA und das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) auch die einheimischen Bewohner in Madhareba und Ras al-Arah zu berücksichtigen. Auf diese Weise könne das Verhältnis der jemenitischen Bevölkerung zur Provinzregierung und den somalischen Flüchtlingen im Camp Kharaz verbessert werden.

Nach Angaben von Becky de Graaff, Direktorin von ADRA Jemen mit Sitz in Sana'a, arbeite ihre Hilfsorganisation seit 1995 im Land. Dabei würden hauptsächlich Projekte verwirklicht, die Frauen, Kindern und Flüchtlingen zu gute kämen. ADRA und IOM (International Organization for Migration) seien auch die wichtigsten Hilfswerke im abgelegenen und schwer zugänglichen jemenitischen Gouvernement Al-Jawf. IOM arbeite im Süden, ADRA im Norden des Gouvernements.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Hebammenausbildung, Brunnen und Erste-Hilfe-Kurse**

Wien/Österreich, 27.11.2010/APD Eine Partnerschaft mit der Hebammenschule „Springs of Joy“ im Ranchi Distrikt des nordostindischen Bundesstaates Jharkhand ist die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich eingegangen. Neben der Ausbildung von 15 Hebammen in den nächsten 18 Monaten möchte ADRA den Bau von Brunnen in den Dörfern unterstützen. Viele Bewohner müssen in der Trockenzeit drei bis vier Kilometer laufen, bis sie Trinkwasser finden. Außerdem sind Gesundheits- und Erste-

Hilfe-Kurse in Dörfern und Schulen vorgesehen. Die Oberösterreichische Landesregierung unterstützt das Projekt mit 12.000 Euro.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Trinkwassertanks für Bewohner auf den Salomonen**

Lalana, Malaita/Salomonen, 26.11.2010/APD Die Dorfbewohner von Lalana haben seit Bestehen der künstlichen Insel in der Langa Langa Lagune der Salomonen-Provinz Malaita das erste Mal Trinkwasser vor ihrer Haustüre. Bis zur Erstellung der zehn Betontanks mit einer Kapazität von insgesamt 160.000 Litern mussten die Frauen und Mädchen täglich mit ihren Kanus zwei bis drei Stunden zum Festland paddeln, um sauberes Wasser zum Kochen und für den Haushalt zu holen.

„Diese Zeit können sie nun für anderes verwenden, unter anderem auch für Erwerbstätigkeiten oder für ihre Familien“, so Barry Chapman, Direktor der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Salomonen. „Die Wassertanks sind ein großer Fortschritt, der die Lebensqualität der Dorfbewohner wesentlich verbessern wird“, betonte Projektleiterin Mary Noli.

Das Vorhaben wurde von ADRA in Zusammenarbeit mit der Regierung der Salomonen Inseln, der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid sowie dem ländlichen Wasserversorgungs- und Abwasserprojekt mit Kosten in Höhe von

331.000 Euro durchgeführt.

Die Salomonen sind seit 1978 ein unabhängiger Inselstaat, der östlich von Papua Neuguinea im Pazifik liegt. Es leben auf den sechs großen Inseln und den 992 Atollen rund 552.000 Einwohner. Davon sind 95 Prozent Christen: 34 Prozent bekennen sich zu den Anglikanern, 19 Prozent zu den Katholiken, 17 Prozent zur South Sea Evangelical Church und weitere 21 Prozent zu anderen protestantischen Kirchen, zu denen auch 39.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten im Inselstaat zählen. Außerdem gibt es Mormonen und Zeugen Jehovas.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **VEF-Arbeitsgruppe Kriegsdienstverweigerung bleibt bestehen**

**„Trotz Aussetzung von Wehr- und Zivildienst genügend  
Betätigungsfelder“**

Berlin, 25.11.2010/APD Die in Wustermark-Elstal bei Berlin tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat einstimmig beschlossen, dass ihre Arbeitsgruppe 8 „Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden“ (AG 8) auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 und der damit verbundenen Abschaffung des Zivildienstes bestehen bleiben soll. Wie der Vorsitzende der AG 8, Diakon Armin Hoffmann (Berlin),

mitteilte, sei die Wehrpflicht lediglich ausgesetzt. Sie könne bei Bedarf wieder eingeführt werden.

Auch ohne Zivildienst gebe es bereits jetzt vielfältige soziale und friedensethische Dienste, so Hoffmann. Sie sollten, wie auch neu hinzukommende Dienste, weiterhin begleitet werden. Um Freiwillige zu gewinnen, sei damit zu rechnen, dass die Bundeswehr ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärke. Hierauf gelte es mit dem „Friedensauftrag des Evangeliums“ zu antworten.

Trotz Aussetzung der Wehrpflicht bleibe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bestehen, teilte Hoffmann mit. Noch sei allerdings völlig offen, wie sich das Verfahren der Kriegsdienstverweigerung für Männer und Frauen, die sich freiwillig als Zeit- und Berufssoldaten gemeldet haben, entwickeln werde. Fest stehe jedoch, dass kriegsdienstverweigernde Soldatinnen und Soldaten Beratung und Unterstützung benötigten.

Diakon Hoffmann denkt aber auch an künftige junge Männer. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht stünden sie nicht mehr vor der Frage, ob sie Zivil- oder Militärdienst leisten sollten. Deshalb gelte es dann erst recht, ihnen, wie auch Frauen, die sich ebenfalls freiwillig zur Bundeswehr melden könnten, bei der Gewissensbildung zu helfen. „Denn der Dienst in der Armee ist nicht einfach nur ein Job wie alle anderen.“

Hoffmann zog als Resümee, dass auch nach Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes die AG 8 genügend Betätigungsfelder habe. Sie werde sich jedoch aufgrund der veränderten Situation in „Arbeitsgruppe 8 Kriegsdienstverweigerung und Friedensdienste“ umbenennen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Freikirchen befassen sich mit dem Begriff "evangelisch"

**VEF nimmt Freikirchlichen Bund der Gemeinde Gottes als Mitgliedskirche auf**

Wustermark-Elstal bei Berlin, 24.11.2010/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat während ihrer Mitgliederversammlung im baptistischen Bildungszentrum Elstal bei Berlin den Freikirchlichen Bund der Gemeinde Gottes (FBGG) als Mitglied aufgenommen. Der FBGG war seit dem Jahr 2000 Gastmitglied der VEF. Er vereint in Deutschland 2.200 Mitglieder in 27 Gemeinden. Seinen Ursprung hat der Bund im Entstehen der Bewegung „Gemeinde Gottes“ um 1880 in den USA. In der Bundesrepublik unterhält der FBGG in Fritzlar bei Kassel seine Ausbildungsstätte und das Kinderhilfswerk „Global Care“. Die Zentrale seines Missionswerkes befindet sich in Wietzendorf bei Soltau. Weitere Informationen über die Freikirche sind im Internet unter [www.fbgg.de](http://www.fbgg.de) zu finden.

Erneut befasste sich die Mitgliederversammlung mit der Interpretation des Begriffs „evangelisch“ im Verhältnis der evangelischen Freikirchen zu den evangelischen Landeskirchen. Ausgangspunkt für das Gespräch war die Leuenberger Konkordie, die grundlegende theologische Vereinbarung der evangelischen Kirchen von 1973. „Es geht nicht darum“, betonte die Vorsitzende der VEF, Bischöfin Rosemarie Wenner, „dass wir der Leuenberger Kirchengemeinschaft beitreten. Wir können anhand dieses Grundlagentextes jedoch zeigen, dass es Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums zwischen den VEF-Kirchen und den evangelischen Landeskirchen gibt.“ Bischöfin Wenner hofft, dass dies die Basis für weitere Gespräche, vor allem im Hinblick auf die Erteilung von evangelischem

Religionsunterricht an staatlichen Schulen durch freikirchliche Lehrkräfte, verstärke.

Die VEF-Mitgliederversammlung kritisierte die Äußerung von Professor Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), der kürzlich unter Bezug auf eine Studie seines Hauses in der von „Phoenix“ ausgestrahlten Fernsehendung „Tacheles“ behauptet habe, dass Kinder in freikirchlichen Familien besonders häufig körperliche Züchtigung erleiden würden. Auf Rückfrage hätte Pfeiffer bestätigt, dass die Studie keinerlei Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Freikirchen ermögliche. Extreme Splittergruppen, separatistische freikirchliche Gemeinden und die etablierten Freikirchen fänden sich daher „in einer gemeinsamen Schublade wieder“, so die VEF. Das Ergebnis der Studie nähere daher lediglich pauschale Vorurteile. Gleichwohl habe die Mitgliederversammlung die Erklärung des Vorstandes bekräftigt, in der es heißt: „Der Prozess der selbstkritischen Überprüfung hat zu jeder Zeit in allen VEF-Kirchen zu erfolgen, um dem unbedingten Schutz aller Kinder und Jugendlichen vor jeder Form von Gewalt mit aller Aufmerksamkeit zu entsprechen.“

In der 1928 gegründeten Vereinigung Evangelischer Freikirchen sind zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen vertreten. Die VEF wird von einem fünfköpfigen Vorstand geleitet, dessen Präsidentin Rosemarie Wenner, Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche, ist. Die VEF vertritt nach eigenen Angaben etwa 270.000 evangelische Christen in Deutschland. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 12. April in Kassel statt. Dann soll auch ein neuer Vorstand gewählt werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# "Schutz religiöser Rechte für jeden"

## Präsident der weltweiten Adventisten nimmt Stellung zur Religionsfreiheit

Silver Spring, Maryland/USA, 23.11.2010/APD „Die Siebententags-Adventisten setzen sich mit Entschiedenheit für den Schutz der religiösen Rechte jeder Person ein“, betonte Pastor Ted N. C. Wilson (Silver Spring, Maryland/USA), Präsident der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), in einem Interview des „Liberty Magazine“. „Wenn Menschen die Freiheit verweigert wird, sich selbst zu entscheiden, haben sie nicht die ihnen zustehende Möglichkeit, ihre Überzeugung wirklich auszuleben.“

Es gehe dabei aber nicht um den Schutz von „Rechten“, die sich gegen Gottes Gebote richteten, präzisierte Wilson. „Wir können uns nicht für den Schutz von Dingen einsetzen, die den Geboten Gottes völlig widersprechen. Aber wir setzen uns für das Recht der Menschen ein, sich für oder gegen Gott zu entscheiden.“

Eine der starken Säulen, auf die sich die Adventisten stützten, sei die Religionsfreiheit, die es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen gelte, betonte Wilson. „Dabei geht es nicht egoistisch um die Bewahrung der eigenen Konfession, sondern um den Schutz der Rechte jedes Einzelnen, sich frei zu entscheiden.“

Vorherrschende religiöse Organisationen, die Zugang zu den gesellschaftlichen und politischen Schalthebeln hätten, stünden in der Versuchung, jenen die persönlichen Freiheiten einzuschränken, die nicht zur großen Mehrheit gehörten, gab der Kirchenleiter zu bedenken. Adventisten müssten besonders



in solchen Situationen die Initiative ergreifen und den Staat sowie andere religiöse Organisationen nicht nur mit den adventistischen Glaubensüberzeugungen bekannt machen. „Wir müssen deutlich machen, dass nach unserem ganzheitlichen Verständnis das Leben für uns eine physische, geistige, soziale und geistliche Einheit ist, und dass wir deshalb als Adventisten in allen diesen Bereichen tätig sind.“

Wenn es in einem Gebiet verschiedene vorherrschende religiöse Gruppen gebe, „müssen wir aktiv werden und in einer dynamischen Weise aufeinander einwirken. Ich meine das nicht im Sinne einer Vermischung unserer religiösen Identität. Es geht mir vielmehr um die Art und Weise, wie wir uns darstellen. Ich bin zuversichtlich: Wenn die Menschen verstehen, wer und wie wir wirklich sind, werden sie uns als positiven Teil der Gesellschaft schätzen lernen“, so der Kirchenpräsident.

Eine gute Möglichkeit, dies zu tun, bestehe darin, mit Hilfe der Medien zu kommunizieren. Adventisten sollten aber auch Politiker zu besonderen Anlässen einladen und dabei die Bedeutung der Religionsfreiheit für die Gesellschaft als Ganzes sowie anhand konkreter Einzelfälle thematisieren.

### **Trennung von Kirche und Staat**

Angesprochen auf den mehr als hundertjährigen Einsatz der Adventisten für die Trennung von Kirche und Staat, meinte der Theologe, dass die adventistische Weltkirchenleitung sensibel mit den unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Regierungsformen umgehen müsse. „Für mich besteht das Ideal in einer Trennung von Kirche und Staat“, hob Wilson hervor. Die Geschichte habe gezeigt, dass dort, wo es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Religion und Politik gekommen sei, viele Menschen gelitten hätten. „Nur bei einer Trennung von Staat und Kirche kann die Gewissensfreiheit für alle garantiert werden.“

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **20 Jahre Förderverein Freundeskreis der Hochschule Friedensau**

Friedensau bei Magdeburg, 22.11.2010/APD Vor 20 Jahren, am 18. November 1990, wurde der Förderverein „Freundeskreis Friedensau“ zur Unterstützung der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg gegründet. Laut Dr. h.c. Manfred Böttcher, von 1982 bis 1991 Rektor der Bildungsstätte, sei die Gründung des Fördervereins eng mit der Hochschulankennung durch die letzte DDR-Regierung im September 1990 gemeinsam mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 verknüpft gewesen.

Am 18. November 1990, dem 91. Jahrestag der Gründung des Theologischen Seminars Friedensau, habe es nur eine bescheidene Gedenkstunde in der Aula der Ausbildungsstätte gegeben. „Wir erinnerten uns an die armseligen Anfänge im Jahr 1899“, berichtete Böttcher. Auch 1990 habe die Lage in Friedensau trostlos ausgesehen. Niemand hätte gewusst, wie es trotz Hochschulankennung weitergehen sollte. „In dieser Situation gründeten von den etwa 50 Anwesenden 23 den Förderverein.“ Ein Jahr später habe es bereits 450 Mitglieder gegeben, heute wären es über eintausend. In den 20 Jahren seien beim Förderverein an Beiträgen, Spenden und

Kapitalerträgen mehr als 1,6 Millionen Euro eingegangen. Davon seien an Stipendien und Unterstützungen für Studenten 820.000 Euro und für Projekte der Hochschule 556.000 Euro aufgewendet worden, teilte Böttcher mit.

„Als sich im Frühjahr 1990 nach der ersten freien Volkskammerwahl abzeichnete, dass wir über kurz oder lang einer Wiedervereinigung entgegengehen würden, besuchten uns in Friedensau der Präsident und Schatzmeister der europäischen Freikirchenleitung der Adventisten mit Sitz in Bern“, informierte Böttcher in einer Rückblende. „Wir sind damals mit ihnen durch alle Gebäude vom Keller bis zum Dachboden gegangen und haben uns das ganze Areal angesehen.“ Was die beiden Freikirchenleiter anschließend sagten, klang sehr zurückhaltend, „fast so wie ein Gespräch, das man mit einem Todkranken führt, dem man aber noch nicht die ganze Wahrheit sagen möchte“. Der Präsident und sein Schatzmeister hätten das adventistische Schulzentrum Marienhöhe samt theologischem Seminar in Darmstadt mit einer sehr guten Infrastruktur vor Augen gehabt. „Demgegenüber war für sie aus westlicher Sicht die Friedensauer Wirklichkeit recht armselig. Sie sahen geflickte Dächer, die alte Braunkohlenheizung und die Mensa als Bauruine. Sie spürten in der Nacht in den Betten des Erholungsheimes die harten Metallfedern der Matratzen, und das Wasser in der Leitung roch nach ihrer Einschätzung ein wenig nach Öl.“

Da habe sich unerwartet die Möglichkeit der Beantragung der staatlichen Anerkennung von kirchlichen Ausbildungsstätten geboten, die von der CDU (Ost) in Aussicht gestellt worden sei. „Wenn auch zunächst noch keiner wusste, welche Möglichkeiten sich daraus ergeben könnten, begann die Seminarleitung sofort mit den erforderlichen Verhandlungen bei den verschiedenen Behörden und reichte Mitte Juni 1990 mit dem Antrag auf staatliche Anerkennung eine umfangreiche Dokumentation beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Berlin ein“, so Böttcher.

„Aber bereits mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 standen wir plötzlich vor Problemen, die wir nicht zu bewältigen wussten“, hob Böttcher hervor. So seien beispielsweise durch die Angleichung von Ost und West die bisher staatlich subventionierten Energiepreise über Nacht um das Vierfache gestiegen. Bislang habe die Freikirche in der DDR den Finanzbedarf für das Theologische Seminar getragen. Nun sei die ostdeutsche Freikirchenleitung aber gezwungen gewesen, die finanziellen Mittel für Friedensau drastisch zu reduzieren. „Wir wussten nicht, woher wir die Löhne für Dozenten und Angestellte nehmen sollten. Da die Rücklagen durch die Währungsunion weitgehend verloren gegangen waren, verschlechterte sich die finanzielle Lage in den folgenden Monaten so sehr, dass die Freikirchenleitung in der DDR etwa 40 Pastoren vorzeitig in den Ruhestand versetzen musste.“

Die um Hilfe gebetene europäische Freikirchenleitung in Bern habe von der Friedensauer Verwaltung als erstes die Senkung der Personalkosten gefordert. „Das bedeutete für nicht wenige Mitarbeiter vorzeitige Rente oder gar Entlassung“, berichtete Böttcher. Das Studienjahr 1990/91 habe Anfang September mit der geringsten Studentenzahl seit 1947 begonnen. „Zwei Wochen vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erhielten wir vom Ministerrat der DDR die staatliche Anerkennung als Hochschule. Doch damit waren die anstehenden Probleme keinesfalls gelöst.“

„Fünf Monate später wurde nach längerem Tauziehen zwischen Ost und West am 17. April 1991 von der Freikirchenleitung in Bern beschlossen, Friedensau zu erhalten und stattdessen das Theologische Seminar Marienhöhe in Darmstadt zu schließen. Die Theologische Hochschule sollte weiter ausgebaut werden, die dafür notwendigen Mittel wurden bewilligt. Die staatliche Anerkennung war inzwischen auch von der Landesregierung in Magdeburg bestätigt worden“, so Böttcher. Friedensau sei die erste und bisher einzige adventistische Theologische Hochschule in Europa, die akademische Grade, ohne von ausländischen Universitäten abhängig zu sein, selbst verleihen

könne.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Katholizismus näher bei den Protestanten als bei den Orthodoxen?**

Rom/Italien, 21.11.2010/APD Nach Auffassung des Augsburger evangelischen Theologen Bernd Oberdorfer hat die römisch-katholische Kirche mehr Gemeinsamkeiten mit den protestantischen als mit den orthodoxen Kirchen. Der Vatikan habe sich zwar in den vergangenen Jahren im ökumenischen Gespräch vor allem auf die Orthodoxie konzentriert, sagte das Mitglied im Rat des Lutherischen Weltbundes in Rom. Das dürfe jedoch nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass Rom der Lutherstadt Wittenberg theologisch letztlich näher liege als Konstantinopel oder Moskau, hob der Theologe in einem Vortrag hervor. Die römische Kirchenleitung sei „viel zu klug“, um sich auf nur einen Dialogpartner festzulegen.

Papst Benedikt XVI. verwende einen Vernunftbegriff spezifisch abendländischer Prägung, sagte Oberdorfer während einer zweitägigen internationalen Konferenz mit dem Titel „Katholizismus heute: Ökumenische Perspektiven“. Dieser Vernunftbegriff stehe dem Protestantismus ungeachtet von Luthers abschätzigem Urteil über die „Hure Vernunft“ wesentlich näher als den orthodoxen Kirchen.

Der evangelische Theologe Thorsten Maassen (Marburg) legte in seinem Vortrag über „Die Ökumenische Theologie Joseph Ratzingers“ dar, dass das Gespräch mit den anderen christlichen Konfessionen und das Bemühen um eine Einheit der Kirche ein wichtiger Bestandteil im Denken des heutigen Papstes sei. Dieser werde oft zu Unrecht als Kronzeuge von jenen Kräften angeführt, die der Auffassung seien, die römisch-katholische Kirche genüge sich selbst und bedürfe des Gesprächs mit anderen Konfessionen nicht. Erschwert werde eine Annäherung jedoch durch die Auffassung Benedikts XVI., Kirche im eigentlichen Sinne sei nur die katholische Kirche, betonte Maassen, der seine Doktorarbeit über „Das Ökumeneverständnis Josef Ratzingers“ verfasst hat.

Eine Perspektive für den römisch-katholisch/evangelischen Dialog könne indessen eine von Joseph Ratzinger vertretene „dynamische Ekklesiologie“ sein. Demnach „ereigne“ sich Kirche auch in der Glaubensverkündigung und den Sakramenten anderer christlicher Konfessionen, ohne dass diese Kirche im eigentlichen Sinne seien, führte Maassen aus. Veranstalter der Tagung waren das „Centro Melantone“, protestantisches Studienzentrum für Ökumene in Rom, in Zusammenarbeit mit dem Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes in Bensheim.

Das Zentrum geht auf ein gemeinsames Projekt zurück, das 2002 von den Waldensisch/Methodistischen Kirchen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien beschlossen und 2007 errichtet wurde. Studienleiterin des „Melanchthon Zentrums“ ist Pfarrerin Philine Blum.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# US-Bericht lobt und tadelt Österreich in Sachen Religionsfreiheit

Washington D.C./USA, 20.11.2010/APD Lob und Tadel erntet Österreich in einem am 17. November veröffentlichten Bericht des US-Außenministeriums über die weltweite Lage der Religionsfreiheit („International Religious Freedom Report 2010“). Zwar werde die Religionsfreiheit in Österreich grundsätzlich respektiert, dennoch gebe es bedenkliche Entwicklungen und Vorfälle in Bezug auf die Akzeptanz von Juden und Muslimen.

Unter Berufung auf das „Forum gegen Antisemitismus“ berichtet das Dokument des US-State Departments von 200 „antisemitischen Vorfällen“ im Jahr 2009, darunter sieben tätliche Angriffe. Viele Übergriffe stünden in Zusammenhang mit dem gewaltsamen Vorgehen der israelischen Armee gegen angebliche Waffentransporte in den Gazastreifen. Schmieraktionen im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen verzeichnet der US-Report ebenso wie FPÖ-Attacken gegen den Direktor des Jüdischen Museums Hohenems.

Lobende Worte gibt es hingegen für die Maßnahmen zum Schutz des Judentums in Österreich, wie die „strikte Umsetzung der Anti-Neonazi-Gesetzgebung“, der Schutz für jüdische Institutionen sowie die Bereitstellung von 20 Millionen Euro für die Erhaltung jüdischer Friedhöfe.

Erwähnt werden ferner Vorurteile gegenüber Muslimen, „insbesondere im Zusammenhang mit Kopftüchern und Schleiern“, so das US-Außenministerium. Derart gekleidete Frauen hätten am

Arbeitsmarkt mit Benachteiligungen zu rechnen. Alle fünf Parlamentsparteien forderten ein Burka-Verbot. Explizit genannt werden auch Aussagen eines FPÖ-Lokalpolitikers, wonach Muslime keine Liegenschaften erwerben können sollten.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass in Österreich seit 1998 rechtlich drei Anerkennungskategorien für religiöse Organisationen bestünden, von denen jede unterschiedliche Rechte, Privilegien und Pflichten mit sich bringe. Es gebe absteigend nach Status aufgelistet, staatlich anerkannte Religionsgesellschaften, staatlich eingetragene Bekenntnisgemeinschaften, und religiöse Vereine.

Grundsätzlich kritisiert die US-Regierung die ihrer Ansicht nach hohen Hürden für die staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften in Österreich. Einige religiöse Minderheiten klagten daher über einen „zweitklassigen Status“.

Von den heute 14 staatlich anerkannten Religionsgesellschaften erfüllten nur gerade fünf die Anerkennungsvoraussetzungen bezüglich der Mitgliederzahl, nämlich die römisch-katholische Kirche, die Evangelische Kirche, die Islamische Glaubensgemeinschaft, die Orthodoxen Ostkirchen und die Zeugen Jehovas.

Insgesamt hat der Österreich-Teil in dem Report aber nur einen kleinen Umfang. Als größte Problemfälle in Bezug auf die Religionsfreiheit weltweit betrachtet das US-Außenministerium China, den Iran und Nordkorea. Ihnen gelte die „besondere Sorge“.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---



# Erst von oben zeigt die antike Stadtanlage ihr wahres Gesicht

## Archäologische Forschung von Friedensau in Jordanien

Friedensau bei Magdeburg, 19.11.2010/APD Die diesjährige archäologische Forschungskampagne des Instituts für Biblische Archäologie der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magedburg hatte das Ziel, in Jordanien eine digitale Karte der Grabungsstätte von al-Balua im zentral-moabitischen Ostjordanland zu erstellen. Neben Mitarbeitern aus Friedensau nahmen an der Exkursion Forscher der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg, Archäologen des Oriental Institute der Universität von Chicago und Fachleute für GPS-Vermessungen der Andrews-Universität (Michigan/USA) teil.

Die Größe der Anlage und die architektonischen Überreste, die in sehr unterschiedlichem Erhaltungsgrad an der Oberfläche auszumachen und über eine große Fläche verstreut seien, ließen einen klaren Überblick zunächst nicht zu, erläuterte Kampagnenleiter Friedbert Ninow (Friedensau). Erst durch Luftbilder werde das „ungeheure Ausmaß“ von al-Balua deutlich. Die Fläche belaufe sich auf fast 20 Hektar. „Sie ist damit eine der größten archäologischen Stadtanlagen in Jordanien.“ Wollte man die Anlage umrunden, müsste man eine Strecke von etwa 2,2 Kilometern zurücklegen.

Siedlungsgeschichtlich lasse sich al-Balua laut Ninow in zwei Hauptbereiche unterteilen. Im südwestlichen Teil der Anlage fänden sich die jüngsten Siedlungsschichten aus der ayyubidisch-mamlukischen Epoche (etwa 12. bis 15. Jahrhundert n. Chr.). Die islamischen Siedler hätten ihre Stadt nicht auf den Resten der älteren Stadtanlage aufgebaut, sondern einen

neuen Baugrund gesucht. „Dazu benutzten sie offensichtlich die älteren Baureste als Steinbruch.“ Diese mittel-islamische Siedlung scheine im Laufe der Zeit an Bedeutung gewonnen zu haben. Es sei im südlichen Bereich eine Reihe von administrativen Gebäuden von erstaunlichen Ausmaßen entstanden.

Die große Siedlungsfläche im Norden und Osten der Anlage (etwa 14 Hektar) weise Siedlungsspuren aus der Frühen Bronzezeit (3. Jahrtausend v. Chr.), der Mittleren Bronzezeit (2000 bis 1550 v. Chr.), der Eisenzeit (1200 bis 500 v. Chr.) und der Römisch-Nabatäischen Siedlungsepoche (1. Jahrhundert n. Chr.) auf. Keramik, die in verschiedenen Oberflächenbegehungen aufgelesen wurde, wies, so Friedbert Ninow, auf eine mögliche Besiedelung während der Späten Bronzezeit (1550 bis 1200 v. Chr.) hin. Ausgegrabene Schichten aus dieser Epoche lägen bis jetzt allerdings noch nicht vor. Der frühere Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Professor Dr. Udo Worschech, der seit 1983 in diesem Gebiet forscht, hat bereits in mehreren Grabungskampagnen bedeutende eisenzeitliche Überreste freigelegt. „Im Jahr 2008 konnten die ersten römisch-nabatäischen Schichten in al-Balua identifiziert werden.“ Die Untersuchung der Befestigung hat ergeben, dass die Stadtanlage zur Eisenzeit von einer Doppelmauer (Kasemattenmauer) umgeben war.

Bei der mit Hilfe eines GPS-Systems vermessenen Stadtanlage kam ein zwölf Meter langes Stativ zum Einsatz, an dessen Spitze eine Kamera Luftbilder aufnahm, die anschließend in die GIS-Software (Geographic Information System) eingebunden wurden und den Verlauf von Mauern im Kartenmaterial darstellten. Die Vermessung der gesamten Anlage sei in einer vierwöchigen Kampagne nicht realisierbar gewesen, informierte Ninow. Deshalb müsse die angefertigte Karte der Stadt in den folgenden Jahren weiter ergänzt werden. Schon jetzt werde allerdings deutlich, dass al-Balua vor allem während der Eisenzeit kein „Dörfchen“ am Rande der Wüste, sondern die

größte Stadtanlage des zentral-moabitischen Plateaus, wenn nicht des gesamten Ostjordanlandes, während des 1. Jahrtausends v. Chr. gewesen sei. „Der Geschichte und Bedeutung dieser archäologischen Fundstätte muss in den nächsten Kampagnen nachgegangen werden“, hob Ninow hervor.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Es war "ihre" Freikirchenbibliothek**

Friedensau bei Magdeburg, 18.11.2010/APD Im Alter von 66 Jahren verstarb Christel Pfeiffer. Sie war eng mit der Bibliothek des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) verbunden, die seit 2001 als Sonderabteilung in Friedensau bei Magdeburg von der dortigen Bibliothek der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten verwaltet wird. Laut dem 2. Vorsitzenden des VFF, Dr. Johannes Hartlapp, habe Christel Pfeiffer den Buchbestand von 2001 an betreut, etikettiert und größtenteils auch inhaltlich erschlossen. „Sie kannte sich in den Werken so gut wie kein anderer aus. Wer immer in den Beständen recherchieren wollte, fand in ihr eine tatkräftige Unterstützung.“ Sie habe sich so mit der Arbeit verbunden gefühlt, dass sie von „ihrer“ Freikirchenbibliothek sprach.

Christel Pfeiffer, ursprünglich eine der Chefsekretärinnen des großen Schwermaschinen-Kombinats „Ernst Thälmann“ (SKET) in Magdeburg, wurde durch die Auflösung des Unternehmens aufgrund wirtschaftlicher Veränderungen nach der deutschen

Wiedervereinigung arbeitslos. Seit 1. März 2002 war sie in einer Strukturanpassungsmaßnahme für drei Jahre in der Bibliothek der Theologischen Hochschule Friedensau beschäftigt. Als diese vom Arbeitsamt geförderte Maßnahme auslief, arbeitete sie auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung mit großem Engagement weiter. Ihre letzten Aufgaben bestanden darin, den gesamten Bestand der Freikirchenbibliothek mit Barcodes zu versehen und für den Umzug in einen gesonderten Raum im Sockelgeschoss des neuen Bibliotheksgebäudes vorzubereiten. Doch dann setzte die Krankheit ihrer Tätigkeit ein Ende. Sie kam im März 2010 in die Lungenklinik Lostau bei Magdeburg und erholte sich seitdem trotz ärztlicher Hilfe nicht wieder. In der Kleinstadt Gommern im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt, wo sie seit ihrer Kindheit zu Hause war, wurde sie auf dem Friedhof bestattet.

1990 haben Theologen und Historiker aus verschiedenen Freikirchen auf Anregung des damaligen Direktors des Seminars für Neue Kirchen- und Theologiegeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Münster, Professor Dr. Robert Walton, den Verein für Freikirchenforschung gegründet. In Verbindung damit wurde auch der Anstoß gegeben, für Mitglieder des Vereins und weitere Interessenten Schrifttum aus dem Bereich der Freikirchen zusammenzutragen und Nutzern zugänglich zu machen.

Als Professor Walton 1993 in den Ruhestand ging, blieb offen, was mit dem noch recht bescheidenen Buchbestand geschehen sollte. Der Geschäftsführer des Vereins, Pastor Manfred Bärenfänger, bot 1994 als Übergangslösung an, Räumlichkeiten im Zentrum des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) in Münster zur Verfügung zu stellen. Anfangs reichten zwei Schränke für den Bestand aus. Doch erweiterte sich das Schrifttum in den folgenden Jahren. Die Frage eines günstigen Standortes und der Systematisierung des Bestandes wurde erneut akut, als Pastor Bärenfänger in den Ruhestand

trat.

Um den Bestand an Büchern und Zeitschriften aus unterschiedlichen Freikirchen für Interessenten verfügbar zu machen, wurde er 2001 nach Friedensau bei Magdeburg in die Bibliothek der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten übergeführt, katalogisiert und in einem Raum mit 100 Metern Regallänge untergebracht. Die in Deutschland einmalige Bibliothek mit über 3.000 Büchern und Zeitschriftenbänden untersteht weiterhin dem Verein für Freikirchenforschung. Sie ist eine Quellensammlung und Fundgrube für alle, die sich mit den verschiedenen Freikirchen, deren Geschichte und Theologie beschäftigen wollen, und während der Öffnungszeiten der Friedensauer Hochschulbibliothek zugänglich. Auch die Fernleihe von Büchern ist möglich. Weitere Informationen sind im Internet unter <http://bibliothek.thh-friedensau.de> zu finden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Bekämpfung der Cholera in Haiti**

Port-au-Prince/Haiti, 17.11.2010/APD Die Cholera-Epidemie in Haiti, die schon über eintausend Menschen das Leben gekostet hat, versucht auch die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zu bekämpfen. In den Notaufnahmelagern in Carrefour, einem Vorort der Hauptstadt Port-au-Prince, klärt ADRA durch Handzettel, Poster und Theaterstücke die

Menschen über die Cholera und vorbeugende Maßnahmen auf. Zusätzlich werden Hand-Desinfektionsmittel und Wasseraufbereitungstabletten an die Campbewohner verteilt. Die Campleitung des Notaufnahmelandes auf dem Gelände der Adventistischen Universität in Port-au-Prince wurde in Choleraprävention ausgebildet und Fertigpulver gegen Dehydrierung an die rund 500 dort lebenden Familien verteilt.

In die stark betroffene Region Artibonite im Norden der Hauptstadt sandten ADRA und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zehn mobile Wasseraufbereitungsanlagen. Auch Wasseraufbereitungstabletten und Informationsmaterial zur Cholera werden dort verteilt.

In der Stadt Petit Goave, etwa 60 Kilometer westlich von Port-au-Prince, hatte ADRA Deutschland kurz nach dem Erdbeben vom 12. Januar eine Wasseraufbereitungsanlage installiert, die bis vor kurzem etwa 20.000 Liter Trinkwasser für das Krankenhaus Notre Dame und für Ausgabestellen in den umliegenden Stadtteilen und Dörfern lieferte. Auf Bitte anderer dort ebenfalls arbeitenden Hilfsorganisationen wurde die Kapazität auf 40.000 Liter pro Tag ausgeweitet. Um die Ausbreitung der Cholera zu vermindern, werden Erkrankte in Quarantänezentren untergebracht. Dafür stellte ADRA einige Holzhäuser zur Verfügung. Diese sind als Übergangsunterkünfte bis zur Wiederherstellung der vom Erdbeben zerstörten Wohnhäuser gedacht. Auch für einen Lagerraum zur Unterbringung von Medikamenten und ärztlichem Bedarf sorgte ADRA.

Cholera ist eine akute Durchfallerkrankung, die in erster Linie durch fäkaliellenverunreinigtes Trinkwasser verursacht wird. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kann die Krankheit innerhalb weniger Stunden tödlich sein, wenn sie nicht behandelt wird. Die wichtigste Behandlungsmaßnahme ist der ausreichende Ersatz von Flüssigkeit, Zucker und Salzen.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Augenzwinkernder "WebFish" zu gewinnen**

Hannover, 16.11.2010/APD Um unter den Tausenden christlicher Internetseiten die besten herauszufinden, schreiben die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und das Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik (GEP) zum 15. Mal den Internet-Award „WebFish“ aus. Prämiert werden die besten Angebote in deutscher Sprache, die sich aktuell und kreativ mit dem christlichen Glauben beschäftigen.

Bis zum 31. Dezember können Anbieter ihre Seiten zum „WebFish“ auf [www.webfish.de](http://www.webfish.de) anmelden. Im Januar 2011 trifft die Jury eine Vorauswahl und stellt zehn Finalkandidaten vor. Per Onlineabstimmung können Internetnutzer ihre Favoriten wählen und mit abstimmen, wer den „WebFish“ gewinnt. Der augenzwinkernde Fisch hat nicht nur symbolischen Wert, sondern ist ganz konkret mit Geld- oder Sachpreisen verbunden: der goldene Fisch ist mit 1.500 Euro dotiert, der silberne Fisch ist 1.000 Euro wert, und der bronzene bringt seinem Gewinner 500 Euro. Mit dem Award wollen EKD und GEP vorbildlich gemachte Webangebote fördern und das christliche Engagement im Netz unterstützen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Gebetswoche der Adventisten zum Thema "Ein Volk der Hoffnung"

Ostfildern bei Stuttgart, 15.10.2010/APD Unter dem Motto „Ein Volk der Hoffnung“ findet vom 20. bis 27. November die jährliche, weltweite Gebetswoche der Siebenten-Tags-Adventisten statt, an der sich auch die 572 deutschen Gemeinden der evangelischen Freikirche mit besonderen Gebetsversammlungen beteiligen. Die täglichen Lesungen befassen sich diesmal mit dem Versprechen Jesu, dass er wiederkommen werde. Dazu schreibt der Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Ted N. C. Wilson (Silver Spring, Maryland/USA), im Vorwort zu den Gebetslesungen: „Überall, wo diese Botschaft von der baldigen Wiederkunft Christi mit Kraft und Überzeugung gepredigt wurde, hat Gottes Volk Erweckung und Reformation erlebt. Denkweisen werden verändert, Beziehungen geheilt, lauwarme Herzen werden warm und mit der Liebe zu anderen Menschen erfüllt, und Gemeinden begeistern sich für die Mission.“

Zum Abschlussgottesdienst am 27. November gehört auch die traditionelle Opfersammlung für die weltweite Mission der Freikirche. Im letzten Jahr betrugen die „Gebetstagsgaben“ der 35.400 Adventisten in Deutschland 710.800 Euro. Für Kinder gibt es ein eigenes Heft mit Gebetslesungen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!



---

# 60 Jahre Deutscher Ökumenischer Studienausschuss

## Symposium zur Hoffnung über den Tod hinaus

Münster, 14.11.2010/APD Mit einem Festgottesdienst im Dom zu Münster, einem Festvortrag und dem Theologischen Symposium „Gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus“ hat der Deutsche Ökumenische Studienausschuss (DÖSTA) vom 11. bis 13. November sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Der DÖSTA ist seit Oktober 1950 die theologische Fachkommission der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Er hat die Aufgabe, theologische und ökumenische Fragen wissenschaftlich zu erörtern. Dazu erarbeitet er Studien und Stellungnahmen, um das theologische Gespräch zwischen den deutschen Kirchen zu vertiefen und zu fördern. Der DÖSTA setzt sich aus Dozentinnen und Dozenten theologischer Ausbildungsstätten der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, der Evangelisch-methodistischen Kirche, der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland, der Orthodoxen Kirche in Deutschland, der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche und der Geschäftsführerin der ACK Deutschland, Dr. Elisabeth Dieckmann (Frankfurt/Main), zusammen.

Beim Festgottesdienst im Münsterschen St.-Paulus-Dom wies der Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und Vorsitzender der ACK Deutschland, Professor Dr. Friedrich Weber, in seiner Predigt darauf hin, dass zu den tiefsten Fragen der Menschheit gehöre, welche Hoffnung es über den Tod hinaus gebe. Die Antwort finde sich im Evangelium von

Jesus Christus. Es spreche von der Auferstehung der Toten, dem Jüngsten Gericht und dem ewigen Leben in einer neuen Welt. Im letzten Buch der Bibel, der Apokalypse (Offenbarung) des Johannes, gebe es im 21. Kapitel die Zusage, dass Gott „einen neuen Himmel und eine neue Erde“ ohne Tod, Leid, Geschrei und Schmerz schaffen werde. Dieses Versprechen bewirke aber erst dann etwas, wenn das Leben eines Christen von dieser Hoffnung geprägt sei.

In seinem Festvortrag im bischöflichen Priesterseminar Collegium Borromaeum in Münster stellt der frühere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Professor Dr. Konrad Raiser, die Frage, inwieweit die „Apostolizität der Kirche“ ein „festes Fundament im ökumenischen Gespräch“ sein könne. Nach einem Überblick in die Diskussionsbeiträge der vergangenen Jahrzehnte zur Frage des Amtes als Dienst an der apostolischen Tradition kam Raiser zur Überzeugung, dass „Unterschiede in der Gestalt des Amtes als legitime Ausprägungen der gemeinsam festgehaltenen Grundstruktur der Kirche anzuerkennen“ seien.

Die Zukunftsbotschaft des Evangeliums werde von den christlichen Kirchen im Wesentlichen gemeinsam vertreten, stellte der Vorsitzende des DÖSTA, Professor Dr. Uwe Swarat, in seiner Einführung in das Theologische Symposium im Liudgerhaus in Münster fest. Im näheren Verständnis dieser Botschaft gebe es jedoch erkennbare Unterschiede, wenn nicht gar Gegensätze. Man müsse daher den christlichen Kirchen die Frage stellen, ob und inwiefern sie eine gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus bezeugen könnten.

Das Symposium „Gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus“ veranstaltete der DÖSTA in Zusammenarbeit mit der evangelisch-theologischen und der katholisch-theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelm-Universität Münster. Zu den drei Hauptreferaten gab es je zwei Koreferate, die Übereinstimmungen, konfessionelle Besonderheiten und auch Gegenpositionen zum Hauptvortrag deutlich machen sollten.

Im ersten Hauptreferat ging Professor Swarat (Elstal bei Berlin), Bund Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden, auf die Frage „Jenseits des Todes – Unsterblichkeit der Seele oder Auferstehung des Leibes?“ ein. Dazu nahmen Professor Dr. Frank-Lothar Hossfeld (Bonn), römisch-katholisch, und Professor Dr. Folker Siegbert (Münster), evangelisch, Stellung. Professor Dr. Michael Beintker (Münster), evangelisch, referierte zu „Gottes Urteil über unser Leben – Das Jüngste Gericht als Stunde der Wahrheit“. Mit seinem Vortrag befassten sich Professorin Dr. Dorothea Sattler (Münster), römisch-katholisch, und Professor Dr. Werner Klän (Oberursel bei Frankfurt/Main), SELK. Das dritte Hauptreferat „Hoffnung für diese Welt auf eine neue Welt – Individuelle und kosmische Eschatologie“ hielt Professor Dr. Jürgen Werbick (Münster), römisch-katholisch. Auf seine Aussagen antworteten Professorin Dr. Ulrike Link-Wieczorek (Oldenburg), evangelisch, und Professor Dr. Athanasios Vletsis (München) von der Griechisch-Orthodoxen Kirche. Laut dem DÖSTA-Vorsitzenden, Professor Swarat, sollen alle in Münster gehaltenen Referate veröffentlicht werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Kein Raum in der Herberge Europa?**

**Evangelische Kirche in Deutschland thematisiert Asylfrage zum „Tag der Menschenrechte“**

Hannover, 13.11.2010/APD

Die Evangelische Kirche in

Deutschland (EKD) hat ein neues Materialheft zum „Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember herausgegeben. Unter dem Titel „Kein Raum in der Herberge Europa?“ wird in diesem Jahr die Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union behandelt. Neben juristischen Hintergründen zu den menschenrechtlichen Problemen bietet das Heft liturgische Bausteine, die sowohl für einen eigenen Gottesdienst als auch zur punktuellen Gestaltung an einem der Adventssonntage geeignet sind.

Angesichts der angespannten humanitären Situation in den südlichen Grenzländern der EU fordere die EKD schon länger den Zugang zu einem fairen und effektiven europäischen Asylverfahren, das darüber hinaus solidarische Instrumente mit denjenigen Mitgliedstaaten bereithält, deren Asylsysteme überlastet seien, schreibt das EKD-Kirchenamt. Die neue Handreichung wolle ermutigen, sich im Advent mit einem unbequemen und erschütternden Thema zu beschäftigen – in der Zuversicht, dass sich dadurch auch Wege zum Wunder der Menschwerdung Gottes eröffnen, so der Referent für Menschenrechte und Migration im EKD-Kirchenamt, Oberkirchenrat Thorsten Leisser.

Im Vorwort der Publikation heißt es weiter: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. So lautet der erste Satz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die besondere Menschenwürde ist unteilbar und gilt allen Menschen, auch denen auf der Flucht vor Hunger, Umweltkatastrophen und Kriegen. Und sie gilt denen, die sich aufmachen, ihre Heimat verlassen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben und auf Arbeit.“

Das Materialheft wurde in Kooperation mit verschiedenen evangelischen Landeskirchen und dem Hildesheimer Zentrum für Qualitätsentwicklung im Gottesdienst erarbeitet. Es steht im Internet zum Download bereit unter [www.ekd.de/menschenrechte](http://www.ekd.de/menschenrechte) und kann kostenlos beim Kirchenamt der EKD, E-Mail: [menschenrechte@ekd.de](mailto:menschenrechte@ekd.de), bestellt werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Weihnachtsmarken mit Motiven der holländischen Buchmalerei**

Köln, 12.11.2010/APD Mit den Motiven „Maria mit Jesuskind“ und „Die Anbetung der Könige“ sind seit dem 11. November die Weihnachtsmarken 2010 zu den Werten 45 und 55 Cent mit Zuschlägen von 0,20 und 0,25 Euro erhältlich. Die Sonderbriefmarken zeigen Szenen aus der Weihnachtsskrippe der Münchner Liebfrauenkirche. Um das Jahr 1900 kaufte die Liebfrauenpfarrei bei dem bayerischen Krippenkünstler Sebastian Osterrieder (1864-1932) Figuren für eine neue Domkrippe, die den Grundstock der heutigen Münchner Domkrippe bilden. Dargestellt sind die Geburt Christi und die Anbetung der Könige.

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: [mail@aww.info](mailto:mail@aww.info), erhältlich.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Gemeinsame Krisenbewältigung zwischen Christen und Muslimen**

Genf/Schweiz, 11.11.2010/APD Mit dem „Aufruf zur Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die einberufen werden kann, sobald eine Krise auszubrechen droht, in der Christen und Muslime in Konflikt miteinander stehen“, endete am 4. November in Genf eine internationale Konsultation über muslimisch-christliche Beziehungen, teilte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit.

An der viertägigen Konsultation am Ökumenischen Zentrum in Genf, dem Sitz des ÖRK, zum Thema „Gemeinschaften verändern: Christen und Muslime bauen eine gemeinsame Zukunft“, nahmen rund 60 muslimische und christliche Führungspersonlichkeiten sowie Gelehrte teil.

Die Religionsvertreter verurteilten den Terroranschlag vom 31. Oktober auf die Syrisch-katholische Sajadat al-Nadschah-Kirche in Bagdad, bei dem 58 Menschen getötet wurden. Bewaffnete Täter hatten die Gottesdienstbesucher als Geisel genommen, worauf die staatlichen Sicherheitskräfte die Kirche stürmten, um die Geiselnahme zu beenden.

In einer gemeinsamen Erklärung, stellten die Teilnehmer fest, dass „die Religion häufig für die Entstehung von Konflikten verantwortlich gemacht wird, auch wenn andere Faktoren, wie ungerechte Ressourcenverteilung, Unterdrückung, Besetzung und

Ungerechtigkeit, die wirklichen Ursachen des Konflikts sind. Wir müssen Wege finden, wie wir die Religion von dieser Rollenzuweisung ‚befreien‘ und sie wieder für ihre Rolle der Konfliktbeilegung und mitfühlenden Gerechtigkeit ‚freimachen‘ können.“

Die Erklärung verweist auch auf die „Bedeutung einer sachlichen und ausgewogenen Aufklärung über die Religion des ‚Anderen‘ auf allen Ebenen“ religiöser Unterweisung und Ausbildung.

Die Gruppe empfiehlt, dass die Organisatoren der Konsultation – der ÖRK, die in Lybien angesiedelte „World Islamic Call Society“ (WICS), das Konsortium für „Ein gemeinsames Wort“ und das jordanische Königliche Aal al-Bayt-Institut – gemeinsam ein Projekt in Angriff nehmen sollten, um den Austausch über Erfahrungen „des konstruktiven Zusammenlebens in pluralistischen Gesellschaften“ und bewährte Praktiken beim Aufbau einer „Kultur des Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit“ zu fördern und sich gemeinsam sozialen und ökologischen Anliegen zu widmen. Bei dem Konsortium für „Ein gemeinsames Wort“ handelt es sich um die Gruppe islamischer Religionsgelehrter, die 2007 einen „Offenen Brief und Appell für den interreligiösen Dialog“ an Papst Benedikt XVI. sowie Vertreter christlicher Kirchen und Glaubensgemeinschaften gerichtet hatten.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Elfte bundesweite Aktion "Kinder helfen Kindern"**

Weiterstadt bei Darmstadt, 10.11.2010/APD Zum zehnten Mal ruft die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland auf, Weihnachtspakete für bedürftige Kinder in Ost- und Südosteuropa zu packen. Zur letztjährigen Weihnachtsaktion gingen dank der Unterstützung zahlreicher Familien, Kindergärten, Schulen und Kirchengemeinden über 37.500 Geschenkpakete an Heim- und Waisenkinder in sieben Ländern. Weitere Informationen über die ADRA-Aktion sind im Internet unter [www.kinder-helfen-kindern.org](http://www.kinder-helfen-kindern.org) zu finden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Hoffnung beim Thema "Abendmahl/Eucharistie"?**

**Catholica-Beauftragter der VELKD sieht Möglichkeiten für einen Fortschritt**

Hannover, 09.11.2010/APD „Gibt es Hoffnung beim Thema ‚Abendmahl/Eucharistie‘?“, fragte der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), bei der Darlegung seines Berichts vor der 11. Generalsynode der VELKD in Hannover. Die unterschiedlichen



Positionen zwischen der römisch-katholischen Kirche und den lutherischen Kirchen seien bekannt, aus der jeweiligen Binnenperspektive theologisch durchaus begründbar und auch gegenseitig zu respektieren.

Das sei auch während des Zweiten Ökumenischen Kirchentages im Mai diesen Jahres in München geschehen. „Wir haben nicht gemeinsam mit römisch-katholischen Amtsträgern Abendmahlsfeiern durchgeführt“, betonte Weber. „Sehr wohl haben wir allerdings von evangelischer Seite aus bei evangelisch verantworteten Abendmahlsfeiern alle getauften Christen zum Abendmahl eingeladen, wie wir es sonst auch tun.“ Damit sollte nicht gegen römisch-katholische Regeln verstoßen werden, sondern „wir wollten unseren eigenen Überzeugungen treu bleiben“.

Beim Thema Abendmahl/Eucharistie sehe Weber Möglichkeiten für einen Fortschritt. In den traditionellen Kontroversen bei dieser Thematik „ist nach Einschätzung der Experten mittlerweile durch die diversen Lehrgespräche ein differenzierter Konsens erreicht, der eigentlich die Feststellung ermöglicht, dass in der Lehre vom Herrenmahl zwischen römisch-katholischer Kirche und evangelisch-lutherischen Kirchen keine aktuellen Gegensätze von kirchentrennender Bedeutung vorliegen“. Inhaltlich liege man im Abendmahls- beziehungsweise Eucharistieverständnis „nicht mehr weit auseinander“.

Aus lutherischer Sicht wäre es laut Bischof Weber also an der Zeit, einen Prozess zu einer „Gemeinsamen Erklärung zum Abendmahl beziehungsweise zur Eucharistie“ in Gang zu setzen, analog der 1999 vom Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche in Augsburg unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“. Eine solche Gemeinsame Erklärung zum Abendmahl könnte unter anderem zeigen: Der Streit und die gegenseitigen Verurteilungen in der Frage um die Darreichung in beiderlei Gestalt, also Brot und Kelch, sei durch die Bestimmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils und

durch Grundsatzüberlegungen zum stiftungsgemäßen Gebrauch des Herrenmahls im Wesentlichen behoben. Auch in der Frage der wirklichen Gegenwart Jesu Christi, der sich in der Kraft des göttlichen Geistes unter Brot und Wein zum Empfang darbierte, sei ebenso grundsätzliche Übereinstimmung erzielt wie in der Messopferfrage. Erste Entwürfe zu solch einer neuen Gemeinsamen Erklärung lägen bereits vor.

Ein Hauptproblem für eine derartige Erklärung sieht Bischof Weber darin, dass die Lehre vom Abendmahl in engem Sachbezug zur Ekklesiologie, der Lehre von der Kirche, stehe. „Die zwischen unseren Kirchen bisher ungelösten Differenzen in der Lehre von der Kirche und vom kirchlichen Amt wirken sich entsprechend auch auf Theorie und Praxis des Herrenmahls aus.“

Eine theologische Erklärung ohne irgendwelche Folgen in Fragen der eucharistischen Gastfreundschaft oder des gemeinsamen Abendmahls in konfessionsverschiedenen Ehen dürfte evangelischen Christinnen und Christen und wohl auch weiten Kreisen in der römisch-katholischen Kirche kaum vermittelbar sein, gab Weber zu bedenken. Es gebe jedoch keine Anzeichen dafür, dass für Rom im Moment derartige Spielräume denkbar seien. „Doch das darf uns nicht daran hindern, auf nationaler Ebene an diesem Thema intensiv und geduldig weiterzuarbeiten“, so Weber.

Im Blick auf fünf Jahre Pontifikat Benedikt XVI. hält es der Catholica-Beauftragte „insgesamt nicht für ausgeschlossen, dass es in der Ökumene noch zu Weiterentwicklungen kommt; das traue ich Papst Benedikt durchaus zu. Schnelle Fortschritte in ekklesiologischen und sakramentstheologischen Lehrfragen sehe ich allerdings im Moment nicht“.

Die Ökumene besitze für die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz (DBK) einen „hohen Stellenwert“, betonte der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle in seinem Grußwort im Auftrag der DBK anlässlich der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover. Er appellierte

jedoch, in dem Prozess des ökumenischen Dialogs „realistisch voranzuschreiten“. Es gebe nach wie vor offene Fragen, die mit großer Beharrlichkeit, gegenseitigem Respekt und theologischer Redlichkeit weiter bearbeitet werden müssten.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden künftig ACK-Gastmitglied**

Erzhausen bei Darmstadt, 08.11.2010/APD Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) wird künftig als Gastmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) mitarbeiten. Die dafür notwendige Zweidrittel-Mehrheit der ACK-Mitgliedskirchen sei erreicht worden, teilte der Pressesprecher des BFP, Pastor Horst Werner (Erzhausen), mit.

Nach längeren internen Beratungen hätten die Delegierten des BFP während ihrer Bundeskonferenz im Jahr 2008 mit großer Mehrheit beschlossen, einen Antrag auf Gastmitgliedschaft bei der ACK Deutschland zu stellen, teilte Werner mit. Es sei daraufhin ein Gesprächsprozess zwischen ACK und BFP erfolgt. Einige orthodoxe Kirchen hätten Bedenken wegen angeblich „aggressiver Missionsmethoden“ der Pfingstler geäußert. Dennoch habe die ACK-Mitgliederversammlung im März 2010 während ihrer Sitzung im Heilbad Heiligenstadt beschlossen, den Mitgliedskirchen die Aufnahme des BFP als Gastmitglied zu

empfehlen.

BFP-Präses Roman Siewert brachte gegenüber der ACK-Geschäftsführerin Dr. Elisabeth Dieckmann seine Freude über die positive Entscheidung der ACK zum Ausdruck. Er sicherte zu, dass der BFP in ein vertrauensvolles Miteinander investieren wolle. In einem Schreiben an die Gemeinden des BFP motivierte der Präses, als Gemeindebund das christliche Zeugnis in Deutschland stärken zu wollen. Ihm sei dabei besonders wichtig, dass die ACK jede konfessionelle Identität achte und dies auch im Antragsverfahren respektiert habe. Siewert betonte: „In unserer Zeit brauchen wir mehr denn je die Botschaft von Jesus Christus.“

Der BFP war bereits von 1975 bis 1984 Gastmitglied in der westdeutschen ACK, die sich 1991 mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR (AGCK) zur heutigen ACK Deutschland vereinigte. Der Austritt des BFP im Jahr 1984 sei laut Pastor Werner „aufgrund des fehlenden Rückhalts“ für die Gastmitgliedschaft in der Synode ihrer Gemeinden erfolgt.

Auf Initiative des damaligen Präses Ingolf Ellßel seien innerhalb des BFP erneut Gespräche über eine Gastmitgliedschaft aufgenommen worden, da etliche Regionen und Gemeinden des Bundes auch in regionalen beziehungsweise lokalen ACKs vertreten wären. Besondere Unterstützung habe man dabei auch von den BFP-Gemeinden im Gebiet der neuen Bundesländer erfahren, „die von positiven Erfahrungen im Rahmen der ACK-Arbeit während der DDR-Zeit zu berichten wussten“, hob Werner hervor.

Zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) gehören nun 17 Mitgliedskirchen und vier Gastmitglieder. Zu den letzteren zählen neben dem BFP das Apostelamt Jesu Christi, der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Die offizielle Aufnahme des BFP als Gastmitglied soll laut der ACK-Geschäftsführerin bei der

nächsten ACK-Mitgliederversammlung im März 2011 in Berlin erfolgen.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden ist auch Mitglied in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). Innerhalb der VEF sei er die zweitgrößte Freikirche. Nach eigenen Angaben habe der BFP in Deutschland rund 46.000 Mitglieder in 759 Gemeinden. Von ihnen seien 266 oder 35 Prozent internationale, vor allem afrikanische Gemeinden. Der BFP praktiziert die Glaubenstaufe (Erwachsenentaufe). Einschließlich der nicht getauften Kinder und Jugendlichen sowie regelmäßigen Gäste im Gottesdienst rechneten sich zurzeit etwa 130.000 Gläubige zum BFP.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Immer mehr Jugendliche in Europa auf Distanz zur Religion**

Wien/Österreich, 07.11.2010/APD Immer mehr junge Europäerinnen und Europäer stehen der Religion distanziert gegenüber. Diesen „ersten Gesamteindruck“ von der Europäischen Wertestudie 2008-2010 (European Values Study, EVS) präsentierte die Theologin und Religionssoziologin Regina Polak am 4. November im Rahmen eines Symposiums über „Werte in Österreich und Europa“ in Wien.

Gemäß Kathpress seien „deklariert Religiöse“ bei den Schweizern unter 30 Jahren mit 39 Prozent ebenso in der

Minderheit wie in Österreich (45 Prozent), Ungarn (40 Prozent), Westdeutschland (37 Prozent) oder Tschechien (23 Prozent). Damit liege diese Altersgruppe durchwegs unter der Selbsteinstufung der Gesamtbevölkerung als „religiös“.

Am „frömmsten“ seien nach der ersten Auswertung der religiösen Aspekte der EVS die Polen, Griechen und Rumänen; als „religiöse Wüste“ stelle sich laut Polak, wie schon bei den vorangegangenen Studien, das Gebiet der früheren DDR dar: nur 17 Prozent der Bevölkerung bezeichnet sich dort als religiös (13 Prozent der unter 30-Jährigen).

Atheisten blieben trotz der voranschreitenden Entfremdung von Religion jedoch weiterhin eine Randgröße in Europa: In den meisten bisher untersuchten europäischen Ländern erreicht der Atheisten-Anteil nicht einmal die Zehn-Prozent-Marke; Ausnahmen sind auch hier Ostdeutschland (wo allerdings die Jungen weniger „atheistisch“ sind als die Gesamtbevölkerung), das laizistische Frankreich (ein Viertel der unter 30-Jährigen sind Atheisten) und Tschechien.

Wie Regina Polak anhand des Datenmaterials aufzeigte, ist „religiös“ nicht gleichzusetzen mit „Glaube an Gott“: Das Ungleichgewicht zwischen religiös und gottgläubig sei außer in Dänemark überall in Europa feststellbar.

Als große Entwicklungslinie in Europa bezeichnete die Religionssoziologin das „Ende der Konstantinischen Ära“, die von einer wechselseitigen Stützung von Kirche und Staat gekennzeichnet war. Heute sei sowohl ein Niedergang der traditionellen kirchlichen Strukturen feststellbar, wie auch das überall in Europa existierende Phänomen, dass sich unter den konfessionell Gebundenen ein hoher Anteil an deklariert „Nichtreligiösen“ befindet.

Die Religionssoziologin unterscheidet somit unter den Kirchenmitgliedern „religiös motivierte“ von „ethisch motivierten“. Letztere seien nicht nur durch die Reste eines

„Kulturchristentums“ – man ist Christ, weil es eben dazugehört – charakterisiert, sondern auch durch Erwartungen an die Kirchen zum Beispiel im sozialen Bereich beziehungsweise durch Anerkennung von deren Bedeutung für das Wertefundament einer Gesellschaft.

Polak ist auch Leiterin des interdisziplinären Projektes „Europabuch“, in das Wissenschaftler verschiedener Bereiche aufgrund des Datenmaterials ihre spezifischen Zugänge zur Werteforschung einfließen lassen. Das Buch soll im Herbst 2011 erscheinen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Staat unterstützt Lutherdekade mit 35 Millionen Euro**

Berlin/Hannover 06.11.2010/APD Das Reformationsjubiläum 2017 und die 2008 begonnene Lutherdekade werden vom deutschen Staat mit insgesamt 35 Millionen Euro unterstützt. Kulturstaatsminister Bernd Neumann bekräftigte im Bundestag-Kulturausschuss, dass der Bund sich von 2011 an bis 2017 pro Jahr mit jeweils fünf Millionen Euro engagieren wolle. Das Geld stehe in seinem Etat bereit. In Hinblick auf die Folgen der Krise für die öffentlichen Haushalte sei dies mehr, als man erwarten konnte.

Das Reformationsjubiläum 2017 und die vorausgehende Lutherdekade müssten nach Ansicht der evangelischen

Kulturbeauftragten Petra Bahr mehr als Geschichtspflege sein. „Die Erinnerung an die Reformation muss eine geistige und geistliche Bewegung werden, die Kultur und Gesellschaft erfasst“, sagte die Leiterin des Kulturbüros der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dem Evangelischen Pressedienst epd. Die Freiheit von Religion und Gewissen sowie der Vorrang des Einzelnen vor der Institution seien keine Themen von gestern, betonte Petra Bahr. Auch der Einspruch gegenüber einer „gnadenlosen Gesellschaft, in der nur der was zählt, der zahlen kann“, sei hochaktuell. Kultur und Künste seien gute Orte, um diese Gedanken neu und anders ins Spiel zu bringen. Diesen Themen widme sich auch ein Kirchenkulturkongress im nächsten Jahr in Berlin, kündigte die EKD-Beauftragte an.

Nach Angaben des Beauftragten der EKD in Wittenberg, Prälat Stephan Dorgerloh, gehe es um ein gesamtgesellschaftliches Ereignis mit protestantischem Profil und internationalem Anspruch. Die Reformationsjubiläen 1817 und 1917 seien sehr national und in Abgrenzung zur katholischen Welt ausgerichtet worden. Nun werde die Zivilgesellschaft eingebunden, kündigte Dorgerloh an.

Mit der 2008 eröffneten Lutherdekade will die evangelische Kirche auf das Reformationsjubiläum 2017 vorbereiten. In jedem Jahr steht ein anderes Thema im Mittelpunkt. 2010 geht es um Bildung und Reformation. Im nächsten Jahr ist Freiheit das Schwerpunktthema, und 2012 gestaltet die EKD ein Jahr der Musik. Der legendäre Anschlag von 95 Thesen Martin Luthers (1483-1546) an der Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517 gilt als Ausgangspunkt der Reformation.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!



---

# Starthilfe für ethnische Minderheiten in Thailand

Weiterstadt bei Darmstadt, 05.11.2010/APD Nordthailand ist die Heimat verschiedener Bergstämme, die zum Teil vor Jahrhunderten aus den Hochebenen Tibets und Südchinas über Laos und Burma nach Thailand einwanderten. Es handelt sich nur um einige Tausend Bewohner, die zurückgezogen lebten und daher kaum in Konflikt mit den Thailändern gerieten. Die immense Zunahme der thailändischen Bevölkerung und das massive Abholzen der Bergwälder nehmen den Zugewanderten die Lebensgrundlage. Ein stetiger Kontakt mit der entwickelten, städtischen Bevölkerung führt außerdem zu sozialen Spannungen unter den Bergstämmen. Als nicht thailändische Staatsbürger haben sie keinen rechtlichen Status, und ihre Kinder können daher auch nicht in die Schule gehen. 70 Prozent der rund 5.600 Menschen leben unterhalb der in Thailand definierten Armutsgrenze von 1,5 US-Dollar pro Tag.

Ein integriertes Dorf-Entwicklungsprogramm soll die Lebenssituation der ethnischen Minderheiten in Nordthailand langfristig verbessern. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA sorgt für sauberes Trinkwasser und ermöglicht Kleinkredite, damit die Menschen ihr eigenes Einkommen erwirtschaften und so ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Zudem werden Gesundheitskurse angeboten, um Krankheiten vorzubeugen. ADRA kümmert sich auch um juristische Aufklärung, damit die Bergbewohner die Staatsbürgerschaft erhalten. Dadurch werden nicht nur deren Rechte gestärkt, ihre Kinder erhalten nur so Zugang zur Bildung.

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Adventistin schönste Ehefrau auf den Bahamas**

Nassau/Bahamas, 04.11.2010/APD Tanya Garvey-Hyppolite ist im Oktober zur schönsten Ehefrau auf den Bahamas gewählt worden. Sie trägt nun die Titel „Misses Bahamas International 2011“ und wird den westindischen Inselstaat bei dem jährlichen Schönheitswettbewerb zur „Misses International“ im Juni nächsten Jahres in Chicago/USA vertreten. Die neue Schönheitskönigin ist mit Greny Hyppolite verheiratet und hat vier Kinder. Sie ist Mitinhaberin einer Firma für Elektronikartikel und gehört der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten an. Zur Zeit studiert sie Betriebswirtschaft.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Neue Kindersendungen beim "Hope Channel"**

**Zu Besuch auf Fribos Dachboden**

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 03.11.2010/APD Fribonius

Maximilian Balthasar von Einzahn (kurz Fribo) und sein Freund Julian wollen ab dem 6. November regelmäßig mit Kindern im Alter von sechs bis neun Jahren die Bibel und die Welt entdecken. Die neuen Fernsehsendungen gibt es jeden Freitag (18 Uhr), Samstag (14.30 Uhr), Sonntag (9.30 Uhr) und Mittwoch (18 Uhr) über den Satelliten Astra und den Internet Livestream im „Hope Channel“ des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Fribo ist ein Holzwurm, kommt aus Holzhausen und isst für sein Leben gerne Holz. Er erlebt so einiges auf einem alten Dachboden. Dabei isst Fribo ebenso gerne Eis (am liebsten Schokoeis), mag kleine Tiere und viel Staub. Gar nicht gerne geht er dagegen zum Frisör oder Zahnarzt und mag keinen Rosenkohl.

Und dann ist da noch Wilhelmina Ernestine Wirbelwind, die in ihrer Fantasiefabrik viele Dinge für neugierige Kinder vorbereitet. Es soll gebastelt, gebaut und experimentiert werden. Darüber hinaus gibt es eine Truhe, die viele Schätze an Büchern, Spielen und CDs für die Kinder bereithält sowie eine Entdecker-Kiste, in der Interessantes und Wissenswertes über Tiere, Natur und verschiedene Berufen steckt.

„Als christlicher Fernsehsender möchten wir Kindern ganz bewusst zeigen, dass Gott sich gerade auch um sie kümmert“, betonte Naila Warning, Redakteurin der neuen Sendereihe. „Egal was gerade in der Schule passiert, ob es Stress zu Hause gibt, ob man krank ist oder traurig, Gott kann man immer alles erzählen.“ Die Kindersendungen könnten einen Gegenpol zu den oftmals hohen Erwartungen und dem Druck bilden, denen bereits Kinder ausgesetzt seien. „Mit den christlichen Sendeinhalten sollen eine gesunde Balance für Kinder sowie ein Freiraum zur Entfaltung der Kreativität geschaffen werden“, so Warning. Es gehe um mehr Freude am Kindsein.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Denkmäler erinnern an Stalin-Opfer unter den Christen**

Sankt Petersburg/Russland, 02.11.2010/APD In Russland erinnert erstmals ein Mahnmal an Katholiken, die unter dem sowjetischen Diktator Josef Stalin hingerichtet wurden. Insgesamt kamen in der Sowjetunion mindestens 400 katholische Priester um. Der Moskauer Erzbischof Paolo Pezzi weihte am 28. Oktober einen Gedenkstein auf dem Friedhof Lewaschowo bei Sankt Petersburg ein.

Der Gedenkfriedhof befindet sich rund 30 Kilometer nördlich vom historischen Stadtkern von Sankt Petersburg. Dort liegen etwa 47.000 Opfer des stalinistischen Terrors begraben, darunter Opfer unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse aus verschiedenen Nationalitäten.

Bereits 2007 wurde auf dem Lewaschowo-Friedhof ein Mahnmal für die unter Josef Stalin in den 1930er Jahren ermordeten Adventisten errichtet. Nach Angaben der Freikirche seien in den Jahren 1937 und 1938 140 Adventisten im damaligen Leningrad (heute Sankt Petersburg) umgebracht worden.

Während der Stalinzeit seien in der Sowjetunion über 3.000 Siebenten-Tags-Adventisten in Gefängnisse und Zwangsarbeitslager gebracht worden, darunter mehr als 200 Pastoren und Gemeindeleiter. Viele von ihnen hätten die Misshandlungen nicht überlebt.

Auch in Moskau wurde 2007 ein Mahnmal zum Gedenken an die

Opfer der stalinistischen Terrorwelle eingeweiht. Im 25 Kilometer südlich von Moskau gelegenen Butovo erinnert ein 12,5 Meter hohes Holzkreuzteil an die Ermordeten. Die Gedenkstätte wird von der russisch-orthodoxen Kirche betreut. Auf dem Gelände waren 1937 und 1938 über 20.000 politische Gefangene erschossen worden. Das Holzkreuz wurde in einem orthodoxen Kloster auf dem Solovki-Archipel in Nordrussland angefertigt. Dort war unter Stalin das erste der berühmtesten sowjetischen Arbeitslager errichtet worden.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Der Einfluss der oberdeutsch-schweizerischen Reformation auf die Freikirchen**

Erzhausen bei Darmstadt, 01.11.2010/APD Vielschichtige Einblicke in die Rezeption der oberdeutsch-schweizerischen Reformation in den Freikirchen bot die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF), die an historischer Stätte, im Chateau de Liebfrauenberg im Elsass, stattfand.

Professor Dr. Andreas Mühling (Trier) begann mit einem Vortrag zur Bedeutung des Reformators Johannes Calvin (1509-1564) in den Freikirchen. Dabei relativierte er dessen Bedeutung und stellte Heinrich Bullinger (1504-1575), einen der führenden Schweizer Theologen im Protestantismus des 16. Jahrhunderts, als bedeutende Persönlichkeit neben Calvin, beziehungsweise

Zürich als Stadt von Ulrich Zwingli (1484-1531) und Bullinger neben das Genf Calvins. Am Beispiel des Calvin-Schülers Caspar Olevian (1536-1587) schilderte Mühling den Fortgang der Lehren des Reformators bei seinen Schülern. Olevian gründete die Hochschule in Herborn, die der in Genf zu diesem Zeitpunkt in nichts nachgestanden habe, so Mühling. Doch die Bedeutung der Herborner Hochschule sei bisher nahezu nicht erforscht.

Professor em. Dr. Marc Lienhard (Straßburg) gab einen komplexen Einblick in die Straßburger Reformation des 16. Jahrhunderts. Unter dem prägenden Theologen Martin Bucer (1491-1551) habe sich Straßburg als recht weltoffene Stadt gezeigt, in der Hinrichtungen aus Glaubensgründen weithin vermieden worden seien, obwohl Dissidenten und Spiritualisten, Pazifisten und Apokalyptiker den verfassten Kirchen das Leben schwer gemacht hätten.

Nachdem Matthias Lohmann, Pastor der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) München, die reformierten Wurzeln der Baptisten und des FeG-Bundes herausgearbeitet hatte, widmete sich Dr. Gerrit Jan Beuker (Hoogstede) dem niederländischen Theologen, Politiker, Staatsmann und Journalisten Abraham Kuyper (1837-1920). Beuker beschrieb die Religionslandschaft der Niederlande als Hauptursache einer starken Säkularisierung, die in Europa ihresgleichen suche. Jede Abspaltung, jede Denomination hätte eine eigene kulturelle Säule mit Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosendern sowie Internet, gebildet. Diese „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft habe zur Marginalisierung des Glaubens geführt, da die verschiedenen Denominationen nur auf sich selbst bezogene abgeschlossene Säulen gebildet hätten.

Professor Dr. Thomas Domanyi (Vermes, Kanton Jura/Schweiz), Dozent für Sozialtheologie und Ethik an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, stellte den Gewissensbegriff bei Calvin dar, und Dr. Juliane Brandt (München) gab einen Einblick in die Entstehung der reformierten Gemeinden in Budapest.

Die Herbsttagung endete mit einem Vortrag von Dr. Jean-Daniel Plüss (Zürich) über die reformierten Wurzeln der Pfingstbewegung. Bei der Abendmahlslehre sei die symbolische Deutung der Reformierten übernommen, aber durch Gedanken der spirituellen Realpräsenz, die sich auch bei Bucer finden ließen, angereichert worden. Auch im Bereich des Kirchenverständnisses sieht Plüss Parallelen. Dass Glaube und Bekenntnis Kirche konstituierten, wie es Zwingli formuliert habe, würden auch Pfingstgemeinden so sehen. Allerdings sei das Bekenntnis individualisiert. Plüss bezeichnete diese Individualisierung als Hauptursache für die Spaltungen in der konfessionellen Landschaft der letzten 100 Jahre. Die Pfingstbewegung sei für die rasante Vermehrung der Konfessionen und Denominationen maßgeblich verantwortlich. Die Auslegung der Heiligen Schrift richte sich nicht nur nach der Sichtweise Zwinglis, so Plüss, sondern bei den Pfingstgemeinden seien die Betonung des Wirkens des Heiligen Geistes und das persönliche Gefühl hinzugekommen.

Alle im Elsass gehaltenen Vorträge werden im Jahrbuch 2010 des Vereins für Freikirchenforschung dokumentiert, das voraussichtlich im Frühjahr 2011 erscheinen und beim Verein sowie im Buchhandel erhältlich sein wird.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Kirchenrechtsexperten für**

# Reform des österreichischen Religionsrechts

Wien/Österreich, 31.10.2010/APD Juristische Kritik an dem seit 1998 in Österreich geltenden „Zweistufensystem“, das den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften und den religiösen Bekenntnisgemeinschaften, darunter den Freikirchen, unterschiedliche Rechte zumisst, stand im Mittelpunkt einer Tagung zum Thema „Religionsfreiheit in Österreich – Zwischen Privilegierung und Diskriminierung“ im Juridicum der Universität Wien. Die Bekenntnisgemeinschaften besitzen zwar eine eigene Rechtspersönlichkeit, jedoch nicht die Privilegien und Pflichten anerkannter Religionsgemeinschaften, etwa im Arbeits- und Sozialrecht, im Schulwesen oder im Steuerrecht.

Zu den Veranstaltern der Tagung zählten das Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Universität, die Österreichische Gesellschaft für Kirchenrecht und die Österreichische Kommission „Iustitia et Pax“. Verschiedene Kirchenrechtsexperten plädieren für eine Reform des derzeit gültigen staatlichen Religionsrechts. So sprach sich Rechtsanwalt Dr. Peter Krömer für eine „Anpassung“ des Zweistufensystems aus, das dem europäischen Standard in der Religionsgesetzgebung nicht entspreche. Der Rechtsbeistand mehrerer Freikirchen und freikirchlicher Organisationen, der zugleich Präsident der evangelischen Synode A.B. und der Generalsynode ist, nannte zahlreiche Beispiele für gesetzliche Regelungen, die nicht gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften gegenüber den gesetzlich anerkannten benachteiligten. Der Wiener Kirchenrechtler Professor Richard Potz wies gegenüber „Kathpress“ darauf hin, dass für die Bekenntnisgemeinschaften derzeit keine faire Möglichkeit bestehe, den Status einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft zu erreichen. Er kritisierte unter



anderem die Mindest-Mitgliederzahl von 16.000, was zwei Promille der österreichischen Bevölkerung entspricht, die viel zu hoch angesetzt sei. Die österreichische Regelung sei auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mehrmals verurteilt worden, erinnerte Potz. Deshalb sei eine Revision des derzeitigen Gesetzes notwendig. Die anerkannten Kirchen, allen voran die römisch-katholische und die evangelische Kirche, sollten von sich aus aktiv werden und grundrechtskonforme Lösungen erarbeiten.

Die Kirchenrechtler Professor Raoul Kneucker, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kirchenrecht, und Professor Heinrich Schneider von „Iustitia et Pax“ schlugen bei der Tagung in dieselbe Kerbe wie Professor Potz. Vor allem die in Österreich vertretenen Freikirchen fühlten sich diskriminiert, so Schneider, und diese Situation sollte für alle Kirchen Anlass sein, sich aktiv für eine Verbesserung einzusetzen.

Die Juristin Brigitte Schinkele vom Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht betonte, dass es für die Benachteiligung der religiösen Bekenntnisgemeinschaften in vielen Bereichen keine sachliche Rechtfertigung gebe. Grundsätzlich sei eine Unterscheidung zwischen Religionsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlicher Stellung und solchen mit nur privatrechtlicher Stellung ein durchaus tragfähiges Konzept. Es brauche aber rechtlich klare Regelungen hinsichtlich der Zugangsbestimmungen wie auch bezüglich der mit dem jeweiligen Status verbundenen spezifischen Rechtsfolgen.

Pastor Walter Klimt, Generalsekretär der Baptistengemeinden in Österreich, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass seine Freikirche mit weltweit rund 120 Millionen Mitgliedern zu den größten reformatorischen Kirchen der Welt gehöre. Die Baptisten seien zudem seit 141 Jahren in Österreich tätig. Trotzdem gebe es wegen der vom Staat geforderten Mitgliederzahl von mindestens 16.000 keine Chance auf den Status als staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft.

Professor Karl Schwarz vom österreichischen Kultusamt schlug in seinem Votum ein Bundesgesetz über die Rechtsstellung der evangelikalen Freikirchen vor. Anknüpfungspunkte dafür seien die 1880 erfolgte gesetzliche Anerkennung der Herrnhuter Brüderkirche sowie die Anerkennung der Evangelisch-methodistischen Kirche im Jahr 1951.

Derzeit gibt es 14 anerkannte Religionsgemeinschaften in Österreich: römisch-katholische Kirche, evangelische Kirche A.B. und H.B., griechisch-orthodoxe Kirche, Israelitische Kultusgemeinde, Islamische Glaubensgemeinschaft, koptisch-orthodoxe Kirche, alt-katholische Kirche, methodistische Kirche, Mormonen, armenisch-apostolische Kirche, Neuapostolische Kirche, syrisch-orthodoxe Kirche, buddhistische Religionsgemeinschaft sowie Zeugen Jehovas. Als Bekenntnisgemeinschaften sind gegenwärtig unter anderem die Bahais, Baptisten, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und Evangelikale registriert.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Adventistisches Hilfswerk auf einen Blick**

## **ADRA Deutschland legt Tätigkeitsbericht 2009 vor**

Weiterstadt bei Darmstadt, 30.10.2010/APD „Auf einen Blick“ ist der Tätigkeitsbericht 2009 der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland in Weiterstadt bei Darmstadt betitelt. Danach führte das

Hilfswerk im letzten Jahr 50 Projekte in 29 Ländern durch. Dafür wurden 8,45 Millionen Euro ausgegeben, die unter anderem von privaten Spendern, der Europäischen Union (EU), dem Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union (ECHO), dem Auswärtigen Amt der Bundesregierung (AA), dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der „Aktion Deutschland Hilft“ (ADH) stammten.

Bei den Projekten ging es beispielsweise um Aidsaufklärung in Afrika, Asien und Osteuropa, Erstversorgung bei einem Cholera-Ausbruch in Kenia, Lebensmittel für Hungernde in Athiopien, sauberes Trinkwasser und Latrinen in laotischen Dörfern, Beseitigung von Schäden des Zyklons „Nargis“ in Myanmar sowie Trinkwasseraufbereitung für 12.000 Menschen nach Überschwemmungen auf den Philippinen. Durch die „Aktion „Kinder helfen Kindern“ gingen auch im letzten Jahr wieder über 37.500 Weihnachtspakete an bedürftige Heim- und Waisenkinder in Ost- und Südosteuropa. 2009 entsandte ADRA Deutschland im Rahmen der entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ des BMZ 22 Jugendliche in sieben Länder. Außerdem wirkten 13 weitere Freiwillige in Mexiko, Moldawien, Tansania und Kirgisien. Der Geschäftsbericht 2009 von ADRA Deutschland kann im Internet unter [www.adra.de](http://www.adra.de) heruntergeladen werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Arche Abenteuer – Wir sitzen**

# alle im selben Boot

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 29.10.2010/APD In der neuen „Hope Channel“-Fernsehsendereihe „Arche Abenteuer“ des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erfahren Kinder auf spielerische Art und Weise Wissenswertes über Gott und das Leben. In zehn Episoden erschließt sich ihnen, mit tierischem Humor gewürzt, die Bedeutung der biblischen Zehn Gebote.

In den Geschichten verbringen Stinktier, Affe, Löwe, Krokodil, Schaf und viele andere Tiere Tag für Tag im selben Boot, nämlich in der Arche. Laut Drehbuchautorin Ulrike Müller herrsche dort nicht ständig eitel Sonnenschein. Viele Dinge würden sehr kontrovers diskutiert und „am Ende erfolgt immer eine Übertragung in unsere heutige Situation, denn wir sitzen alle im selben Boot“. Es gehe dabei um die Verantwortung für diese Welt und um menschliches Miteinander.

Ulrike Müller, Diplom-Sozialpädagogin sowie Erziehungs- und Familienberaterin, arbeitet hauptsächlich an der Erstellung biblischen Studienmaterials für Kinder. „Viele Kinder haben schon von den Zehn Geboten gehört, aber den Inhalt kennen sie nicht. Ziel war es, ihnen spielerisch zu zeigen, wie spannend die biblischen Gebote sind“, so Müller. Dabei habe sie vor den Fragen gestanden: Was fesselt Kinder heutzutage, und wie vermeide ich „moralische Duschen“? Die biblische Geschichte der Arche und die Zehn Gebote zusammenzubringen sei für sie eine interessante Herausforderung gewesen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Schweiz: "Nicht übereinander, sondern miteinander reden"

## Erste gemeinsame Erklärung von Juden und Christen

Zürich/Schweiz, 29.10.2010/APD Als „Meilenstein im jüdisch-christlichen Dialog“ haben der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) die erste offizielle Erklärung von Juden und Christen in der Schweiz bezeichnet. Das gemeinsame Dokument mit dem Titel: „In gegenseitiger Achtung auf dem Weg“, wurde nach mehr als 20 Jahren des interreligiösen Dialoges veröffentlicht.

„Mit dieser Erklärung glauben wir, dass ein wahrhafter Dialog, der auf Augenhöhe geführt wird, den Respekt gegenüber der Glaubenshaltung des anderen und den Verzicht auf die Absicht voraussetzt, den anderen zu überzeugen. Dabei ist die Einsicht leitend, dass die Wahrnehmung der Differenz erst gemeinsame Sichtweisen ermöglicht“, stellen SEK und SIG fest. „Die gemeinsame Auseinandersetzung mit der biblischen, jüdischen und christlichen Überlieferung war nicht nur vom Wunsch geprägt, vom anderen mehr zu wissen, sondern auch zu lernen. Wichtig war auch, über gesellschaftliche Fragen nachzudenken, insbesondere im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz.“

Die Erklärung thematisiere zuerst den Dialog selbst, also die Art und Weise, wie er geführt wurde und behandle erst dann die Inhalte des Dialogs, so Dr. Thomas Wipf, Präsident des SEK. „Damit werden der gewonnene gegenseitige Respekt sowie das zwischen Juden und Christen Gewachsene in den Vordergrund gestellt, ohne dass das Trennende verschwiegen wird“, erläuterte Wipf.

„Den Anderen mit dessen eigenen Augen sehen zu lernen“, so bezeichnete Michel Bollag, Co-Präsident der Evangelisch-

Jüdischen Gesprächskommission (EJGK), das Ziel der Erklärung und des damit angestoßenen gegenseitigen Lernprozesses.

Inhaltlich befasste sich die Erklärung mit drei Begriffen, die sowohl für den jüdischen als auch für den christlichen Glauben eine zentrale Bedeutung haben: Freiheit, Heilige Schrift, und Verantwortung.

Der jüdisch-christliche Dialog in der Schweiz wurde vor über 60 Jahren auf dem Seelisberg mit der internationalen „Dringlichkeitskonferenz gegen Antisemitismus“ gestartet. Die damalige Tagung habe das „Verhältnis der evangelisch-reformierten und römisch-katholischen Kirche zum Judentum grundlegend verändert“, so Dr. Herbert Winter, Präsident des SIG, in der Medienkonferenz zur Präsentation der Erklärung.

Gemäß Wipf begann der „Dialogprozess zwischen SEK und SIG 1987 im Vorfeld des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht. Aus der gemeinsamen Erinnerungsarbeit ging die Evangelisch-Jüdische Arbeitsgruppe (EJAG), die spätere Evangelisch-Jüdischen Gesprächskommission (EJGK), hervor“.

Die Broschüre „In gegenseitiger Achtung auf dem Weg“, kann auf der SEK Website als PDF-Datei bei [http://www.sek-feps.ch/shop/product\\_info.php/info/p450\\_Gemeinsame-Erkl-rung.html](http://www.sek-feps.ch/shop/product_info.php/info/p450_Gemeinsame-Erkl-rung.html) heruntergeladen werden und ist auch auf Französisch erhältlich.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# 34.000 Unterschriften für Kampagne "enditnow"

Ostfildern bei Stuttgart, 28.10.2010/APD Listen mit über 34.000 Unterschriften für die Aktion „enditnow – Sag NEIN zur Gewalt gegen Frauen“ überreichten die Beauftragten der Abteilung Frauen der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz Denise Hochstrasser (Bern), Frauenbeauftragte für den Bereich West- und Südeuropa der Freikirche. 27.000 Unterschriften wurden in Deutschland, 3.500 in der Schweiz und 2.500 in Österreich gesammelt.

Die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) hatte im Oktober letzten Jahres die Aufklärungskampagne „enditnow – Sag Nein zur Gewalt gegen Frauen“ gestartet. Sie erstreckte sich in Zusammenarbeit zwischen der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA und der Abteilung Frauen der weltweiten Kirche auf rund 200 Länder. Zum einen ging es darum, jeden einzelnen der weltweit über 16 Millionen Adventisten für diese Problematik zu sensibilisieren und zur Teilnahme an verschiedenen Aktionen zu ermutigen. Zum anderen wurde das Ziel verfolgt, eine Million Unterschriften zu sammeln und der UNO vorzulegen, damit neue und effektive Schutzmaßnahmen für Frauen und Mädchen entwickelt würden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Österreichs Adventisten im Spannungsfeld zwischen christlicher Hoffnung und säkularer Gesellschaft

Silver Spring (Maryland/USA)/Wien, 27.10.2010/APD Österreich hat nach Ansicht des Präsidenten der dortigen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Herbert Brugger, „eine säkulare Gesellschaft mit einem säkularen, kirchlichen Leben“. Brugger äußerte sich während der Herbstsitzung der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) in Silver Spring, Maryland/USA, zum Spannungsfeld zwischen der christlichen Hoffnung auf die Wiederkunft Jesu und der säkularen Gesellschaft in seinem Land. „Manchmal suchen wir auf Grund dieser Situation nach Ausreden, warum wir als Kirche keinen Einfluss in der Gesellschaft haben,“ so Brugger. Der Freikirchenleiter bat den Generalkonferenz-Ausschuss, für die Weiterentwicklung seiner Kirche in Österreich zu beten.

Die Adventisten, ab 1903 in Österreich tätig, haben dort seit 1998 den Status einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft und bereits 2008 einen Antrag auf volle staatliche Anerkennung eingereicht. „Wir streben diese Anerkennung an, sehen sie aber in einem größeren Zusammenhang. Wir wissen auch, dass die Anerkennung und Akzeptanz in der Bevölkerung immer wieder durch Fleiß, Ausdauer und gezieltes Eingehen auf die Bedürfnisse der Menschen erarbeitet werden muss. Adventisten wissen sich in ihrem humanitären, sozialen und pädagogischen Engagement dem Vorbild Jesu und den Prinzipien der Heiligen Schrift verpflichtet,“ so Brugger zum eingereichten Antrag.

Nach wie vor skeptisch äußerte sich der Freikirchenleiter über die Beziehungen zu anderen Kirchen: „Wir wollen Menschen für Jesus gewinnen. Das kann aber unter anderem nur geschehen,



wenn biblische Wahrheit auch Wahrheit bleibt und nicht aufgeweicht und verändert wird.“ Bereits 2008 gab der Kirchenpräsident im Gemeindeblatt „Adventecho (heute „Adventisten heute“) zu bedenken, dass ökumenische Zusammenschlüsse nicht zur wahren Einheit unter Christen im biblischen Sinne führen könnten. Brugger wörtlich: „Es hat noch nie zum Erfolg geführt, auf Kosten der biblischen Wahrheit Brücken zu anderen Kirchen zu bauen. Diese Brücken werden aber bald wieder einstürzen.“

Während der diesjährigen Herbstsitzung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, die vom 8. bis 13. Oktober in Silver Spring (Maryland/USA) stattfand, befassten sich über 300 Delegierte des Generalkonferenz-Ausschusses unter anderem mit Planungsaufgaben für die nächsten fünf Jahre, Neustrukturierung der weltweiten Missionsprogramme und Personalentscheidungen. Zum Abschluss der Tagung wurde ein Aufruf an die Adventisten in aller Welt zur Reformation, Nachfolge Jesu und Evangelisation verabschiedet. Das solle durch Fürbitte, Bibelstudium und Nutzung moderner Technologie zur weltweiten Vernetzung geschehen.

In Österreich leben nach eigenen Angaben 3.883 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 49 Kirchengemeinden, die von 29 Pastoren betreut werden. Sie unterhalten das Theologische Seminar und Oberstufen Realgymnasium Schloss Bogenhofen bei Braunau am Inn, insgesamt fünf Grundschulen in Wien, Linz, St. Peter/Hart, Herrnberg und Lustenau, die überkonfessionellen „Sozialen Dienste der Adventmission“ (Wien), das Pensionisten- und Erholungsheim „Haus Stefanie“ auf dem Semmering, den „Wegweiser-Verlag“ in Spillern, das Internationale Bibelstudien-Institut (IBSI) und „Adventist World Radio Österreich/AWR“ (beide in Wien). Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich führt humanitäre Maßnahmen in aller Welt durch.

Adventistische Christen gab es bereits seit 1890 in der damaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Seit 1903 ist

die Freikirche auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich präsent.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Aufruf zur Reformation unter den Evangelikalen**

## **Kongress für Weltevangelisation: Christentum glaubwürdig leben**

Kapstadt/Südafrika, 27.10.2010/APD Mit einem Aufruf, das Christentum glaubwürdig zu leben, schloss der dritte Lausanner Kongress für Weltevangelisation in Kapstadt/Südafrika. An der Tagung vom 16. bis 25. Oktober nahmen rund 4.200 evangelikale Führungskräfte und Missionsexperten aus 198 Ländern teil. Zum Abschluss wurde der erste Teil der sogenannten „Kapstadt-Verpflichtung“ präsentiert. In diesem Text wird die umfassende und weitreichende Wirkung des Evangeliums erläutert. Ausgehend von der Liebe Gottes spricht das Dokument von der Bedeutung der Liebe im Christentum: der Liebe zum Nächsten, zur Bibel, zur Welt und zur Mission. Das 20-seitige Dokument soll bis Ende 2010 ergänzt werden und die Prioritäten der Kirche in der Mission erläutern.

Der internationale Direktor der Lausanner Bewegung, Lindsay Brown, forderte in seiner Predigt am Ende des Kongresses, dass die Verkündigung der Christen mit ihrem Lebensstil in Übereinstimmung sein müsse. Der britische Theologe und Vorsitzende der theologischen Arbeitsgruppe der Lausanner

Bewegung, Chris Wright, sprach in seinem Vortrag sogar von einer notwendigen „neuen Reformation“ der Evangelikalen, damit die Glaubwürdigkeit des Evangeliums wieder gestärkt werde. Er beklagte, dass es manchen Leitern evangelikaler Missionswerke mehr um Einfluss, Erfolg und Geld, als um die Evangeliumsbotschaft Jesu gehe. Um Spenden zu erhalten, schönten einige Missionswerke ihre Statistik, so Wright. Zwar komme die Botschaft, dass der Glaube an Jesus zu materiellem Besitz, Erfolg und Gesundheit führe, besonders in Afrika gut an, stellte Femi Adeleye, Generalsekretär der Internationalen Gemeinschaft evangelikaler Studenten, fest, doch dieses „Wohlstandsevangelium“ habe nichts mit dem eigentlichen Anliegen Christi zu tun. Es grenze vielmehr die Leidenden, Kranken und Armen aus, um die sich Jesus in besonderer Weise gekümmert habe.

Der Kongress für Weltevangelisation wurde in Kapstadt von der Lausanner Bewegung und der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) veranstaltet. Die Lausanner Bewegung geht auf den Internationalen Kongress für Weltevangelisation 1974 in Lausanne/Schweiz zurück, bei dem es unter der Führung des US-amerikanischen Evangelisten Billy Graham zur „Lausanner Verpflichtung“ kam, die „unvollendete Aufgabe“ der weltweiten Evangeliumsverkündigung zu Ende zu führen. Beim zweiten Kongress für Weltevangelisation 1989 in der philippinischen Hauptstadt Manila ging es in dem dort verabschiedeten „Manifest“ neben der Evangelisation auch um die soziale Verpflichtung der Christen. Auch in Kapstadt standen Themen, wie Bekämpfung der Armut, Bewahrung der Schöpfung, Umgang mit Aids, Kampf gegen Menschenhandel und Einsatz für die Religionsfreiheit, auf dem Programm. Die Weltweite Evangelische Allianz ist ein evangelikal ausgerichtetes Netzwerk von 128 nationalen und regionalen Evangelischen Allianzen, die jeweils aus verschiedenen reformatorischen Kirchen, Organisationen und Einzelpersonen gebildet werden. Sie vertritt nach eigenen Angaben weltweit rund 420 Millionen Christen und geht auf das Jahr 1846 zurück.

Am dritten Lausanner Kongress für Weltevangelisation in Kapstadt beteiligten sich Anglikaner, Lutheraner, Reformierte, Methodisten, Baptisten, Pfingstler und kleinere unabhängige Freikirchen. Als Beobachter nahmen Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der römisch-katholischen Kirche, verschiedener orthodoxer Kirchen und der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten teil.

Die Adventisten entsandten Pastor A. Ganoune Diop , Direktor der Studienzentren für Globale Mission, und Linda Koh, Direktorin der Abteilung Kinder der adventistischen Weltkirchenleitung, nach Kapstadt. Diop war bereits Mitglied im Vorbereitungsausschuss der Jubiläumsveranstaltung „Edinburgh 2010“, die im Juni in der schottischen Hauptstadt zur Erinnerung an die dortige Weltmissionskonferenz 1910 stattfand. Schon vor einhundert Jahren habe seine Kirche mit Ludwig Richard Conradi, dem Präsidenten der Adventisten in Europa, W. J. Fitzgerald, dem Präsidenten der Freikirche in Großbritannien und William A. Spicer, dem Generalsekretär der adventistischen Weltkirchenleitung, hochrangige Vertreter nach Edinburgh delegiert, teilte Diop mit.

Der Auftrag Jesu, das Evangelium in aller Welt zu verkündigen, sei laut Pastor Diop für Adventisten immer ein sehr dringliches Anliegen gewesen. Im vergangenen Jahrhundert habe es innerhalb der Kirchen viele Auseinandersetzungen über die Beziehung zwischen Evangelisation und sozialem Engagement in der Mission gegeben. Häufig seien dabei extreme Positionen vertreten worden. „Adventisten haben sich in der Regel an diesen Debatten nicht beteiligt, da sie der Überzeugung sind, dass Missionsbemühungen nach dem Vorbild Christi die sozialen, menschlichen Bedürfnisse ansprechen und dann zur Umkehr aufrufen müssen.“ Diese ganzheitliche Sicht der Mission werde heute auch von vielen anderen Christen vertreten, hob Diop hervor.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **"relimaXx" – adventistisches Religionsunterrichtsmaterial für 12- bis 15-Jährige**

Lüneburg, 26.10.2010/APD „relimaXx“ heißt das neue Material für den Religionsunterricht der 12- bis 15-Jährigen, das vom Religionspädagogischen Institut der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Deutschland und in der Schweiz herausgegeben wird. Im Religionsunterricht für diese Altersgruppe gehe es weniger um Wissensvermittlung als vielmehr um das Suchen und Finden von Antworten auf lebensrelevante Fragen, betonte der Leiter des Instituts, Pastor Jochen Hårdter. „Teenager sind in einer Phase der Orientierung“.

Die Stundenentwürfe folgten laut Hårdter einem ganzheitlichen Ansatz, der „Kopf, Herz und Hand“ berücksichtige und anspreche. Wer Religionsunterricht erteile, könne die Stundenentwürfe so umsetzen, wie sie sind. Es sei aber auch möglich, sich unter der Rubrik „Alternative Vorschläge“ vom Stundenentwurf abweichende Elemente zu holen und die Unterrichtseinheit den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen. Man könne ein und dieselbe Thematik mehrfach anbieten und dann einen anderen Zugang, einen neuen Schwerpunkt oder eine andere Vorgehensweise wählen; immer mit dem Ziel, den Religionsunterricht in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler lebendig und relevant zu gestalten.

„relimaXx“ biete keinen linearen Themenplan, sondern ein Netz

aus insgesamt 70 Themen, die sich in zehn Themenblöcken entfaltet, erläuterte Hårdter. Jeder Themenblock bietet jeweils drei überblickartige Basisthemen und weitere eigenständige Aufbauthemen. Die insgesamt 30 Basisthemen würden mit jeweils einem achtseitigen Magazin bestückt. Zusätzlich gebe es weitere fünf Spezial-Magazine, die im Sinne von „Nachschlagewerken“ konzipiert seien. Lediglich die Magazine würden als Unterrichtsmaterial gedruckt und ausgeliefert. Alle weiteren Materialien seien nach dem rechtmäßigen Erwerb der jeweiligen „relimaXx“-Ordner per kostenfreiem Download zu beziehen. Ausgedruckt würden nach dem Download von den Lehrkräften nur die Unterlagen, die im Unterrichtsverlauf wirklich eingesetzt würden.

Die zehn Themenblöcke tragen die Titel „Die längste Liebesgeschichte aller Zeiten – Gottes XXL-Rettungsplan“, „Einer hat den Durchblick! Gott redet“, „Kaputtes kann heilen! Die Menschen und Gott“, „Anvertraute Schätze! Die Schöpfung und der Schöpfer“, „Du bist wertvoll – dein Nächster auch! Biblische Menschenbilder“, „Lebendig glauben! Frömmigkeit und Spiritualität“, „Du darfst dich einmischen, du darfst gestalten! Verantwortlich leben“, „Die Zukunft packen! Das Beste kommt noch“, „Jeder ist wichtig! Die Geschichte der Gläubigen durch die Jahrtausende“ und „Was denken und glauben die anderen? Die Erde, ein Planet der Glaubenden“.

Pastor Hårdter wies darauf hin, dass die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sei und daher an staatlichen Schulen einen eigenen Religionsunterricht anbieten könnte. Darauf werde jedoch verzichtet, da es zu wenig adventistische Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Schulen gebe. An öffentlichen Schulen nähmen in Deutschland Kinder von Adventisten am evangelischen Religionsunterricht oder am Ethikunterricht und in der Schweiz von Fall zu Fall am reformierten Religionsunterricht teil. Darüber hinaus erteile in beiden Ländern die Freikirche außerhalb der Schule einen

eigenen Religionsunterricht, wobei adventistische Kinder und Jugendliche aus bestimmten Gebieten zusammengefasst würden.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Weltweit 16,6 Millionen Adventisten**

Silver Spring, Maryland/USA, 25.10.2010/APD „Zum 30. Juni 2010 gab es weltweit genau 16.641.357 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten“, teilte der Direktor des Büros für Archiv und Statistik der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), Bert Haloviak, Silver Spring, Maryland/USA, mit. Von Juli 2009 bis Juni 2010 haben sich zum siebten Mal hintereinander über eine Million Menschen der Freikirche angeschlossen. Die Mitgliederzahl sei aber nur um 3,69 Prozent gestiegen, da im gleichen Zeitraum fast 400.000 Adventisten ihre Kirche verlassen hätten.

Von den 16,6 Millionen Mitgliedern lebten laut Haloviak 37 Prozent in Afrika, 32,5 Prozent in Lateinamerika und 19 Prozent in Asien. In Nordamerika, wo die Freikirche 1863 entstand, gebe es 6,8 Prozent der Adventisten, in Australien/Ozeanien 2,5 Prozent und in Europa 2,2 Prozent.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Vatikan: Appell der Nahostsynode für Frieden und Dialog**

Rom/Italien, 25.10.2010/APD Mit einem dringenden Aufruf für Frieden, Gerechtigkeit und Dialog im Nahen Osten hat sich die im Vatikan tagende Bischofssynode an die Öffentlichkeit gewandt. In einer Schlussbotschaft vom 23. Oktober verurteilen die Synodalen Gewalt und Terrorismus von allen Seiten sowie jede Form von religiösem Extremismus. Insbesondere wenden sie sich gegen Rassismus und Antisemitismus wie auch gegen Christenhass und Islamphobie.

Wie Kathpress berichtet, ruft die Kirchenversammlung gleichzeitig zu mehr zwischenkirchlicher Zusammenarbeit mit den getrennten christlichen Kirchen, aber auch zu Dialog und Kooperation mit jüdischen und islamischen Mitbürgern auf. Die Nahostsynode im Vatikan, an der fast alle katholischen Patriarchen und Bischöfe der Region mit dem Papst und Vertretern der Weltkirche konferierten, ging am 24. Oktober nach zweiwöchiger Dauer zu Ende.

Die Synode appelliert in ihrer Schlussbotschaft an die internationale Gemeinschaft und vor allem an die UNO, sich mit Nachdruck um gerechte Friedenslösungen für die Region zu bemühen. Auf Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates müsse die „Besetzung der verschiedenen arabischen Territorien beendet werden“.

Die katholischen Kirchenführer fordern ein unabhängiges und



souveränes Heimatland der Palästinenser sowie Frieden und Sicherheit für Israel in international anerkannten Grenzen. Zugleich plädieren sie für ein „gerechtes Statut“, das der Bedeutung der Heiligen Stadt Jerusalem Rechnung trägt.

Mit Nachdruck verlangt die Nahostsynode auch ein Ende der Gewalt im Irak und eine Wiederherstellung von Sicherheit zum Schutz aller Bürger und aller sozialen, religiösen und nationalen Sektoren. Auch für den Libanon mahnen die um den Papst versammelten Kirchenführer „Souveränität auf seinem ganzen Territorium“ und nationale Einheit ein. Das Land sollte weiterhin „das Modell für ein Zusammenleben von Christen und Muslimen im Dialog der Kulturen und Religionen sein“.

In ihrer Botschaft danken die Synodalen dem Papst für die Einberufung der Nahostsynode. Von Rom aus fordern sie ihre Ortskirchen, Priester, Ordensleute und Laien zur Stärkung des Glaubens und zur Zusammenarbeit mit den übrigen Katholiken, mit den anderen Kirchen sowie allen Mitbürgern auf. Sie würdigen den wichtigen Beitrag der katholischen Bildungs- und Sozialeinrichtungen zum Wohl der gesamten Gesellschaft. Sie appellieren an ihre Gläubigen, die aufgrund der schwierigen Situation auswanderten, auch in ihrer neuen Heimat ihre Traditionen und religiöse Bildung zu bewahren. Zugleich verlangen sie mehr Initiativen und Betreuung für die christlichen Einwanderer in arabischen Staaten.

Die Bischofssynode habe gründlich die Situation der Christen im Nahen Osten untersucht, heißt es in der Botschaft. Der israelisch-palästinensische Konflikt habe schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben aller Menschen. Vor allem das palästinensische Volk leide unter Besatzung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Trennungsmauer, Checkpoints und Häuserzerstörungen. Man habe aber auch über die „Leiden und die Unsicherheit reflektiert, unter der die Israelis leben“, betont die Botschaft.

Nachdrücklich fordern die Synodalen ein besseres Verhältnis zu

Juden und Muslimen. Man hoffe, dass der vom Konzil eingeleitete Dialog mit dem Judentum auch dazu beitrage, den politischen Konflikt zu beenden. Man müsse gemeinsam für einen sicheren, gerechten und definitiven Frieden eintreten. Auf keinen Fall dürfe man die Bibel missbrauchen, um Unrecht zu rechtfertigen. Aber auch mit den Muslimen fordert die Synode einen Dialog und ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage von Religions- und Gewissensfreiheit. Gemeinsam müsse man für Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte und Werte etwa der Familie eintreten. Bestehende Probleme im Zusammenleben mit den Muslimen müssten im Dialog erörtert und Missverständnisse ausgeräumt werden, so die Synodenbotschaft.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **20 Jahre "Globale Mission" der Adventisten**

Silver Spring, Maryland/USA, 24.10.2010/APD Als 1990 die Delegierten der 55. Vollversammlung der Generalkonferenz (Weltsynode) der Siebenten-Tags-Adventisten in Indianapolis/USA die Initiative „Globale Mission“ beschlossen, war es das Ziel, bis zum Jahr 2000 die damals weltweit 1.800 Volksgruppen, von denen jede mindestens eine Million Menschen umfasste und in denen es keine Adventisten gab, missionarisch zu erreichen. Dieser Beschluss sei mit einem Umdenken verbunden gewesen, heißt es in dem Artikel „Mission ist wichtig“ der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift der

Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) „Adventist World“.

Laut Pastor Gary D. Krause, Direktor der Abteilung Adventistische Mission der Generalkonferenz, hätten Adventisten, wie andere christliche Kirchen auch, ihr Geld und Personal hauptsächlich dort eingesetzt, wo sie am stärksten vertreten waren, da dort die meisten Taufen zu erwarten gewesen seien. Jetzt sollten Ressourcen gezielt in Gegenden fließen, in denen es keine Adventisten und oft auch keine Christen anderer Konfessionen gab.

Während früher Pastoren als Missionare in bereits etablierte Gemeinden ausgesandt worden wären, seien jetzt die „Missionspioniere“ hinzugekommen, berichtete Krause. Diese wären Laien, die für ein geringes Entgelt von der Kirche angestellt würden, um eine neue Gemeinde zu gründen. „Ein Missionspionier sieht aus wie alle anderen, lebt wie alle anderen, dient den Menschen als einer der ihren, freundet sich mit Menschen an und baut Brücken.“ Es gehe nicht nur darum, an einen Ort zu ziehen, um das Evangelium zu vermitteln, sondern gleichzeitig auch christliche Werte vorzuleben, so Krause. Diese Missionspioniere würden heute mindestens drei bis fünf Jahre in ihrem Einsatzgebiet bleiben, um neue Gläubige und Gemeinden in ihrem Christsein zu festigen.

Um Kultur und Sitten anderer Völker besser verstehen zu können, habe die Generalkonferenz im Rahmen von „Globale Mission“ Studienzentren mit dem Ziel eingerichtet, sich intensiv mit verschiedenen Religionen und Weltanschauungen vertraut zu machen. Neben dem Zentrum für adventistisch-muslimische Beziehungen auf Zypern, gebe es das „Jüdisch-Adventistische Freundschaftszentrum“ in Jerusalem, um das weltweite Judentum näher kennenzulernen. Weitere Studienzentren befänden sich für den Hinduismus in Hosur/Indien, für den Buddhismus in Nakhon Luang/Thailand und für den postmodernen sowie säkularen Menschen in St. Albans/England. In den Instituten würden laut Krause Missionspioniere ausgebildet und Materialien zur

Kontaktaufnahme mit bestimmten Volksgruppen erarbeitet.

Die ersten finanziellen Mittel für „Globale Mission“ wären 1990 aus dem Verkauf des kircheneigenen Gesundheitswerkes „Loma Linda Foods“ in den USA gekommen, teilte Krause mit. Von 2005 bis 2009 seien 6.765 Projekte mit 9.702 Missionariern für 163 Länder bewilligt worden. Die Gesamtkosten hätten dafür 68,3 Millionen US-Dollar (49,5 Millionen Euro) betragen. Die Gebetstagsgaben, welche in den adventistischen Gemeinden weltweit am Ende der jährlichen Gebetswoche im Herbst gegeben würden, kämen Projekten von „Globale Mission“ zugute. Darüber hinaus gebe es größere Einzelspenden.

Trotzdem sei das Ziel von 1990, bis zum Jahr 2000 die damals 1.800 Volksgruppen missionarisch anzusprechen, bis heute nicht erreicht worden, stellte Pastor Krause fest. Zwar habe sich die Mitgliederzahl der Adventisten in den letzten 20 Jahren weltweit von sechs Millionen auf 16,6 Millionen erhöht, doch es gebe immer noch 1.400 Volksgruppen ohne adventistische Präsenz. Das liege auch daran, dass seit 1990 die Weltbevölkerung um zwei Milliarden Menschen gewachsen sei. Ohne die Initiative „Globale Mission“ hätte es allerdings 3.600 noch unerreichte Gruppen gegeben.

Die größte Herausforderung jeder christlichen Mission stelle heute das sogenannte 10/40-Fenster dar, betonte Krause. Das Gebiet erstrecke sich vom 10. bis 40. nördlichen Breitengrad, also von Nordafrika bis nach China. Dort lebten 60 Prozent der Weltbevölkerung, von denen die große Mehrheit keine Christen seien. Gerade in diesem Gebiet habe die Zuwachsrate der adventistischen Kirche in den letzten 20 Jahren 270 Prozent gegenüber 90 Prozent im Rest der Welt betragen. Neben dem 10/40-Fenster nannte Krause als weitere Herausforderung für die adventistische Mission die Megastädte dieser Welt, in denen es nur vergleichsweise wenige Adventisten gebe. Eine dritte Herausforderung bestehe in der wachsenden Zahl säkularer und postmoderner Bevölkerungsgruppen in Westeuropa und Nordamerika.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Eine neue Mission durch einen neuen päpstlichen Rat**

*Kommentar zum Motu Proprio (Apostolischen Schreiben) „Ubicumque et semper“ (Überall und immer) von Papst Benedikt XVI. vom 12. Oktober 2010 zur kirchenrechtlichen Errichtung des „Päpstlichen Rates zur Förderung der Neuevangelisierung“.*

Bensheim, 23.10.2010/APD Papst Benedikt XVI. ist nicht zufrieden. Die Welt hat sich verändert und die Moderne ist dabei nicht spurlos an den alten christlichen Landschaften vorbeigegangen. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen, individuelle Freiheit und wissenschaftliche Entwicklung haben die alten Lande des Christentums vom römisch-katholischen Glauben entfernt. Die religiöse Dimension des menschlichen Lebens verläuft nicht länger in den Bahnen, die das römische Lehramt vorgibt, sondern sucht sich eigene Wege und macht dabei auch vor den Fundamenten der römisch-katholischen Kirche nicht Halt. Was manche Menschen als Befreiung ansähen, so der Papst, offenbare in Wirklichkeit die innere Wüste des Menschen, der sich selbst als Maßstab aller Dinge ansehe. Deshalb sei es an der Zeit zu reagieren. Mit dem am 12. Oktober 2010 veröffentlichten Motu proprio „Ubicumque et semper“ („Überall und immer“) ordnet Benedikt XVI. die Gründung eines neuen päpstlichen Rates an und setzt damit eine Forderung in die Praxis um, die bereits Johannes Paul II. 1990 in seiner Enzyklika „Redemptoris Missio“ (Über die

fortdauernde Gültigkeit des missionarischen Auftrages) erhoben hatte. Dieser erkannte damals, dass sich die Kirche „vor allem in Ländern mit alter christlicher Tradition“ mit einer Situation konfrontiert sehe, in der „ganze Gruppen von Getauften den lebendigen Sinn des Glaubens verloren haben oder sich gar nicht mehr als Mitglieder der Kirche erkennen, da sie sich in ihrem Leben von Christus und vom Evangelium entfernt haben“ – deshalb müsse die Kirche eine „neue Evangelisierung“ oder eine „Wieder-Evangelisierung“ anstreben (RM 33).

Der von Benedikt XVI. initiierte „Päpstliche Rat zur Förderung der Neuevangelisierung“ bewegt sich also genau auf dieser Linie, wenn er versucht, in Zusammenarbeit mit Ortskirchen und Orden den katholischen Katechismus als Grundlage des modernen Lebens zu etablieren. Er soll dazu eine neue Mission der alten Lande in Gang setzen und dabei mit Hilfe neuer Mittel und Wege der Kommunikation die zunehmende Säkularisierung der christlichen Länder aufhalten. Speziell sind dabei die Menschen im Blick, die zwar getauft sind, aber keinen inneren Bezug zum Christentum haben. Diesen soll die katholische Lehre wieder nahegebracht werden. Dass dabei anscheinend besonders auf Fragen der Moral geachtet werden soll, zeigt zum einen die Ernennung von Erzbischof Rino Fisichella, dem früheren Präsidenten der Päpstlichen Akademie für das Leben, deutlicher aber zum anderen das Motu proprio selbst, das Fragen zu Anfang und Ende des menschlichen Lebens und zum Naturrecht, also explizit ethisch umstrittene Themen, zu den nicht diskutierbaren Fundamenten des Glaubens zählt.

Mit modernen Mitteln soll der moderne Mensch demnach wieder an die Fundamente seiner selbst geführt werden, wobei diese für Benedikt XVI. freilich mit denen der römisch-katholischen Kirche identisch sind.

Dr. Paul Metzger

*Hinweis der APD-Redaktion: Dr. Paul Metzger ist Catholica-Referent am Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes in Bensheim.*

---

# Castros Tochter spricht an adventistischer Universität über ihr Land

Collegedale, Tennessee/USA, 22.10.2010/APD Alina Fernandez erinnert sich noch an ihre Kindheit, als an einem Vormittag im Januar 1959 auf dem Fernsehschirm in Kuba die Zeichentrickfilme mit Micky Maus und Donald Duck verschwanden und stattdessen Männer in Uniformen auftauchten. Die uneheliche Tochter des früheren kubanischen Staatschefs Fidel Castro äußerte sich vor über 1.500 Studenten der Southern Adventist University in Collegedale, Tennessee/USA, kritisch über ihren Vater und das dortige kommunistische Regime.

Ihre Mutter Natalia sei nicht die erste aus ihrer Familie gewesen, die Kuba verlassen habe. 1964 wären ihr Stiefvater und ihre Stiefschwester in die Vereinigten Staaten geflohen, berichtete Alina Fernandez. Wer dem Inselstaat den Rücken kehrte, sei von dem Regime als „Verräter“ angesehen worden. „Eine von Kubas Tragödien ist, dass jeder zum Feind wird, der nicht so denkt, wie er denken soll; und er wird dann auch als Feind behandelt.“ Als sie heranwuchs, sei ihr bewusst geworden, wie sehr sich ihr Land verändert habe. „Die Religion verschwand und das kulturelle Leben erhielt einen schweren Schlag“, beklagte Fernandez.

1989 habe sie dann offen bekannt, dass sie mit der herrschenden politischen Meinung nicht einverstanden wäre. Vier Jahre später sei ihr die Flucht gelungen. Sie habe aber ihre 16-jährige Tochter zurücklassen müssen. Doch aufgrund des Medienechos und internationalem Druck hätte ihre Tochter einige Wochen später zu ihr ausreisen dürfen. Für Fernandez,

die jetzt in Florida lebt, sei es ermutigend, dass es Menschen gebe, die sich für Kuba interessierten. „Denn wir brauchen alle Solidarität und Hilfe, die wir nur bekommen können.“ Sie habe keinen Zweifel, dass sich die Verhältnisse in ihrem Land ändern würden, sie wisse allerdings nicht, wann.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Wintersemester mit 39 neuen Studenten in Friedensau**

Friedensau bei Magdeburg, 21.10.2010/APD 39 neue Studentinnen und Studenten nahmen im Wintersemester 2010/2011 ihr Studium an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg auf. Damit sind dort insgesamt 161 Studierende, 19 mehr als im Vorjahr, eingeschrieben. 56 haben Theologie und 105 Sozialwissenschaften belegt. Zusätzlich gibt es noch 22 im Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ und einen Gasthörer. Von den 161 Studierenden kommen 43 aus insgesamt 23 Ländern. Aufgrund der Bemühungen um die Integration von ausländischen Studenten und Wissenschaftlern erhielt die Hochschule den Integrationspreis 2010 der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt.

Die 1899 gegründete Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts



Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – neun Semester), Master of Arts Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester) und Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Freikirchen: Kinder sind vor Gewalt zu schützen**

Frankfurt am Main/Ostfildern bei Stuttgart, 20.10.2010/APD  
In der am 17. Oktober ausgestrahlten Fernsehtalkshow „Tacheles“ sagte der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Professor Dr. Christian Pfeiffer, unter Bezug auf eine Studie aus seinem Haus, dass Kinder aus evangelischen Freikirchen besonders häufig körperliche Züchtigung erlitten. Auf Rückfrage der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), die zum breiten Spektrum der evangelischen Freikirchen gehöre, habe Professor Pfeiffer bestätigt, dass aufgrund der Studie des KFN keine spezifischen Aussagen über die zur VEF gehörenden Freikirchen möglich seien. Die Größenordnung, in der die Mitgliedskirchen der VEF hier betroffen sein könnten, bleibe daher vage, teilte die VEF mit.

Rosemarie Wenner, Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche und Vorsitzende der VEF brachte ihre Betroffenheit zum Ausdruck: „Wir sorgen uns darum, wie es Kindern und Jugendlichen in unseren Kirchen und Familien ergeht. Wenn Eltern in unseren Gemeinden die Treue zur Bibel derart missverstehen würden, dass sie Kinder prügeln, gäbe es dringend Handlungsbedarf, zumal unsere evangelischen Freikirchen sich sehr stark in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien engagieren.“

Einige der VEF-Mitgliedskirchen hätten, laut Bischöfin Wenner, bereits seit längerer Zeit für alle Mitarbeiter in Kinder- und Jugendgruppen einen Verhaltenskodex in Verbindung mit einer Selbstverpflichtung formuliert, die jede Art von Gewalt ausdrücklich ausschließe. Handreichungen, Schulungen und Beratungsstellen ergänzten diese Initiativen. Auch wenn in keiner der VEF-Kirchen Gewalt legitimiert und als Erziehungsprinzip oder zum Lösen von Konflikten theologisch begründet werde, müsste alles getan werden, um für Transparenz und Aufklärung zu sorgen, wo es in Einzelfällen Verstöße gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit gebe. Das Präsidium der VEF habe dazu erklärt: „Der Prozess der selbstkritischen Überprüfung hat zu jeder Zeit in allen VEF-Kirchen zu erfolgen, um dem unbedingten Schutz aller Kinder und Jugendlichen vor jeder Form von Gewalt mit aller Aufmerksamkeit zu entsprechen.“

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wolle, so Rosemarie Wenner, Fehlinterpretationen der Bibel entgegenwirken, wonach körperliche Züchtigung ein zeitlos gültiges Mittel zur Erziehung sei. Hierzu wären genauere Studien notwendig, die von der VEF unterstützt würden.

Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), Vorsitzender der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, wies darauf hin, dass beim Thema Missbrauch meist nur an sexuelle Gewalt gedacht werde. Doch es gebe zudem einen körperlichen und emotionalen Missbrauch, der die von Gott

gegebene Würde des Menschen verletze. „Auch Kinder werden durch Schläge in ihrer Persönlichkeit herabgesetzt.“ Körperliche Züchtigung sei ein billiges und fragwürdiges Mittel der Erziehung. Aufwändiger, aber wirksamer und anhaltender, wären dagegen Gespräche, um ein Kind zur Einsicht zu führen. Gewalt erzeuge Gegengewalt und löse Probleme nicht. Deshalb wende sich die Freikirche auch gegen den Missbrauch von Kindern durch prügeln.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Adventisten wollen in Australien Alkoholverkauf an Jugendliche erst ab 21**

Melbourne/Australien, 19.10.2010/APD Da der Alkohol in Australien das größte Drogenproblem und der Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen weit verbreitet ist, fordert die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten das Jugendschutzalter auf 21 statt 18 Jahre heraufzusetzen. Die 174 Delegierten der 55.000 Adventisten in Australien beauftragten ihre Kirchenleitung, sich bei den staatlichen Behörden für die Erhöhung des Jugendschutzalters einzusetzen, sodass alkoholische Getränke nur an Personen über 21 Jahre verkauft werden dürften.

Shane Varcoe, Direktor des Dalgarno-Instituts, das seit 150 Jahren in der Alkoholprävention tätig ist, informierte die

Delegierten vor der Abstimmung über Studien, die zeigten, dass Alkoholkonsum vor dem Abschluss der Gehirnentwicklung mit ungefähr 25 Jahren gefährlich sei.

Der im August veröffentlichte Bericht „Umfang und Ausmaß des Leids, das Alkohol andern zufügt“ der Stiftung für Umgang mit Alkohol und Rehabilitation (Alcohol Education and Rehabilitation Foundation), belege das Ausmaß des Schadens, den der Alkoholkonsum in der australischen Gesellschaft verursache, sagte David Gibbons, Kommunikationsabteilungsleiter der Freikirche in Australien.

Viele Studien, die in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt wurden, hätten ergeben, dass 22 Prozent der dortigen Teenager mindestens wöchentlich trinken würden. Über ein Viertel der 14 bis 19-Jährigen habe sich während der letzten zwölf Monate durch Alkoholkonsum mindestens monatlich dem Risiko von alkoholbedingten Schäden ausgesetzt, wobei Mädchen anteilmäßig mehr betroffen wären als Jungen. Untersuchungen hätten ergeben, so Gibbons, dass gerade bei Jugendlichen der Erwerb von Alkohol und dessen Konsum mit den alkoholbedingten Problemen zusammenhängen. Verkaufseinschränkungen seien daher eine wirksame Präventionsmaßnahme.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten rät ihren Mitgliedern vom Alkoholkonsum ab. Adventisten leben seit mehr als 100 Jahren überwiegend abstinent.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Die Zukunft im Blick

Mainz/Alsbach-Hähnlein, 18.10.2010/APD In der Sendereihe des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) „Menschen – das Magazin“ stellt Bettina Eistel am 23. Oktober von 17.45 bis 18 Uhr zwei Menschen mit einer Behinderung vor, die ihre Zukunft fest im Blick haben.

Katharina Kirch ist ehrgeizig. Sie studiert Kultur und Medienpädagogik an der Fachhochschule Merseburg, hat bereits ein Fernseh-Praktikum absolviert und macht jetzt ein sechsmonatiges Praktikum im Bundestag. Dabei ist sie ständig auf Assistenz angewiesen. Denn die angeborene Stoffwechselerkrankung Mukopolysaccharidose führt bei ihr zu zahlreichen körperlichen Einschränkungen.

Auch Carina Kühne versucht trotz ihrer Behinderung den erfolgreichen Start ins Arbeitsleben. Die 25-Jährige mit Down-Syndrom macht derzeit ein Praktikum bei der International Preschool in Seeheim bei Darmstadt. Nebenbei liest sie für die Blindenbücherei des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt.

Vor Jahren hatte Carina Kühne bereits mit ihrem Onkel und damaligen Leiter der Blindenhörbücherei, Pastor Helmut Kraus, mit viel Kreativität den regelmäßigen Oster- und Weihnachtsgruß mitgestaltet. Für die ZDF-Sendereihe las sie im Aufnahmestudio der „Stimme der Hoffnung“ einen eigenen Text vor. „Leiden tue ich eher unter der Ablehnung meiner Mitmenschen als unter der Chromosomenanomalie“, gab sie zu bedenken.

Seit Gründung der Blindenhörbücherei im Jahr 1964 will die Einrichtung Menschen mit Sehbehinderung eine Hilfe sein und deren Alltag bereichern. Täglich werden in den Studios des Medienzentrums christliche Zeitschriften und Bücher auf

unterschiedliche Tonträger gesprochen. Über 42.000 CDs und Tonbandkassetten gehen jährlich ohne Ausleihgebühren oder Mitgliedsbeitrag portofrei an mehr als 3.500 sehbehinderte und blinde Abonnenten.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **In Österreich werden Kirchen künftig leichter anerkannt**

Wien/Österreich, 17.10.2010/APD Der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat die bisher vorgeschriebene 20-jährige Wartezeit für Religionsgemeinschaften gekippt. Nach den bisher geltenden Bestimmungen muss eine religiöse Gruppe oder Gemeinschaft 20 Jahre lang eine Religion ausüben und seit zehn Jahren als religiöse Bekenntnisgemeinschaft registriert sein, bevor sie in Österreich als Religionsgemeinschaft anerkannt wird.

Der Verfassungsgerichtshof hat jetzt die Bestimmungen des § 11 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften (BGBl. I 19/1998) als verfassungswidrig aufgehoben, die ohne Ausnahme zwanzig-beziehungsweise zehnjährige Fristen vorsehen bevor es überhaupt zu einer Anerkennung als gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaft kommen kann.

Solche ausnahmslosen Wartefristen widersprechen dem Recht auf Nichtdiskriminierung im Bereich der Religionsausübung. Der

VfGH hat dem Gesetzgeber eine Reparaturmöglichkeit bis zum 30. September 2011 eingeräumt.

Die Klage hatten der „Bund Evangelikaler Gemeinden“ und die „Mennonitische Freikirche“ eingebracht. Beide Religionsgemeinschaften können dennoch von dieser Änderung nicht profitieren, denn eine weitere Bestimmung, wonach eine Mindestzahl an Anhängern – zwei Promille der Bevölkerung, also rund 16.000 Menschen – für die Anerkennung notwendig ist, bleibt bestehen. Diese Hürde könnten zahlenmäßig nur die Aleviten schaffen. Für die rund 60.000 Aleviten in Österreich vergrößert das Urteil des VfGH die Chancen, bald als eigenständige Religionsgemeinschaft in Österreich anerkannt zu werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Predigtpreis 2010 geht an Vikarin**

Bonn, 16.10.2010/APD Der zum 11. Mal vergebene ökumenische Predigtpreis des Verlags für die Deutsche Wirtschaft AG (Bonn) geht 2010 in der Kategorie „Beste Predigt“ an Anja Siebert (35). Die Vikarin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) wird für eine Predigt über Johannes 12,12-19 ausgezeichnet, die sie am Palmsonntag 2009 in der Matthäuskirche in Berlin-Steglitz gehalten hat. Frau Siebert ist auch Theologische Referentin des Präsidiums der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie von Katrin Göring-Eckardt, Präses der Synode.

Den Sonderpreis in der Kategorie „Beste Predigt für nichtkirchliche Anlässe“ erhalten Emilia Handke (24), die in Halle Theologie studiert, und Monika Lehmann-Etzelmüller (41), Pfarrerin der Evangelischen Kirche in Baden in Hemsbach an der Bergstraße. Frau Handke hielt ihre Predigt über Engel in Anlehnung an Matthäus 1,18-23 im Rahmen des Homiletischen Hauptseminars „Erzählend predigen“ an der Universität Halle. Frau Lehmann-Etzelmüller predigte am Volkstrauertag 2009 anlässlich der Kranzniederlegung am Ehrenmal in Hemsbach über Psalm 56,9.

Die Entscheidung in der Kategorie Lebenswerk war bereits im Frühjahr bekannt gegeben worden: Ausgezeichnet wird der langjährige römisch-katholische Bischof von Innsbruck, Dr. Reinhold Stecher. Der 1921 in Innsbruck geborene Theologe war unter anderem Religionsprofessor an der Lehrerbildungsanstalt Innsbruck, Professor für Religionspädagogik an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien sowie Spiritual am Priesterseminar der Diözesen Innsbruck und Feldkirch. 1981 wurde er in Innsbruck zum Bischof geweiht. Dieses Amt hatte er bis 1997 inne.

Mit dem 2000 erstmals ausgelobten Predigtpreis will der Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG die Redekunst in den Kirchen fördern. Die Preisverleihung findet am Buß- und Betttag, Mittwoch, 17. November 2010, in der Bonner Schlosskirche (Universitätskirche) statt. Die nicht dotierte Auszeichnung besteht aus einer Bronzeskulptur.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---



# Neuer Präsident des adventistischen Hilfswerkes ADRA International

Silver Spring, Maryland/USA, 15.10.2010/APD Der Vorstand der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International wählte am 12. Oktober Dr. Rudi Maier zum neuen Präsidenten und Geschäftsführer des internationalen Hilfswerkes der Siebenten-Tags-Adventisten. Er löst Charles Sandefur ab, der über acht Jahre lang die kirchliche Hilfsorganisation leitete.

Maier ist seit der Gründung von ADRA International im Jahr 1984 deren vierter Präsident und bringt eine breite Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit mit. Als Professor für internationale Entwicklungsprogramme war er über 20 Jahre an der adventistischen Andrews Universität, Berrien Springs, Michigan/USA, tätig. Dort führte er als Spezialist für Dorfentwicklung und interkulturelle Zusammenarbeit entsprechende Studien durch. Gleichzeitig hat er Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen in Asien, Afrika, Lateinamerika und der früheren Sowjetunion in der Entwicklungszusammenarbeit beraten und entsprechende Programme evaluiert. Von 1981 bis 1988 war er bereits für ADRA tätig und baute die Monitoring- und Evaluationsstruktur zur Projektkontrolle auf.

Der in Deutschland geborene Rudi Maier wirkte unter anderem in Pakistan und Sri Lanka, promovierte in Soziologie und Entwicklungszusammenarbeit und erlangte einen Master of Arts (MA) an der Universität Chicago für südasiatische Sprachen und Kulturen. Er ist mit Ehefrau Hille verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA

(Adventist Development and Relief Agency) ist die weltweite Organisation der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. ADRA unterhält ein Netzwerk von etwa 110 regionalen und nationalen Büros und gewährt Hilfe ohne Rücksicht auf politische und religiöse Anschauung oder ethnische Herkunft. 2008 führte ADRA weltweit 2.242 Projekte im Gesamtwert von 229 Millionen Euro durch, die über 35 Millionen Menschen zugute kamen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Weltweit 430 Millionen biblische Schriften verbreitet**

Reading/Stuttgart, 14.10.2010/APD Die Bibelgesellschaften haben im Jahr 2009 weltweit über 430 Millionen Bibeln, Neue Testamente und andere biblische Schriften verbreitet. Das bedeutet für das Vorjahr eine Steigerung um 10,25 Prozent gegenüber 2008, teilte der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies/ UBS) in Reading/England im jährlichen „Scripture Distribution Report“ mit.

Die Zahl der verbreiteten Bibeln stieg weltweit von 28,4 Millionen auf 29,3 Millionen. Außerdem verbreiteten die Bibelgesellschaften 11,2 Millionen Neue Testamente und 15 Millionen Einzelschriften, wie Evangelien oder Psalmen. Verbreitet wurden außerdem unter anderem 28 Millionen

biblische Auswahlchriften in einfacher Sprache für Leselern-Projekte mit der Bibel.

Mit 335 Millionen biblischen Schriften führen die Länder Nord- und Südamerikas die Statistik an, gefolgt von Asien und Australien mit gemeinsam 78 Millionen. Auf Afrika entfallen rund 14 Millionen Bibeln, Neue Testamente und andere biblische Schriften. An vierter Stelle stehen Europa und der Nahe Osten. Dort wurden insgesamt 5,8 Millionen Schriften verbreitet.

Ein großer Teil der Bibeln, Neue Testamente und Schriften wird nach Angaben der UBS kostenlos oder vergünstigt abgegeben. Dies wird in Deutschland durch Spenden für die Aktion Weltbibelhilfe der Stiftung Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart, gefördert. Zusätzlich verbreiteten die Bibelgesellschaften die Heilige Schrift in elektronischen Medien, wie Hörbüchern, Filmen oder Computer-Software. Der Vertrieb von 528.000 Exemplaren dieser neuen Medien 2009 bedeutete gegenüber 2008 eine Steigerung um 31 Prozent.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Volkszählung 2011 mit Detailfragen zur Religion**

**Erfasst wird nicht nur die Religionszugehörigkeit, sondern auch das Bekenntnis zu einer Glaubensrichtung**

Berlin, 13.10.2010/APD Die Volkszählung in Deutschland

erfasst im Mai 2011 nicht nur die Religionszugehörigkeit, sondern auch das Bekenntnis zu einer Glaubensrichtung. Die Angabe, zu welcher Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung sich der Befragte bekenne, sei allerdings als einzige in dem Fragebogen freiwillig, berichtet die Agentur Kathpress.

Wie Sabine Bechtold vom Statistischen Bundesamt kürzlich in Berlin erläuterte, gibt es im Zensus-Fragebogen folgende Ankreuzmöglichkeiten bei der Bekenntnisfrage: Christentum, Judentum, Islam (unterschieden nach sunnitisch, schiitisch und alevitisch), Buddhismus, Hinduismus, Sonstige sowie „Keiner Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung“.

Das Statistische Bundesamt erhoffe sich durch die Frage nach dem religiösen Bekenntnis auch konkretere Angaben zur Zahl der Muslime in Deutschland. Da der Islam, anders als die rechtlich verfassten Kirchen und Religionsgemeinschaften, keine offizielle Mitgliedschaft kenne, sei er bislang nicht statistisch erfasst worden.

Entsprechend tauche er auch bei der Volkszählung nicht als eigenständiger Punkt unter der Frage „Welcher Religionsgesellschaft gehören Sie an?“ auf. Hier würden nur genannt: Römisch-katholische Kirche, Evangelische Kirche, Evangelische Freikirchen, Orthodoxe Kirchen, Jüdische Gemeinden und Sonstige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft. Muslime müssten hier ankreuzen: „Keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft“.

Im Rahmen der Volkszählung sollen erstmals nur zehn Prozent der Bevölkerung direkt befragt werden. Wer für die Stichprobe ausgewählt wurde, erhält vorab ein Informationsschreiben und ist verpflichtet, den Fragebogen auszufüllen.

Auch bei der Volkszählung 1987 hatte die deutsche Bundesregierung die Religionszugehörigkeit erheben lassen. Die Europäische Union, die verschiedene Fragen für den europaweit

alle zehn Jahre laufenden Zensus vorgibt, schrieb das Merkmal Religion nicht verbindlich vor. Zuletzt fand eine Volkszählung in der Bundesrepublik 1987 statt, in der DDR 1981.

Nach Schätzungen der Bundesregierung entstehen für Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 Kosten von insgesamt 710 Millionen Euro.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit: Religionen müssen Kritik aushalten**

Nürnberg, 12.10.2010/APD Religionsvertreter müssen nach Ansicht des deutschen Menschenrechtsexperten Heiner Bielefeldt die Kritik von Medien aushalten. „Ohne Meinungsfreiheit gibt es auch keine Religionsfreiheit“, sagte er gemäß epd Ende September während einer Tagung in Nürnberg, die sich mit der Thematik „Medien-Macht und Religionen“ befasste.

Religiöse Empfindlichkeiten dürften daher kein Grund für Einschränkungen der Medienfreiheit sein. Religionen hätten gegenüber Journalisten kein Anrecht auf besondere Schonung, wohl aber auf Fairness, betonte Bielefeldt. Er warnte davor, sensible Themen wie Zwangsverheiratung, Burka, Ehrenmord oder sexuellen Missbrauch zu tabuisieren.

Der 1958 geborene deutsche Theologe, Philosoph und Historiker

ist Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und leitet das Deutsche Institut für Menschenrechte. Seit Juni 2010 ist Bielefeldt Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit des UN-Menschenrechtsrates, mit Sitz in Genf. Das Amt übt der Menschenrechtsexperte ehrenamtlich aus.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) umfasse die Meinungsfreiheit auch Äußerungen, „die den Staat und einen Teil der Bevölkerung beleidigen, schockieren oder verstören“, erklärte Bielefeldt.. Seine Grenze finde dies nur bei Aufrufen zu Hass und Gewalt.

Muslimische Tagungsteilnehmer forderten die Journalisten auf, bei der Islam-Berichterstattung den Rat und die Erfahrung der islamischen Verbände in Anspruch zu nehmen. Journalisten seien lange Zeit mit vorgefassten Meinungen an die Arbeit gegangen, beklagte der Dialogbeauftragte der türkisch-islamischen Religionsvereinigung DITIB (Köln), Bekir Alboga. Erst die Islamkonferenz habe „eine Welle junger Journalisten geschaffen, die von uns ernsthaft etwas wissen wollen“.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**"Ohne Montagsdemonstration  
keine kirchlichen Hochschulen**

# in der DDR“

## Hochschule Friedensau verleiht 28 Absolventen akademische Grade

Friedensau bei Magdeburg, 11.10.2010/APD „Was habe ich schon getan?“ Diese Frage stellte Professor Dr. Dr. Hans-Joachim Meyer als er gebeten wurde, die Festansprache zur Verleihung der akademischen Grade der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten am 10. Oktober zu halten. Der Rektor der Hochschule, Professor Johann Gerhardt, erinnerte bei der Begrüßung des Festredners, dass Meyer von April bis Oktober 1990 im Kabinett de Maizière Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR war. In dieser Eigenschaft habe er am 15. September 1990 die Urkunde zur staatlichen Anerkennung von Friedensau als Hochschule unterschrieben.

Außerdem hob Gerhardt hervor, dass der von 1990 bis 2002 amtierende Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst selbst 1958 als Christ wegen „mangelnder Verbindung zur Arbeiterklasse“ an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam exmatrikuliert wurde. Nachdem er im VEB Lokomotivbau Potsdam-Babelsberg gearbeitet hatte, konnte er an der Berliner Humboldt-Universität Anglistik und Geschichte studieren und als Diplom-Philologe abschließen. 1971 promovierte er zum Dr. phil. und 1981 folgte die Habilitation. Seit 1985 war er außerordentlicher Professor für angewandte Sprachwissenschaften an der Humboldt-Universität.

In seiner Festansprache betonte Professor Meyer, dass es ohne die große Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989, welche die Sicherheitskräfte nicht gewaltsam beenden wollten, keine staatliche Anerkennung kirchlicher Hochschulen gegeben hätte. Durch das Zurückweichen des Staates und weiterer Großdemonstrationen sei der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 die Folge gewesen. Seit dieser Zeit habe in der

DDR das Thema Bildung zu den stark diskutierten Bereichen gehört. Es sollte jetzt auch Schulen und Hochschulen in Freier Trägerschaft geben. Deshalb wäre es notwendig gewesen, eine vorläufige Hochschulordnung zu schaffen, da sich die neuen Bundesländer nicht sofort um das Hochschulwesen hätten kümmern können.

Als Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR sei es für Meyer eine „Ehrenpflicht gewesen, das Unrecht zu beseitigen, welches den kirchlichen theologischen Ausbildungsstätten zugefügt worden war“. Obwohl diese Seminare ein mit den staatlichen Universitäten vergleichbares Bildungsniveau gehabt hätten, seien deren akademische Grade nicht vom DDR-Staat anerkannt worden. Deshalb stelle auch das Inkrafttreten der vorläufigen Hochschulordnung am 18. September 1990 ein wichtiges Datum dar; ebenso der 3. Oktober 1990 als Tag der Deutschen Einheit.

Warum werde nur in Friedensau an das 20-jährige Jubiläum der staatlichen Anerkennung als Hochschule gedacht?, fragte Meyer. Die Antwort: „Friedensau ist die einzige damals staatlich anerkannte theologische Einrichtung, die heute noch besteht.“ Die evangelischen und katholischen theologischen Seminare seien in der DDR als „Schöpfungen in der Not“ gegründet worden. Nach der Deutschen Einheit habe diese Not nicht mehr bestanden und sie hätten sich mit den staatlichen theologischen Fakultäten vereinigt und sie dadurch bereichert. Friedensau sei dagegen keine Notgründung in DDR-Zeiten gewesen, sondern bestehe bereits seit 1899. Die Bildungsstätte habe stets ihre Eigenständigkeit bewahren können. Wichtig sei jedoch, dass eine theologische Einrichtung in die Gesellschaft hineinwirke und nicht abgehoben von der Gesellschaft nur für sich existiere.

Rektor Gerhardt dankte Professor Meyer für seine Worte und betonte, dass es in Friedensau nicht nur einen Fachbereich gebe. Zur Hochschule gehöre von Anfang an neben Theologie der Fachbereich Christliches Sozialwesen, der heute die meisten



Studenten umfasse. Es könne nicht darum gehen, in einem abgeschiedenen „Elfenbeinturm“ zu studieren, sondern eine Hochschulbildung müsse in der Gesellschaft verwurzelt sein. Hierbei würden sich in Friedensau Theologie und Sozialwesen gegenseitig bereichern.

Die Theologische Hochschule verlieh 28 Absolventen des Studienjahres 2009/2010 die akademischen Grade Bachelor of Arts in Theology, Master of Arts in Theology, Diplom-Theologe und erstmals den Master of Arts in Theological Studies. Außerdem: Bachelor of Arts in Social Work, Master of Arts in Counseling, Master of Arts in International Social Sciences und Master of Arts in Sozial- und Gesundheitsmanagement. Die Absolventen kommen aus Deutschland, Brasilien, Serbien, den Philippinen und Tansania. An der Hochschule sind rund 190 Studenten immatrikuliert.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **"Stimme der Hoffnung" Mitglied der TYP03 Association**

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 10.10.2010/APD Die Internetabteilung des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein ist in die TYP03 Association als Mitglied aufgenommen worden.

Im November 2004 hatte eine Personengruppe der TYP03-

Gesellschaft eine gemeinnützige Organisation unter dem Namen „TYP03 Association“ mit dem Ziel gegründet, die Transparenz und Effizienz der verschiedenen Aspekte des TYP03 Projektes zur Entwicklung von Internetseiten zu verbessern und deren Entwicklung auf eine kontinuierliche solide Basis zu stellen.

Die „Stimme der Hoffnung“ bringe eine langjährige Projekterfahrung mit TYP03 in die Zusammenarbeit ein, habe sie doch bereits viele Webseiten mit dem Content Management System bis heute entwickelt, betonte Sascha Schuster, Leiter der Internetabteilung. „Mit der Mitgliedschaft hat sich das Medienzentrum zur Aufgabe gesetzt, die Weiterentwicklung des quelloffenen und lizenzkostenfreien TYP03 zu unterstützen und zu fördern.“

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Kein Raum in der Herberge Europa?**

**Evangelische Kirche in Deutschland thematisiert Asylfrage zum Tag der Menschenrechte**

Hannover, 08.10.2010/APD Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat ein neues Materialheft zum „Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember herausgegeben. Unter dem Titel „Kein Raum in der Herberge Europa?“ wird in diesem Jahr die Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union behandelt. Neben juristischen Hintergründen zu den menschenrechtlichen Problemen bietet das Heft liturgische

Bausteine, die sowohl für einen eigenen thematischen Gottesdienst als auch zur punktuellen Gestaltung an einem der Adventssonntage geeignet sind.

Angesichts der angespannten humanitären Situation in den südlichen Grenzländern der EU fordere die EKD schon länger den Zugang zu einem fairen und effektiven europäischen Asylverfahren, das darüber hinaus solidarische Instrumente mit denjenigen Mitgliedstaaten bereithält, deren Asylsysteme überlastet seien, schreibt das EKD-Kirchenamt. Die neue Handreichung wolle ermutigen, sich im Advent mit einem unbequemen und erschütternden Thema zu beschäftigen – in der Zuversicht, dass sich dadurch auch Wege eröffnen zum Wunder der Menschwerdung Gottes, so der Referent für Menschenrechte und Migration im EKD-Kirchenamt, Oberkirchenrat Thorsten Leisser.

Im Vorwort der Publikation heißt es weiter: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. So lautet der erste Satz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die besondere Menschenwürde ist unteilbar und gilt allen Menschen, auch denen auf der Flucht vor Hunger, Umweltkatastrophen und Kriegen. Und sie gilt denen, die sich aufmachen, ihre Heimat verlassen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben und auf Arbeit.“

Das Materialheft wurde in Kooperation mit verschiedenen evangelischen Landeskirchen und dem Hildesheimer Zentrum für Qualitätsentwicklung im Gottesdienst erarbeitet. Es steht im Internet zum Download bereit unter [www.ekd.de/menschenrechte](http://www.ekd.de/menschenrechte) und kann kostenlos beim Kirchenamt der EKD, E-Mail: [menschenrechte@ekd.de](mailto:menschenrechte@ekd.de), bestellt werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Das Erbe des Reformators Calvin in den Freikirchen

Erzhausen bei Darmstadt, 07.10.2010/APD Die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) im elsässischen Schloss Liebfrauenberg befasst sich am 22. und 23. Oktober mit dem Thema „Rezeption der oberdeutsch-schweizerischen Reformation in den Freikirchen“. Dabei geht es um das Erbe Calvins in den Freikirchen. Während in der mitteldeutschen Reformation Martin Luther auch als Person dominant im Mittelpunkt stand und sich spätere Entwicklungen immer an seiner Person orientierten, tritt Johannes Calvin als Mensch hinter seinem Werk weit zurück. Das mag einer der Gründe gewesen sein, warum sich der zweite Strang der Reformation nach dem Tod Calvins weitläufig ausbreitete und global gesehen in seiner Wirkung erfolgreicher als die Wittenberger Reformation war. Calvins Gedanken und Ideen fanden auch in den Freikirchen Verbreitung. Weitere Informationen zur Herbsttagung sind im Internet unter [www.freikirchenforschung.de](http://www.freikirchenforschung.de) zu finden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Türkei will angeblich 16 christliche Kirchen für Gottesdienste öffnen

Ankara/Türkei, 06.09.2010/APD Mit einer Lockerung der Genehmigungspflichten will die türkische Regierung offenbar die Freigabe der katholischen Paulus-Kirche (Pavlos Kilisesi) und anderer Gotteshäuser in der Türkei für Gottesdienste erleichtern, meldet die Nachrichtenagentur Kathpress. Nach einem Bericht der liberalen türkischen Tageszeitung „Milliyet“ sollen sich drei Ministerien bereits auf die Erleichterungen geeinigt haben, die für die Paulus-Kirche in Tarsus und 15 weitere Kirchen gelten sollen. Das Kulturministerium erklärte, eine endgültige Entscheidung stehe noch aus.

Laut Zeitungsbericht einigten sich Vertreter von Außen-, Innen- und Kulturministerium darauf, dass künftig keine ministerielle Genehmigung aus Ankara mehr notwendig sein soll, wenn Christen in den 16 Kirchen Gottesdienste wünschten; es müsse lediglich ein Antrag beim zuständigen Gouverneursamt gestellt werden.

Die Regierung hatte erst vor kurzem einen orthodoxen und einen armenischen Gottesdienst in alten Gotteshäusern Anatoliens genehmigt und dies als positive Geste an die Christen bezeichnet. Der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten (Diyanet), Ali Bardakoglu, sprach sich für eine dauerhafte Umwandlung der Paulus-Kirche von einem Museum in ein Gotteshaus aus, wie es von der katholischen Kirche seit langem gefordert wird.

Neben der Paulus-Kirche stehen laut „Milliyet“ Kirchen in Izmir und in Zentralanatolien auf der Liste der 16 Gotteshäuser, darunter die Peter-Kirche in Antakya und die Kirche des Heiligen St. Nikolaus bei Antalya.

Im ehemaligen orthodoxen Kloster Sümela in Nordostanatolien sowie in der alten armenischen Heilig-Kreuz-Kirche auf der Insel Akdamar am Van-See, wo vor kurzem Gottesdienste gefeiert wurden, soll künftig ein Gottesdienst pro Jahr erlaubt sein.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Syrische Regierung schließt christliche Hausgemeinden**

Damaskus/Syrien, 05.10.2010/APD Die syrischen Behörden haben im Norden des Landes mindestens acht evangelikale Hausgemeinden geschlossen, meldet die Nachrichtenagentur idea. Sie befinden sich unter anderem in der Hafenstadt Latakia sowie in Tartus, Homs und Wadi Al-Nasara. Nach einem Bericht der in Washington D.C./USA ansässigen christlichen Menschenrechtsorganisation International Christian Concern (ICC) handle es sich unter anderem um baptistische Gemeinschaften.

Die staatlichen Stellen begründeten ihr Vorgehen gegen die Hausgemeinden juristisch: Nach geltendem Gesetz dürften Christen nur in Gebäuden Gottesdienste feiern, die als Kirchen zu erkennen seien.

Die evangelikalen Hausgemeinden seien jedoch meist zu klein und finanzschwach, um sich solche Häuser leisten zu können. Sie mieteten vielfach Wohnungen und nutzten sie als Gottesdienststätten. Viele Evangelikale befürchteten, dass die

Durchsetzung des Gesetzes nur als Vorwand diene, um die Religionsausübung von Evangelikalern zu beschneiden.

Bisher habe die christliche Minderheit in Syrien laut ICC vergleichsweise große Religionsfreiheit genossen. Die Regierung gehe heute jedoch verstärkt gegen alle religiösen Aktivitäten vor, die sie als extrem einstufe. Das betreffe sowohl islamische als auch christliche Gruppierungen.

So ist beispielsweise die evangelische Kirche der Siebentags-Adventisten in Syrien seit Mitte der siebziger Jahre offiziell verboten. Das Gemeindezentrum in Damaskus wurde damals geschlossen und einige Pastoren und Gemeindeglieder inhaftiert.

Das Verbot der Freikirche entstand aufgrund falscher Anschuldigungen im Rahmen staatlicher Repressionen gegen angeblich „israelfreundliche“ Organisationen. Der Sonderberichterstatter der UN-Kommission für Menschenrechte, Dr. Abdelfattah Amor, hatte 1999 in seinem Bericht an die Vollversammlung der Vereinten Nationen unter den Menschenrechtsverletzungen auch das immer noch bestehende Verbot der adventistischen Kirche in Syrien angeführt.

Die erste Adventistengemeinde wurde 1893 in Aleppo gegründet. Später kamen Kirchgemeinden in Bezaq und Damaskus hinzu. Das inzwischen 35 Jahre dauernde Verbot hat dazu geführt, dass heute keine adventistischen Christen mehr in dem vorderasiatischen Land leben.

Bei den kleinen, familiären Hausgemeinden handelt es sich um das älteste Modell christlicher Gemeinden. Das Urchristentum begann mit Hausgemeinden oder Hauskirchen. In den ersten Jahrhunderten waren Hauskirchen schon deshalb üblich, weil es noch keine Kirchengebäude gab. Eine große Rolle spielen die Hauskirchen heute vor allem im chinesischen Christentum.

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entstand in der evangelikalischen Tradition eine so genannte

Hauskirchenbewegung, die Gemeinschaft von Christen in Alltagsnähe betont (Privathäuser) und dafür eine eigenständige Kirchenlehre entwickelt hat.

Die Arabische Republik Syrien wird sozialistisch-volksdemokratisch regiert; an der Spitze steht Präsident Bashar al-Assad. Etwa 72 Prozent der rund 20 Millionen Einwohner sind sunnitische Muslime, sechs Prozent Nusairier (Alawiten), vier Prozent Drusen und etwa 15 Prozent Christen. Das syrische Christentum setzt sich aus verschiedenen Gruppen zusammen: Griechisch-Orthodoxen, Melkiten, Armenisch-Gregorianischen, Syrisch-Orthodoxen, Syrisch-Katholischen, Armenisch-Katholischen, Maroniten, Assyrern, Chaldäern, Protestanten und Lateinern.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Evangelische und Baptisten wollen in Europa enger zusammenarbeiten**

Wien/Bern, 04.10.2010/APD Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE und die Europäische Baptistische Föderation EBF wollen enger zusammenarbeiten und ihre Beziehungen verbessern. Dazu haben die Generalsekretäre der GEKE und der EBF, Michael Bünker und Tony Peck, am 24. September in Rocca di Papa bei Rom eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Die beiden europäischen Bünde sind



nun „miteinander kooperierende Körperschaften“ (mutually cooperating bodies).

Die Europäische Baptistische Föderation umfasst 51 nationale Unionen in Europa sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen hat 105 lutherische, reformierte, unierte und methodistische Mitgliedskirchen in über dreißig Ländern in Europa und Südamerika. In vielen Ländern Europas bestehen bereits seit längerer Zeit formelle und informelle Beziehungen zwischen GEKE-Kirchen und EBF-Unionen; unter anderem in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden und der Tschechischen Republik.

In der während der Sitzung des EBF-Rates unterzeichneten Vereinbarung verpflichteten sich laut GEKE-Pressesprecher Thomas Flügge die beiden Körperschaften zu einer Reihe konkreter Schritte der Zusammenarbeit. So würden sich GEKE und EBF gegenseitig zu Ratssitzungen und Vollversammlungen einladen. Die Generalsekretäre und Stäbe sollen zu regelmäßigen Treffen zusammenkommen, ebenso werde der Informationsaustausch vertieft weitergeführt. Tagungen und Konsultationen sollten die verbindenden Elemente und Positionen weiter ausloten. Dazu gehöre auch die Fortsetzung des theologischen Dialoges, der bereits seit 1999 existiere. Die theologischen Unterschiede etwa in der Tauffrage seien bisher nicht ausgeräumt worden. Die Baptisten praktizieren die Glaubenstaufe und erkennen die Kindertaufe nicht an. Deshalb sei eine volle Mitgliedschaft der Baptisten in der GEKE nicht infrage gekommen, so Flügge.

EBF-Generalsekretär Tony Peck begrüßte die Vereinbarung als „klares Zeichen für eine tiefere Zusammenarbeit. Beide Zweige der Reformation können einander viel geben und viel voneinander empfangen.“ „Durch die Vereinbarung haben wir die gemeinsame Stimme des Protestantismus in Europa gestärkt“, bestätigte GEKE-Generalsekretär Michael Bünker.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Zur Freiheit befreit – 20 Jahre Deutsche Einheit**

Alsbach-Hähnlein, 03.10.2010/APD „Zur Freiheit hat uns Christus befreit!“ (Galater 5,1) Diesen Bibeltext haben Christen und Nichtchristen in der DDR buchstäblich erlebt. „Ein Wunder biblischen Ausmaßes“ nennt Pfarrer Christian Führer (Nikolaikirche Leipzig) die friedliche Revolution, „die erste, die uns Deutschen wirklich gelungen ist“. 70.000 DDR-Bürger waren am 9. Oktober 1989 nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche in Leipzig auf die Straße gegangen, mit Kerzen in den Händen und dem Ruf „Keine Gewalt!“ auf den Lippen. Die in 40 Jahren DDR perfektionierte Einschüchterung funktionierte nicht mehr; und auf 70.000 Menschen zu schießen – diese Verantwortung mochten selbst die hartgesottenen Stasi-Kommandeure nicht auf sich nehmen.

Schnell wuchs die Zahl der Demonstranten ins Gigantische, und am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Nun war die Politik am Zug. In einem Marathon aus Sitzungen, Gipfeltreffen, persönlichen Gesprächen und Abkommen gelang es in beispielloser Geschwindigkeit, bis zum 3. Oktober 1990 einen tragfähigen vertraglichen Rahmen für ein vereintes Deutschland zustande zu bringen. „Ohne Gottes Hilfe hätten wir es nicht geschafft“, stellte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl rückblickend tief beeindruckt fest, der eine wesentlich

längere Übergangsphase angesetzt hatte.

Die Bilanz nach 20 Jahren Einheit: „Im Westen haben sich ein paar Postleitzahlen und Autokennzeichen geändert, im Osten das ganze Leben“, so Christian Führer. Pastor Ralf Schönfeld, heute Kassel, vermutet: „Vielleicht dauert es wieder 40 Jahre, bis wirklich zusammen ist, was 40 Jahre getrennt war.“ Er meint: „Das Bedrückendeste nach 20 Jahren 'sozialer' Marktwirtschaft ist, dass nun in Gesamtdeutschland die Armen immer noch ärmer und die Reichen immer noch reicher werden.“ Die deutsche Einheit war zweifellos ein Wunder, das niemand für möglich gehalten hätte. Aber damit wirklich zusammenwächst, was zusammen gehört, gibt es noch viel zu tun. Packen wir's an!

Heidemarie Klingeberg

*Hinweis der APD-Redaktion: Heidemarie Klingeberg ist Mitarbeiterin beim Internationalen Bibelstudien-Instituts des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt.*

---

# Papst ruft zu regelmäßigem Bibelstudium auf

**„Bibel nicht Botschaft der Vergangenheit, sondern lebendiges Wort Gottes“**

Rom/Italien, 02.10.2010/APD Papst Benedikt XVI. hat die Gläubigen zur regelmäßigen und sorgfältigen Bibellektüre aufgerufen. Es sei von fundamentaler Bedeutung, dass jeder Christ persönlichen Kontakt zum Wort Gottes habe, sagte der Papst am 29. September während einer Audienz für die

Angestellten der päpstlichen Villen in seinem Sommersitz in Castel Gandolfo. Man dürfe die Bibel nicht als eine Botschaft der Vergangenheit auffassen, sondern müsse sie als lebendiges Wort Gottes und Herausforderung für den heutigen Menschen lesen, hob das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche hervor.

Benedikt XVI. erinnerte an den heiligen Hieronymus (347-419), dessen Hochfest die katholische Kirche am 30. September begeht. Wer die Bibel ignoriere, ignoriere Jesus Christus, zitierte Benedikt XVI. aus dem Werk des Heiligen. Dieser habe das Wort Gottes zum Mittelpunkt seines Lebens gemacht.

Der in der Nähe von Aquileia geborene Hieronymus überarbeitete die alte lateinische Übersetzung des Neuen Testaments und übertrug große Teile des Alten Testaments aus dem Griechischen und Hebräischen ins Lateinische. Seine Übersetzungen sind größtenteils in die sogenannte Vulgata eingegangen, die bis heute für die römisch-katholische Kirche maßgebliche lateinische Bibelübersetzung.

Bereits im Oktober letzten Jahres gab Papst Benedikt XVI. seiner Freude Ausdruck über das wachsende Interesse an der Bibel und über die vielen Bibelkreise in den Pfarreien. Anlässlich einer Audienz zum 100. Geburtstag des Päpstlichen Bibelinstituts (PIB) sagte er damals: „Dank dem Zweiten Vatikanischen Konzil und seiner Dogmatischen Konstitution ‚Dei Verbum‘ haben die Menschen viel stärker verstanden, wie wichtig das Wort Gottes im Leben und im Auftrag der Kirche ist. Das hat in den christlichen Gemeinschaften zu einer echten geistlich-pastoralen Erneuerung geführt – vor allem, was die Predigt betrifft, die Katechese, das Theologiestudium und den ökumenischen Dialog“.

Bibelwissenschaftler sollten „die Bibel dem Leben des Volkes Gottes näherbringen“, so der Papst weiter. Die Heilige Schrift könne „in dieser säkularisierten Welt mehr sein als die Seele der Theologie, nämlich eine Quelle der Spiritualität und des

Glaubens für alle, die an Christus glauben“. Benedikt nannte die historisch-kritische Methode der Bibelauslegung ausdrücklich „legitim und notwendig“, erinnerte aber auch an den „theologischen Charakter der Exegese“.

„Denn die Grundvoraussetzung für ein theologisches Verständnis der Bibel ist die Einheit der Schrift, und dieser Voraussetzung entspricht methodologisch die Analogie des Glaubens, also das Verständnis der einzelnen Texte vom Ganzen ausgehend. Das Konzil gibt auch einen weiteren Hinweis zur Methode: Das Volk Gottes, das in der Geschichte Träger der Schrift ist, ist eines, und eine einzige ist auch die Schrift. Wer sie also als Einheit liest, liest sie von der Kirche aus, ihrem Lebensort, und erkennt im Glauben der Kirche ihren wahren Interpretations-Schlüssel. Wenn die Exegese noch Theologie sein will, muss sie anerkennen, dass der Glaube der Kirche diese Form der ‚Sympathie‘ ist, ohne den die Bibel ein Buch mit sieben Siegeln bleibt,“ stellte das Kirchenoberhaupt fest.

Die Tradition verschließe nicht etwa den Zugang zur Schrift, sondern öffne ihn vielmehr. Das „entscheidende Wort bei der Interpretation der Schrift“ sei „Sache der Kirche,“ so der Papst.

Das Zweite Vatikanische Konzil verabschiedete im November 1965 die dogmatische Offenbarungskonstitution „Dei Verbum“ (DV) mit dem viel zitierten Appell zur Förderung der Bibelverbreitung: „Der Zugang zur Heiligen Schrift muss für die an Christus Glaubenden weit offen stehen“ (DV 22). Das Konzil mahnte im Dokument zum Bibellesen für die Gläubigen ganz allgemein (DV 25), die Priester (PO 13; 18), die Priesteramtskandidaten (OT 16), die Ordensleute (PC 6) und die Laien (AA 32).

Nach dem Zweiten Vatikanum entstanden in der römisch-katholischen Kirche zahlreiche biblische Initiativen, die versuchten, die Gläubigen mit der Heiligen Schrift vertrauter zu machen. Vor allem die Anerkennung der historisch-kritischen

Methode zur Erforschung der Bibel löste in den Jahren nach dem Konzil einen wahren Boom an entsprechender erklärender Literatur und erwachsenenbildnerischen Veranstaltungen aus.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **"Tag der offenen Moschee" am 3. Oktober**

**Islamrats-Vorsitzender fordert religiöse Aufklärung durch gläubige Muslime**

Berlin/Bonn, 01.10.2010/APD Über 530 deutsche Moscheen laden am Sonntag, 3. Oktober, zum „Tag der offenen Moschee“ (TOM) ein. Nach Angaben des verantwortlichen Koordinierungsrates der Muslime in Deutschland (KRM) wird mit rund 100.000 Besuchern gerechnet. Die muslimischen Verbände vermuten angesichts der Sarrazin-Debatte einen großen Aufklärungsbedarf und haben den diesjährigen TOM der aktuellen Bedeutung des Korans, der Heiligen Schrift des Islams, gewidmet.

„Die meisten, die über den Islam urteilen, kennen kaum einen gläubigen Muslim“, erklärte Ali Kizilkaya, der Vorsitzende des Islamrats und derzeitige KRM-Sprecher, bei der Pressekonferenz zum diesjährigen TOM. In offensichtlicher Anspielung auf den (mit staatsanwaltlichen Untersuchungen begründeten) Ausschluss des Islamrates aus der Deutschen Islamkonferenz beklagte er, dass man „über uns, nicht mit uns“ spreche. Für Kizilkaya ist daher die Gesellschaft gefragt, wie weit sie „Ausgrenzung und Rassismus“ dulde.

Aus Sicht des Islamwissenschaftlers Carsten Polanz vom Bonner Institut für Islamfragen (IfI), einer Einrichtung der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), seien persönliche Begegnungen wichtig. Dazu gehöre aber auf beiden Seiten auch die Bereitschaft, sich kritischen Fragen zu stellen.

Muslimische Vertreter dürften nicht jeder kritischen Frage mit dem Vorwurf des Rassismus und der Diskriminierung ausweichen. Auch die weit verbreitete Skepsis in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den zunehmenden großen Moscheebauten mit hohen Minaretten dürfe nicht von vornherein als Islamfeindlichkeit gewertet werden. Es gebe die berechtigte Sorge vor einer im Mehrheitsislam bisher fehlenden Trennung von Staat und Religion.

Die Moschee habe in der islamischen Geschichte in der Regel nicht nur als Ort des gemeinschaftlichen Gebets, sondern auch als gesellschaftspolitisches Zentrum gedient. Außergewöhnlich hohe Minarette oder die Benennung zahlreicher Moscheen nach al-Fatih, dem osmanischen Eroberer des christlichen Konstantinopel, würden in Deutschland eher im Sinne eines politischen Machtanspruchs als im Sinne des Willens zur Integration verstanden. Gesprächsbedarf gebe es auch bei der Frage nach dem schariadefinierten Verständnis der Menschenrechte.

Die zum „Tag der offenen Moschee“ herausgegebene Broschüre mit dem Titel: „Der Koran – 1400 Jahre, aktuell und mitten im Leben“ werfe wichtige Fragen auf. Die Publikation beschreibe das koranische Verständnis der verschiedenen Verantwortungsbereiche des Menschen. Auf dem Einladungsplakat seien dazu Koranverse abgebildet, in denen es unter anderem heißt, dass „Allah gebietet, Gerechtigkeit zu üben, Gutes zu tun und die Nahestehenden zu beschenken. Und er verbietet das Schändliche und Unrechte und Gewalttätige. Er ermahnt euch, euch dies zu Herzen zu nehmen.“ (Sure 16,90) Laut Broschüre richte sich der Koran mit seinen Geboten und Verboten „an die Vernunft des Menschen [...], um ihn ein würdiges und glückliches

Leben im Diesseits zu ermöglichen und ihn vor den Konsequenzen im Jenseits zu bewahren.“ Zugleich werde betont, dass sich der Muslim „im Klaren darüber [sei], dass ihm die Entscheidung für sein persönliches Handeln freigestellt ist“. An anderer Stelle werde jedoch betont, dass der Einzelne gegenüber der muslimischen Gemeinschaft (Umma) und der gesamten Menschheit die Verantwortung habe, das Gute (nach diesem Verständnis: den Islam) zu gebieten und vor Schlechtem (hier wohl gemeint: allem Nicht-islamischen) zu warnen. Gerade bei der Vermittlung dieses Bewusstseins solle die Moschee zusammen mit der Familie die zentrale Rolle übernehmen.

Nach Einschätzung von Polanz bleibe somit die Schlüsselfrage offen: Ist die Freiheit des Einzelnen den islamischen Werten und den jeweiligen Interessen der muslimischen Gemeinschaft untergeordnet? Welche Interessen haben im Konfliktfall den Vorrang, wenn zum Beispiel der einzelne Muslim sich von der islamischen Religion abwenden möchte oder deren Grundlagen kritisiert. In der von 57 Außenministern islamischer Staaten unterzeichneten „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ würden beispielsweise sämtliche Freiheiten des Menschen nur soweit garantiert, wie sie mit den Geboten und Verboten des islamischen Rechts übereinstimmten. Meinungsfreiheit bedeute dort beispielsweise „im Einklang mit den Normen der Scharia für das Recht einzutreten, das Gute zu verfechten und vor dem Unrecht und dem Bösen zu warnen.“

Die TOM-Broschüre formuliere teilweise auffallend ähnlich, wenn sie die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der muslimischen Gemeinschaft hervorhebt. Kritische Rückfragen der Mehrheitsgesellschaft an die muslimischen Gemeinschaften sind gerade kein Hindernis für die Integration von Muslimen, sondern dringend notwendige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft – nicht zuletzt am Tag der offenen Moschee, so Polanz.

Der „Tag der offenen Moschee“ fand erstmals 1997 auf Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD)



statt. Dem heute verantwortlichen KRM gehören neben dem ZMD auch die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamrat und der Verband der Islamischen Kulturzentren an. In den letzten Jahren haben auch die Moscheegemeinden der Islamischen Gemeinschaft Mili Görüs am TOM teilgenommen.

Die Wilmersdorfer Moschee ist die älteste Moschee Deutschlands. Sie wurde zwischen 1924 und 1928 im Berliner Stadtteil Wilmersdorf erbaut.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Bezug der ersten Übergangshäuser in Chile**

Weiterstadt bei Darmstadt, 01.10.2010/APD Über sechs Monate nach dem schweren Erdbeben in Chile konnte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in der Stadt Chillan die ersten einhundert Übergangshäuser übergeben. Damit endete für die Familien das Leben in Zelten und Notunterkünften. Die Holzhäuser sollen für die kommenden drei Jahre eine sichere Unterkunft auf 18 Quadratmetern bieten. Sie sind auf einer Betonplatte verankert und haben innen und außen verschaltete Wände mit einer Isolierung. Das Dach ist mit Wellblech, Dachpappe und einer innenliegenden Holzverkleidung dreifach gedichtet. Zwei gleich große Zimmer lassen eine beschränkte funktionale Trennung zu. Insgesamt baut das ADRA-Netzwerk eintausend dieser Häuser.

„Damit die Häuser nicht zur dauerhaften Siedlung werden, muss in den kommenden Jahren der Wiederaufbau funktionieren“, betonte Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher von ADRA Deutschland. Auch dabei werde ADRA mithelfen, denn viele Familien hätten nicht die finanziellen Voraussetzungen, ihr Leben aus eigener Kraft wieder zu normalisieren.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Medizinische Hilfe für Hochwassergeschädigte in Pakistan**

Shah Jamal/Pakistan, 30.09.2010/APD In den Überschwemmungsgebieten Pakistans konzentriert die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ihre Aktivitäten vor allem auf den Umkreis der Stadt Shah Jamal südlich von Muzaffargarh in der Provinz Punjab. Ein mobiles medizinisches Einsatzteam, bestehend aus einem Chirurgen, einem Kinderarzt und vier Pflegekräften, versorgt Kranke, richtet Ambulanzen für Reihenimpfungen ein und transportiert mit dem Ambulanz-Fahrzeug Schwerkranke in die noch funktionierenden Hospitäler. Ein von ADRA eingerichtetes Feldlazarett mit 15 Betten dient dem Team als zusätzlicher Stützpunkt. Dort befindet sich auch eine Apotheke. In der Gaffoor Fabrik nahe Shah Jamal entstand ein Notlager für durch das Hochwasser gewordene Obdachlose. Es wird von einem zweiten ADRA-Team betreut.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Vor 150 Jahren Namensgebung "Siebenten-Tags-Adventisten"**

Silver Spring, Maryland/USA, 29.09.2010/APD In ihren Gottesdiensten am 2. Oktober gedenken die Siebenten-Tags-Adventisten weltweit ihrer Namensgebung vor 150 Jahren. Während einer „Generalversammlung“ in Battle Creek, Michigan/USA, wurde nach langen Diskussionen am 1. Oktober 1860 beschlossen, der neuen Konfession den Namen „Seventh-day Adventist Church“ zu geben.

Seit 1831 verkündete der Farmer und baptistische Laienprediger William Miller (1782-1849), dass das Ende der Welt bevorstehe. Als für die sichtbare Wiederkunft Jesu mit dem 22. Oktober 1844 ein konkretes Datum genannt wurde, schlossen sich etwa 100.000 Menschen der „Millerbewegung“ an. Sie wurden jedoch enttäuscht, und die Bewegung zerfiel in mehrere Gruppen.

Das Kennzeichen einer dieser Gruppen war, dass bei ihr der Gottesdienst nicht am Sonntag, sondern am Samstag (Sabbat) gefeiert wurde. Der frühere Kapitän und damalige Laienprediger Joseph Bates (1792-1872) hatte den Sabbat bei den Siebenten-Tags-Baptisten kennengelernt und führte ihn 1845 anstelle des Sonntags in dieser Gruppe ein.

Während der „Generalversammlung“ vom 28. September bis 1. Oktober 1860 diskutierten die 25 Teilnehmer, ob sich die Gruppe überhaupt einen Namen zulegen sollte und gegebenenfalls

welchen? James White (1821-1881), Mitbegründer der adventistischen Kirche, und andere schlugen „Church of God“ (Kirche Gottes) vor. Doch diese Bezeichnung trugen schon damals eine Reihe von Glaubensgemeinschaften in den USA. David Hewitt, der 1852 von Joseph Bates getauft wurde, plädierte dagegen für „Siebenten-Tags-Adventisten“. Diesem Vorschlag stimmten schließlich die Mitglieder der „Generalversammlung“ am 1. Oktober 1860 zu. Im Mai 1863 folgte mit der Bildung einer „Generalkonferenz“ in Battle Creek, der heutigen adventistischen Weltkirchenleitung, die organisatorische Gründung der neuen Glaubensgemeinschaft.

Der Name „Siebenten-Tags-Adventisten“ weist auf die Feier des siebenten Wochentages, nach biblischer Zählung der Samstag, als Ruhetag (hebräisch „Sabbat“) hin. Der Begriff „Adventist“ (lateinisch „adventus“ – Ankunft) hebt hervor, dass es sich um Christen handelt, welche die Wiederkunft Jesu erwarten. Im Gegensatz zur „Millerbewegung“ haben die Siebenten-Tags-Adventisten jedoch dieses Ereignis nie zeitlich fixiert. „Die Bibel gibt uns keine Auskunft darüber, wann Christus kommen wird, wir glauben aber, dass es bald ist“, betonen sie.

Bei der Namensgebung 1860 gab es 2.500 Siebenten-Tags-Adventisten, die alle im Nordosten der USA und im Südosten Kanadas lebten. 150 Jahre später zählt die Freikirche über 16,3 Millionen erwachsen getaufte Mitglieder in 205 Ländern.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Kambodscha: Werbeverbote zur Förderung des Nichtrauchens

Phnom Penh/Kambodscha, 28.09.2010/APD „Die Tabakwerbung macht das Rauchen für Kinder attraktiv und erschwert es den Rauchern, aufzuhören“, sagte Mom Kong, Direktor der kambodschanischen Bewegung für Gesundheit.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO geben Raucher in Kambodscha im Durchschnitt neun Prozent ihres täglichen Einkommens für Tabakwaren aus. 48 Prozent der Männer über 15 Jahren sind Raucher. Die Raucherquote beträgt hingegen bei den Frauen, wie in den meisten Ländern Asiens, nur vier Prozent. Allerdings trägt diese Ziffer, da fast 20 Prozent der Frauen Tabak kauen.

„Das Werbeverbot ist eine wirksame Maßnahme, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen anfangen“, so Mom Kong. Für ihn sind die großflächigen und aufdringlichen Zigarettenplakate in den Städten ein Hauptgrund, weshalb die Kambodschaner Raucher sind und es bleiben.

Die kambodschanische Regierung hatte erst im Juli die lang erwarteten Maßnahmen zur Förderung des Nichtrauchens beschlossen. Hersteller von Zigaretten müssen demnach auf der Packung eine großflächige Gesundheitswarnung anbringen, und ab 2011 soll jegliche Werbung oder Verkaufsförderung von Zigaretten verboten werden.

Laut Kun Lim, Mitarbeiter bei British American Tobacco (BAT) in Kambodscha, unterstütze die Zigarettenindustrie die von der Regierung geplanten Werbeverbote im Fernsehen, Radio und auf Plakatwänden. BAT beherrscht mit einem Marktanteil von 35 Prozent das Tabakgeschäft des Landes. Die Tabakindustrie möchte aber weiterhin bei den Zigarettenverkaufsstellen werben können. „Zigaretten sind ein rechtmäßiges, legales Produkt, und wir sollten die entsprechende Freiheit haben, um mit

unseren Kunden an den Verkaufsstellen kommunizieren zu können“, meinte er. „Das ist ein Grundrecht, das wir schützen sollten.“

Mark Schwisow, Direktor der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Kambodscha, forderte die Regierung auf, das Rauchen zu erschweren. Das könne durch Steuererhöhungen auf Tabakwaren genauso erreicht werden, wie durch die Schaffung von rauchfreien Räumen und Plätzen in der Öffentlichkeit.

ADRA Kambodscha bietet einen 5-Tage-Nichtraucherkurs an. Die Kampagne „Tabak oder Gesundheit“ stellt Aufklärungsposter und Broschüren zu den Auswirkungen von Tabak- und Nikotingenuss zur Verfügung, die auch von der Website [www.adracambodia.org](http://www.adracambodia.org) heruntergeladen werden können.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Zweites "Globales Christliches Forum" findet 2011 in Indonesien statt**

Genf/Schweiz, 28.09.2010/APD Der Konsultationsprozess für ein „Globales Christliches Forum“ wird 2011 fortgesetzt. Das Organisationskomitee legte bereits im Juni dieses Jahres den Ort und das Datum für die nächste Tagung der weltweiten offenen Plattform für Begegnung und Dialog der christlichen

Kirchen und Gemeinschaften fest. Das Treffen findet vom 4. bis 7. Oktober 2011 in Cisarua, in der Nähe der indonesischen Hauptstadt Jakarta statt. Erwartet werden über 300 führende Persönlichkeiten aus einem breiten Spektrum von Kirchen, Konfessionen und zwischenkirchlichen Organisationen aus über 70 Ländern. Das erste „Globale Christliche Forum“ (GCF) fand vom 6. bis 9. November 2007 in Limuru bei Nairobi (Kenia) statt.

An der ersten Forums-Versammlung 2007 in Nairobi beteiligten sich Vertreter von in Afrika entstandenen Kirchen, Alt-Katholiken, Anglikaner, Baptisten, Brüder-Unität, Evangelikale, Gesellschaft der Freunde, Heilsarmee, Jünger Christi (Christliche Kirche), (römische) Katholiken, Lutheraner, Mennoniten, Orientalisch- und Östlich-Orthodoxe, Pfingstler, Reformierte und Siebenten-Tags-Adventisten. Neben diesen christlichen Traditionen oder „Konfessionsfamilien“ waren auch der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) sowie regionale ökumenische Organisationen, internationale Jugend- und Studentenorganisationen, CVJM und CVJF, Weltverband der Bibelgesellschaften (UBS), World Vision International und das Lausanner Komitee für Weltevangelisation (LKWE) mit dabei.

Ein Hauptziel des Forums ist „die Schaffung eines offenen Raumes, wo sich Vertreter und Vertreterinnen einer großen Bandbreite christlicher Kirchen und zwischenkirchlicher Organisationen, die den dreieinigen Gott und Jesus Christus als vollkommen in seiner Gott- und Menschheit bekennen, versammeln können, um ihr gegenseitiges Verständnis zu fördern und gemeinsame Herausforderungen zu vertiefen und aufzunehmen.“

Seit Beginn des Forumsprozesses vor zwölf Jahren wurde versucht, die offene Plattform-Einrichtung nicht zu institutionalisieren. Mit zunehmender Akzeptanz dieser Initiative und der Aussicht auf eine langfristige Fortsetzungsarbeit sind jedoch finanzielle und organisatorische Beschränkungen aufgetreten. Deshalb wurde

während der letzten Kommissions-Sitzung im Juni in Chicago die Schaffung von zwei Forums-Stiftungen beschlossen. Davon soll je eine in der Schweiz und in den USA errichtet werden. Damit sollen finanzielle Mittel gesichert und die Voraussetzungen für Fundraising geschaffen werden.

Leitung und Entscheidungsbefugnis sollen weiterhin beim GCF-Organisationskomitee verbleiben, dem 24 Vertreter aus den wichtigsten kirchlichen Traditionen angehören. Das Generalsekretariat des GCF befindet sich in Versoix bei Genf (Schweiz). Als deren Generalsekretär amtiert der Niederländer Hubert Van Beek.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Bibelstudium in 700 Meter Tiefe**

## **Bibeln für eingeschlossene Bergleute in Chile**

Copiapó/Chile, APD, 27.09.2010/APD Die Bibel studieren wollen 20 der 33 in der chilenischen Gold- und Kupfermine San José verschütteten Bergleute. Dem Wunsch der Eingeschlossenen habe der adventistische Pastor Carlos Parra entsprochen, teilte Magdiel E. Pérez Schulz (Brasilia/Brasilien), Generalsekretär der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Südamerika, mit. Der Geistliche schicke durch den Versorgungskanal den Bergleuten regelmäßig neue Studienanleitungen. Das Bibelstudium in 700 Meter Tiefe leite



ein Kumpel, der Mitglied einer Pfingstkirche sei.

Pastor Parra, Seelsorger der Gemeinden der Siebenten-Tags-Adventisten im Norden von Copiapó/Chile, stattete bereits im August die eingeschlossenen 33 Bergarbeiter mit kleinen Bibeln aus, die jeweils den Namen eines Bergmannes und eine persönliche, ermutigende Widmung enthielten. In Absprache mit dem für die Minenarbeiter der Region zuständigen Pfarrer Laurence Golborne wurden die Bibeln in einer Größe von acht mal zwölf Zentimeter so aufbereitet, dass sie in die Transporthülse passten, mit der die Eingeschlossenen versorgt werden.

Jeder Miniaturbibel wurde ein Vergrößerungsglas beigelegt, um das Lesen zu erleichtern. Auf einem Aufkleber stehen der Name des jeweiligen Empfängers und die Worte „Wir beten um Ihre Rückkehr“. Außerdem sind aus dem 40. Psalm die Verse 2 und 3 hervorgehoben: „Ich harrte des HERRN, und er neigte sich zu mir und hörte mein Schreien. Er zog mich aus der grausigen Grube, aus lauter Schmutz und Schlamm, und stellte meine Füße auf einen Fels, dass ich sicher treten kann.“

Ähnliche Bibeln, allerdings in normaler Größe, erhielten die Familien der Bergarbeiter, die sich im „Zeltlager der Hoffnung“ auf dem Minengelände aufhalten, sowie der chilenische Staatspräsident Sebastián Piñera und Gesundheitsminister Jaime Mañalich, welche die Angehörigen besuchten. Parra ist fast jeden Tag auf dem Minengelände. Um zwölf Uhr und um 18 Uhr lädt er zum Gebet für die verschütteten Bergleute ein. Für Familienangehörige und Rettungskräfte bietet er zudem Seelsorge an. Auch führt er Bibelstudien durch.

Am 5. August wurden durch einen Bergschlag in der kleinen Gold- und Kupfermine San José in der Atacama-Wüste 45 Kilometer nördlich der chilenischen Stadt Copiapó 33 Bergleute verschüttet. Sie blieben unverletzt und zogen sich in 700 Meter Tiefe in einen Schutzraum zurück. Am 22. August gelang es, durch eine Bohrung mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Sie

werden seitdem durch eine enge Röhre mit dem Nötigsten versorgt. Mit schweren Bohrgeräten versuchen die Retter, zu den Eingeschlossenen vorzudringen.

Die Anfänge der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Chile gehen auf das Jahr 1885 zurück. Heute gibt es dort mehr als 126.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 571 Gemeinden.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!